

Handlungsprogramm zur nachhaltigen kommunalen Haushaltspolitik

1. Projektbericht zur Umsetzung

Stand: Mai 2013

Rubrik:**Seite:**

Sofortmaßnahmen	1
Einzelmaßnahmen	4
Prüfaufträge	106
Weitere Maßnahmen	112

Zuordnung zu den Gremien:**Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung:**

Sofortmaßnahmen:	Nr. 5
Einzelmaßnahmen:	Nr. 1, 2, 3, 5, 22, 23, 24, 27, 32, 33, 34
Prüfaufträge:	Nr. 10, 11
Weitere Maßnahmen:	Nr. 1, 2, 3, 4, 5

Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften:

Sofortmaßnahmen:	Nr. 1, 3, 4, 6
Einzelmaßnahmen:	Nr. 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 19, 25, 26, 41, 43, 44, 45, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 59, 60, 62, 103, 200
Prüfaufträge:	Nr. 1, 2, 9
Weitere Maßnahmen:	Nr. 6, 7

Rubrik Sofortmaßnahmen		Nr. 1	Bezeichnung Abschätzung der finanziellen Auswirkungen in Vorlagen
Dezernat II	Amt Amt für Finanzen und Beteiligungen		Produktgruppe
Gremium Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften		Beschreibung Beschluss: In Beschlussvorlagen wird die Verwaltung grundsätzlich eine Abschätzung der finanziellen Auswirkungen im Sinne von Verbesserungen oder Verschlechterungen bzw. Haushaltsneutralität als ersten Punkt darlegen. Die Abschätzung der finanziellen Auswirkungen soll einmalige und wiederkehrende Kosten und ebenfalls einmalige und wiederkehrende objektspezifische Einnahmen umfassen. Die Beschlussfassung zu Anträgen nach § 3 Abs. 2 Geschäftsordnung des Rates setzt voraus, dass die Verwaltung neben der fachlichen Prüfung eine Abschätzung der finanziellen Haushaltsauswirkungen vornimmt.	
Umsetzungsstand Maßnahme teilweise umgesetzt			
Sachstandsbericht Umsetzung in zwei Teilbereichen. a) Ausweis des Sach- und Personal-aufwands für die Erarbeitung und ggf. Umsetzung von politischen Anträgen: zukünftig in Verfahrensvorlagen zu Anträgen aus den politischen Gremien eine grobe Abschätzung der unmittelbaren Personal- und Sachaufwendungen durch 1) die Antragsbearbeitung und 2) die ggf. bei Umsetzung des Antragsanliegens entstehenden weiteren Aufwendungen. Dann Entscheidung Hauptausschuss, ob der Antrag weiter verfolgt oder abgelehnt wird. Ansatz mit pauschalierten Personal- und Sachkosten. b) Verbesserte Darstellung der finanziellen Auswirkungen in allen Beschlussvorlagen Standardisierte Ergänzung der zurzeit in den Beschlussvorlagen im Finanzteil ausgewiesenen Informationen: haushaltsmäßige Finanzierung der zu beschließenden Maßnahme + evtl. weitere Haushaltsbelastungen, die bisher nicht veranschlagt sind. Zusätzlich: Angaben zur Pflichtigkeit und weiteres. Details noch offen. Ermittlung und Darstellung der Personal- und Sachaufwendungen zunächst in Testbereichen (mit Aufwands- und Nutzenanalyse).			Abschlussbericht? nein

Rubrik Sofortmaßnahmen		Nr. 2	Bezeichnung Reduktionsvariante im Rahmen der Planung von Investitionsmaßnahmen – im Hoch-, Tiefbau und im Ingenieurbau
Dezernat II / III	Amt div.		Produktgruppe
Gremium Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen		Beschreibung Beschluss: Im Rahmen der Planung von Investitionsmaßnahmen – im Hoch-, Tiefbau und im Ingenieurbau – stellt die Verwaltung beim Errichtungsbeschluss stets eine zweite (Planungs-)Variante („Reduktionsvariante“) dar, die zum Ziel hat, 20 Prozent der Kosten gegenüber der „Normalvariante“ zu verringern. In diesem Zusammenhang sind die Standardveränderungen (Konzepte, Flächen, Massen und Qualitäten der Bauausführung) in der Vorlage darzulegen. Die Angabe der Kosten soll sowohl einmalige wie auch dauerhafte Belastungen erkennen lassen und nach dem Prinzip der Lebenszykluskosten aufgebaut sein. Bei Gebäuden werden neben der „Normalvariante“ und der „Reduktionsvariante“ die Baukosten ausgewiesen, die für die Errichtung des Gebäudes laut der Datenbanken des Baukosteninformationszentrums Deutscher Architektenkammern (BKl) bei Zugrundelegung vergleichbarer Standards entstehen. Das Verfahren für die Umsetzung dieser Zielsetzung wird durch politische Vorschläge bis Herbst 2012 in die Beratung gebracht.	
Umsetzungsstand Maßnahme teilweise umgesetzt			
Sachstandsbericht Soweit möglich, schlägt die Verwaltung in entsprechenden Beschlussvorlagen die Reduktionsvariante zur Realisierung vor.			Abschlussbericht? nein

Rubrik Sofortmaßnahmen		Nr. 3	Bezeichnung Prüfung von Standards und Richtlinien	
Dezernat II / III	Amt div.			Produktgruppe
Gremium Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften		Beschreibung Beschluss: Mit Blick auf Investitions- und Sanierungsmaßnahmen sind alle hierzu vorhandenen Standards und Richtlinien mit ihrer Bezugsbasis (gesetzliche Vorgaben, Münster-Standards als Ratsbeschlüsse etc.) einmal im Jahr dem betreffenden Fachausschuss sowie dem Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften vorzulegen. Soweit in einem Bereich keine Standards vorhanden sind, sind diese zeitnah von der jeweiligen Fachverwaltung als Mindeststandards zu entwickeln und mit den politischen Gremien abzustimmen. Beschlüsse mit Abweichungen von diesen Standards / Richtlinien (Unterschreiten der Standards / Richtlinien) sind – soweit nicht gesetzlich Mindestnormen verletzt werden – bis zum Erreichen eines dauerhaft ausgeglichenen Haushalts ausdrücklich zulässig. Standardunterschreitungen dürfen jedoch keine Verschlechterung der Wirtschaftlichkeit von Maßnahmen im Rahmen der normalen Lebens- und Nutzungsdauer bewirken. Vorschläge für Standardunterschreitungen müssen deshalb stets durch Folgekostenberechnungen begründet werden. Nach einem Jahr Erfahrungsbetrieb mit Entscheidungen auch auf dem Mindeststandard (unter Kenntnis der dann den Entscheidungen zu Grunde liegenden Normen und Regelungen) sind die zur Zeit existierenden Standards / Richtlinien kritisch im Hinblick auf eine gegebenenfalls notwendige Anpassung an die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Stadt Münster zu überprüfen. Ebenfalls nach einem Jahr Erfahrungsbetrieb wird die Wirksamkeit der Darstellung von „Reduktionsvarianten“ bei Investitionsmaßnahmen überprüft. Dieser Bericht wird im Frühjahr 2014 vorgelegt.		
Umsetzungsstand Maßnahme teilweise umgesetzt				
Sachstandsbericht Parallel zur Vorlage "Projektbericht Handlungsprogramm" wird eine Berichtsvorlage zur Prüfung der Standards und Richtlinien bei Investitions- und Sanierungsmaßnahmen erstellt und den politischen Gremien vorgelegt.				Abschlussbericht? nein

Rubrik Sofortmaßnahmen		Nr. 4	Bezeichnung Investitions-Moratorium	
Dezernat II	Amt Amt für Finanzen und Beteiligungen			Produktgruppe
Gremium Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften		Beschreibung Beschluss: Das aktuelle städtische Investitionsprogramm wird grundsätzlich um zwei Jahre gestreckt (Investitions-Moratorium). Die Verwaltung wird beauftragt, das aktuell bis zum Jahr 2015 geltende Investitionsprogramm bis zum Jahr 2017 fortzuführen und mit dem Haushaltsplanentwurf 2013 einen Vorschlag zu unterbreiten, wie die bisherigen Investitionsmaßnahmen zeitlich neu veranschlagt werden können. Das Investitions-Moratorium erstreckt sich grundsätzlich auch auf alle Leistungen der Stadt zu investiven Maßnahmen Dritter (z. B. Baukostenzuschüsse).		
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt				
Sachstandsbericht Mit der Vorlage V/0702/2012 hat die Verwaltung über die Umsetzung des Investitions-Moratoriums berichtet. Ähnlich wie bei der Reduktionsvariante führt die Streckung des Investitionsprogramms gegenüber der bisherigen Planung zu einer Haushaltsentlastung in den Bereichen Zinsaufwand, Abschreibungen und Bauunterhaltung. Darunter fallen Maßnahmen wie die geplante Sanierung des Stadthauses 1 oder der geplante Neubau der Feuerwache 3. Bezogen auf die Summe der Reduzierungen von insgesamt 60,5 Mio. € beträgt die jährliche Haushaltsentlastung rd. 2,4 Mio. €.				Abschlussbericht? ja

Rubrik Sofortmaßnahmen		Nr. 5	Bezeichnung Statusbericht der Projektgruppe "Verwaltungsreform"
Dezernat I	Amt Personal- und Organisationsamt		Produktgruppe
Gremium Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung		Beschreibung Kenntnisnahme: Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass unverzüglich unter der Leitung des zuständigen Beigeordneten eine Projektgruppe „Verwaltungsreform“ eingerichtet wird, die die die zuletzt eingeleiteten bzw. durchgeführten Anstrengungen insbesondere zur Organisationsentwicklung, zu E-Government (u.a. Telearbeit, elektronische Akte, integrierte Fachamtsverfahren, elektronische Identität) und zur interkommunalen Zusammenarbeit intensiviert, ihre Verzahnung sicherstellt und im Sinne von Prozessoptimierung und effizienten organisatorischen Strukturen weitere konkrete Umsetzungsvorschläge erarbeitet. Im ersten Halbjahr 2013 wird auch ein Statusbericht zur Umsetzung sämtlicher politischer Anträge, insbesondere zur Organisationsentwicklung, zum E-Government und zur interkommunalen Zusammenarbeit sowie zur Erarbeitung weiterer konkreter Umsetzungsvorschläge den politischen Gremien gegeben.	
Umsetzungsstand Maßnahme teilweise umgesetzt			
Sachstandsbericht Hierbei handelt es sich um eine breite Palette komplexer Ansätze der Organisationsentwicklung, deren Bearbeitungsstand und Handlungsschritte mit der Vorlage V/0702/2012 vom 14.09.2012 zusammenfassend dargestellt wurden. Zum jeweiligen Umsetzungsstand wird laufend im APRO bzw. zu gegebener Zeit im Rat berichtet; der angekündigte Statusbericht befindet sich in der Erstellung.			Abschlussbericht? nein

Rubrik Sofortmaßnahmen		Nr. 6	Bezeichnung Haushaltsentlastend wirkende Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt	
Dezernat II	Amt Amt für Finanzen und Beteiligungen			Produktgruppe
Gremium Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften		Beschreibung Beschluss: Der Rat nimmt die haushaltsentlastend wirkenden Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt zur Kenntnis. Die Verwaltung wird beauftragt, neben den Vorschlägen aus der Bestenliste, die den politischen Gremien ohnehin vorgelegt werden, auch eine Kurzeinschätzung zu allen haushaltsentlastend wirkenden Vorschlägen vorzunehmen und diese dem für die September-Sitzung vorgesehenen Haushaltskonzept beizufügen.		
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt				
Sachstandsbericht Mit der Vorlage V/0702/2012 hat die Verwaltung alle haushaltsentlastend wirkenden Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt 2012 mit einer Stellungnahme versehen (vgl. Anlage 2 der Vorlage V/0702/2012) und dem Rat im September 2012 vorgelegt.				Abschlussbericht? ja

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 1	Bezeichnung Zusammenfassung des Amtes des Rates und des Oberbürgermeisters mit dem Amt für Bürgerangelegenheiten									
Dezernat I	Amt Personal- und Organisationsamt										Produktgruppe	
Gremium Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung			Beschreibung Beschreibung: siehe Begründungstext zu Beschlussziffer 2.2 Bürgerwirkung: keine Personalwirkung: mindestens in Höhe einer A 15-Stelle, weitere Einsparungen werden im Zuge der Umsetzung geprüft Flächenwirkung: mindestens ein Büro									
Ergebnis-verbesserung		Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
		2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
		€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge		0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen		0	-99.720	-99.720	-99.720	-99.720						
Sachaufwendungen		0	0	0	0	0						
Saldo		0	99.720	99.720	99.720	99.720	99.720	0	0	0	0	0
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt												
Sachstandsbericht Die Zusammenfassung ist zum 01.07.2013 vorgesehen.											Abschlussbericht? nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 2	Bezeichnung Zusammenfassung des Zentralen Justiziariats mit dem Amt für Ausländerangelegenheiten								
Dezernat I	Amt Personal- und Organisationsamt										Produktgruppe
Gremium Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung			Beschreibung Beschreibung: siehe Begründungstext zu Beschlussziffer 2.2 Bürgerwirkung: keine Personalwirkung: mindestens in Höhe einer A 14-Stelle, weitere Einsparungen werden im Zuge der Umsetzung geprüft Flächenwirkung: mindestens ein Büro								
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
	Erträge	0	0	0	0	0					
	Personalaufwendungen	0	-86.510	-86.510	-86.510	-86.510					
Sachaufwendungen	0	0	0	0	0						
Saldo	0	86.510	86.510	86.510	86.510	86.510	0	0	0	0	0
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt											
Sachstandsbericht Die Zusammenfassung ist zu Ende 2013 vorgesehen.										Abschlussbericht? nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 3	Bezeichnung Die verschiedenen Geschäftsberichte der Ämter werden zu einem zentralen Leistungsbericht zusammengefasst								
Dezernat I	Amt Personal- und Organisationsamt										Produktgruppe
Gremium Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung			Beschreibung Beschreibung: Viele Ämter der Verwaltung erstellen einen jährlichen Geschäftsbericht. Zukünftig sollen diese Geschäftsberichte eingestellt und stattdessen ein im Umfang begrenzter und standardisierter zentraler Leistungsbericht herausgebracht werden. Bürgerwirkung: Allgemeine Informationen über die Leistungen der städtischen Ämter werden zukünftig nur in komprimierter Form veröffentlicht. Personalwirkung: breit gestreute Stellenanteile mit einem Umfang von rd. 25.000 €. Flächenwirkung: vorauss. keine								
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge	0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen	0	-25.000	-25.000	-25.000	-25.000						
Sachaufwendungen	0	0	0	0	0						
Saldo	0	25.000	25.000	25.000	25.000	25.000	0	0	0	0	0
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt											
Sachstandsbericht Die Ablösung der einzelnen Ämterberichte durch einen zentralen Leistungsbericht der Verwaltung erfordert einen konzeptionelle Vorlauf. Neben Inhalten und Aufmachung des avisierten Gesamtberichtes wird zurzeit vor allem die Zielsetzung und der Stellenwert eines solchen Berichtes im zukünftigen Steuerngskontextes geklärt.										Abschlussbericht? nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 5	Bezeichnung Einsparung von Stellenanteilen im juristischen Dienst durch Aufgabenverlagerung und -verdichtung Zusatz: Über die Konsolidierungssumme hinaus sollen jährlich 20.000 € bei externen Rechtsgutachten eingespart werden.								
Dezernat OB	Amt Personal- und Organisationsamt										Produktgruppe 01 03
Gremium Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung			Beschreibung Beschreibung: Durch personelle Veränderungen im juristischen Dienst ergeben sich Möglichkeiten des Neuzuschnitts der Aufgaben in diesem Arbeitsbereich. Im Ergebnis können sich bei entsprechender Umsetzung bis zu 0,5 Stellenanteile ergeben, die eingespart werden können. Bürgerwirkung: keine Personalwirkung (Stellen): 0,4 - 0,5 Stelle A 15 Flächenwirkung: keine								
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
	Erträge	0	0	0	0	0					
	Personalaufwendungen	0	-33.240	-49.860	-49.860	-49.860					
Sachaufwendungen	-20.000	-20.000	-20.000	-20.000	-20.000						
Saldo	20.000	53.240	69.860	69.860	69.860	69.860	0	0	0	0	0
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt											
Sachstandsbericht Die Umsetzung, soweit sie die benannten Stellenanteile umfasst, ist erst bei Ausscheiden eines juristischen Mitarbeiters (Mitte 2014) und im Rahmen der Neuorganisation der juristischen Aufgaben anlässlich der Zusammenführung des Zentralen Justiziariates und des Ausländeramtes möglich.										Abschlussbericht? nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 6	Bezeichnung Kürzung der Mittel "Konzept bürgernahe Verwaltung"									
Dezernat OB	Amt Amt des Rates und des Oberbürgermeisters										Produktgruppe 01 03	
Gremium Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften			Beschreibung Beschreibung: Mit den Mitteln (Ansatz: 22.000 € / Jahr) werden bürgerorientierte Projekte und Maßnahmen durchgeführt, z. B. "direkt zu...", Bürgerveranstaltungen, kleinere Maßnahmen im Bereich Bürgerpartizipation und e-government. Es wird eine Kürzung um 15.000 € / Jahr vorgeschlagen. Bürgerwirkung: Maßnahmen werden entsprechend eingeschränkt Personalauswirkungen: Keine Flächenwirkung: keine									
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand					
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017	
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	
	Erträge	0	0	0	0	0						
	Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen	-15.000	-15.000	-15.000	-15.000	-15.000							
Saldo	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß												
Sachstandsbericht										Abschlussbericht? nein		

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 7	Bezeichnung Reduzierung der Repräsentationsmittel um 15.000 Euro									
Dezernat OB	Amt Amt des Rates und des Oberbürgermeisters										Produktgruppe 01 03	
Gremium Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften			Beschreibung Beschreibung: Die Repräsentationsmittel des OB, der Bürgermeister/-innen und Beigeordneten/Dezernenten betragen zusammen rund 88.000 €. Dieser Betrag wird pauschal um 15.000 Euro gekürzt. Bürgerwirkung: Sowohl Zahl der Veranstaltungen wird reduziert, als auch das jeweilige Niveau abgesenkt (z. B. teilweiser Verzicht Bewirtung/Umtrunk bei Empfängen/städtischen Veranstaltungen). Personalwirkung (Stellen): Keine Flächenwirkung: keine									
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand					
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017	
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	
	Erträge	0	0	0	0	0						
	Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen	-15.000	-15.000	-15.000	-15.000	-15.000							
Saldo	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß												
Sachstandsbericht										Abschlussbericht? nein		

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 8	Bezeichnung Reduzierung der Sachausgaben um 10 %										
Dezernat OB	Amt Amt des Rates und des Oberbürgermeisters										Produktgruppe 01 03		
Gremium Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften			Beschreibung Die Sachausgaben (Büromittel, Fachliteratur und Zeitungen, Fortbildung, Porto) werden pauschal um ca. 10 % gekürzt. Bürgerwirkung: keine Personalwirkung: keine Flächenwirkung: keine										
Ergebnis- verbesserung		Beschluss					Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand						
		2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017	
		€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	
		Erträge	0	0	0	0	0						
		Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen	-8.000	-8.000	-8.000	-8.000	-8.000								
Saldo		8.000	8.000	8.000	8.000	8.000	8.000	8.000	8.000	8.000	8.000	8.000	
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß													
Sachstandsbericht											Abschlussbericht? ja		

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 9	Bezeichnung Reduzierung der Mittel "Einheitlicher Ansprechpartner Münsterland"										
Dezernat OB	Amt Amt des Rates und des Oberbürgermeisters										Produktgruppe 01 03		
Gremium Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften			Beschreibung Beschreibung: Die bisherigen Mittel in Höhe von 20.000 € / Jahr werden um die 50% gekürzt. Bürgerwirkung: keine Personalwirkung (Stellen): keine Flächenwirkung: keine										
Ergebnis- verbesserung		Beschluss					Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand						
		2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017	
		€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	
		Erträge	0	0	0	0	0						
		Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen	-10.000	-10.000	-10.000	-10.000	-10.000								
Saldo		10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß													
Sachstandsbericht										Abschlussbericht? ja			

Rubrik Einzelmaßnahmen	Nr. 10	Bezeichnung Anzahl der freiwilligen Ausschüsse und sonstigen Gremien reduzieren Zusatz: Die Verwaltung soll ein entsprechendes Konzept erarbeiten, um konkrete Hinweise zu erhalten, wie diese Vorschläge umgesetzt werden können und welche Folgen dies hätte. Dazu ist eine Liste zu erarbeiten, aus der hervorgeht, welche Ausschüsse und Gremien pflichtig sind, wie hoch die Mindestanzahl der Mitglieder ist und in welchen Bereichen die Zahl der sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner reduziert werden kann. Darüber hinaus ist zu prüfen, ob alle fakultativen Aufsichtsräte abgeschafft werden und durch einen zentralen Kontrollausschuss ersetzt werden können.
Dezernat OB	Amt Amt des Rates und des Oberbürgermeisters	Produktgruppe 01 02
Gremium Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften	Beschreibung Beschreibung: Grundsätzlich sollte bei der Bildung, bei der Festlegung der Größe und bei der Besetzung der Ausschüsse an eine Entlastung der Mandatsträger gedacht werden. Vorbera-tungen von Vorlagen in vielen Gremien, die in dieser Wahlperiode in großem Maße durchgeführt wurden, sind zu reduzieren. Ausschüsse mit einer geringen Tagungsfrequenz und mit nur einer geringen Anzahl von Beratungspunkten sind auf ihre Notwendigkeit hin zu überprüfen. Unausgelastet Ausschüsse versuchen in der Regel ihre Beratungskompetenzen zu erweitern und mahnen die Beteiligung im Beratungsgang von Vorlagen an, bei denen der Rat auch ohne die Vorberatung dieses Ausschusses entscheiden könnte. Darüber hinaus muss in die Überlegungen einfließen, dass im Verhältnis zu der hohen Anzahl von Doppelberatungen nur relativ wenige abweichende Beschlussvorschläge der Ausschüsse zu Vorlagen gefasst wurden. Auch die bisherigen Entscheidungszuständigkeiten der Ausschüsse sollten in die Überlegungen einfließen. Ausschüsse, die in der Vergangenheit fast ausschließlich nur vor beratend tätig geworden sind und hierbei in fast allen Fällen entsprechend der Vorlagen der Verwaltung entschieden haben, sollten entweder mit anderen Ausschüssen zusammengelegt oder aber wesentlich verkleinert werden. Hier muss der Grundsatz angewandt werden, dass die Ausschüsse ausschließlich für den Zweck gebildet werden, den Rat zu entlasten. Dies zum einen, indem Entscheidungskompetenzen des Rates auf die Ausschüsse übertragen werden und zum anderen, indem Ausschüsse Angelegenheiten fachlich für den Rat vor beraten, wenn besondere fachliche Aspekte zu berücksichtigen sind. Eine klare Orientierung an dieser Grundvorgabe würde die Möglichkeit bieten, mindestens 2 Ausschüsse einzusparen. Bürgerwirkung: keine Personalwirkung: 0,25 Stelle pro Ausschuss bzw. Gremium Flächenwirkung: in der Regel ab der Einsparung einer 1,0 Stelle kann Büroraumfläche eingespart werden.	

Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge	0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen	0	0	0	0	0						
Saldo	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt											
Sachstandsbericht Es wird ein umfassendes Konzept zum III. Quartal 2013 erstellt.										Abschlussbericht? nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen	Nr. 11	Bezeichnung Größe der Gremien verringern Zusatz: Die Verwaltung soll ein entsprechendes Konzept erarbeiten, um konkrete Hinweise zu erhalten, wie diese Vorschläge umgesetzt werden können und welche Folgen dies hätte. Dazu ist eine Liste zu erarbeiten, aus der hervorgeht, welche Ausschüsse und Gremien pflichtig sind, wie hoch die Mindestanzahl der Mitglieder ist und in welchen Bereichen die Zahl der sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner reduziert werden kann. Darüber hinaus ist zu prüfen, ob alle fakultativen Aufsichtsräte abgeschafft werden und durch einen zentralen Kontrollausschuss ersetzt werden können.
Dezernat OB	Amt Amt des Rates und des Oberbürgermeisters	Produktgruppe 01 02
Gremium Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften	Beschreibung Beschreibung: Sinnvoll erscheint es für alle Ausschüsse eine Standardgröße von 9-11 bzw. 13-15 Mitgliedern festzulegen. Für die Verteilung der Ausschusssitze findet nach § 50 Abs. 3 GO NRW das Hare-Niemeyer Verfahren Anwendung. Die Größe der Ausschüsse danach zu bestimmen, dass auch kleine Fraktionen des Rates einbezogen werden, ist nicht erforderlich, da Fraktionen, die kein stimmberechtigtes Mitglied in einen Ausschuss entsenden können, nach § 58 Abs. 1 Satz 7 GO NRW das Recht haben, ein Mitglied mit beratender Stimme zu entsenden. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass nach § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NRW jedes Ratsmitglied das Recht hat, mindestens einem Ausschuss als Mitglied mit beratender Stimme anzugehören. Entsprechend müssen die fraktionslosen Ratsmitglieder nach der Bildung der Ausschüsse den Ausschuss auswählen, dem sie angehören möchten. Neben einer wesentlichen Entlastung der Ratsmitglieder sind auch Einsparungen bei der Auflage von Vorlagen und bei der zu zahlenden Entschädigung für sachkundige Bürger/innen zu erwarten. Darüber hinaus würde die Terminplanung der Sitzungen wesentlich erleichtert und es könnten möglicherweise erheblich straffere Beratungsketten für die Vorlagen vorgesehen werden. Unter Berücksichtigung der Tatsache, der zurzeit bestehenden Ausschussgrößen mit 19 bzw. 15 stimmberechtigten Mitgliedern und unter Berücksichtigung von ca. 8 Sitzungen eines Ausschusses jährlich ist mit Einsparungen für Sitzungsgelder und Verdienstausschlag in Höhe von ca. 6.000 € jährlich zu rechnen. Bürgerwirkung: keine Personalwirkung: in Abhängigkeit von konkreter Ausgestaltung Flächenwirkung: in Abhängigkeit von konkreter Ausgestaltung	

Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge	0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen	0	0	0	0	0						
Saldo	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt											
Sachstandsbericht Es wird ein umfassendes Konzept zum III. Quartal 2013 erstellt.										Abschlussbericht? Nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen	Nr. 12	Bezeichnung Zahl der sachkundigen Einwohner/innen verringern Zusatz: Die Verwaltung soll ein entsprechendes Konzept erarbeiten, um konkrete Hinweise zu erhalten, wie diese Vorschläge umgesetzt werden können und welche Folgen dies hätte. Dazu ist eine Liste zu erarbeiten, aus der hervorgeht, welche Ausschüsse und Gremien pflichtig sind, wie hoch die Mindestanzahl der Mitglieder ist und in welchen Bereichen die Zahl der sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner reduziert werden kann. Darüber hinaus ist zu prüfen, ob alle fakultativen Aufsichtsräte abgeschafft werden und durch einen zentralen Kontrollausschuss ersetzt werden können.
Dezernat OB	Amt Amt des Rates und des Oberbürgermeisters	Produktgruppe 01 02
Gremium Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften	Beschreibung Insgesamt hat der Rat ca. 35 sachkundige Einwohner/innen als ordentliche Mitglieder in die Ausschüsse entsandt. Hierbei handelt es sich aber nicht um Einzelpersonen, sondern in der Regel um Vertreter/innen von Fachverbänden oder Organisationen. Darüber hinaus wurden Vertreter/innen auf Vorschlag der kommunalen Seniorenvertretung, des Integrationsrates und der Kommission zur Förderung der Inklusion von Menschen mit Behinderungen sachkundige Einwohner/innen durch den Rat in die Ausschüsse entsandt. Die Zahl der sachkundigen Einwohner/innen sollte generell reduziert werden. Sollte es zum Beispiel wieder zur Bildung eines Integrationsrates kommen, wäre dieses Gremium im Beratungsverfahren direkt zu beteiligen, sodass eine Entsendung „ausländischer“ sachkundiger Einwohner/innen nicht mehr erforderlich ist. Gleiches gilt für die kommunale Seniorenvertretung und die Kommission zur Förderung der Inklusion von Menschen mit Behinderungen. Vorlagen, die für diese Gremien relevant sind, werden auch in den Gremien beraten. Eine Entsendung von Vertreter/innen dieser Gremien in die übrigen Ausschüsse, die im Beratungsgang beteiligt sind, ist daher nicht erforderlich. Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass zurzeit Ausschussgrößen mit 19 bzw. 15 stimmberechtigten Mitgliedern und unter Berücksichtigung von ca. 8 Sitzungen eines Ausschusses jährlich ist mit Einsparungen für Sitzungsgelder und Verdienstausschlag in Höhe von ca. 5.000 € jährlich zu rechnen. Bürgerwirkung: keine Personalwirkung: in Abhängigkeit von konkreter Ausgestaltung Flächenwirkung: in Abhängigkeit von konkreter Ausgestaltung	

Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge	0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen	0	0	0	0	0						
Saldo	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt											
Sachstandsbericht Es wird ein umfassendes Konzept zum III. Quartal 2013 erstellt.										Abschlussbericht? nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 13	Bezeichnung Bei externen Veranstaltungen werden in jedem Fall die Selbstkosten für die Vergabe von Räumlichkeiten in Rechnung gestellt.									
Dezernat OB	Amt Amt des Rates und des Oberbürgermeisters										Produktgruppe 01 02	
Gremium Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften			Beschreibung Beschreibung: Bisher werden bei externen Veranstaltungen im Stadtweinhaus die Räumlichkeiten entweder zu einem reduzierten Satz (in Höhe der Selbstkosten) oder aber kostenfrei zur Verfügung gestellt. Künftig werden Räumlichkeiten in keinem Fall mehr kostenfrei an externe Veranstalter zur Verfügung gestellt, sondern stets die Selbstkosten (Umräumkosten usw.) in Rechnung gestellt. Dies gilt auch für den Fall, dass ein städtisches Amt oder eine städtische Einrichtung an der Veranstaltung beteiligt ist. Bürgerwirkung: Keine unmittelbare Auswirkung auf einzelne Bürger/-innen. Es entsteht jedoch eine mittelbare Auswirkung durch nicht mehr kostenfreie Nutzung der Räumlichkeiten durch Vereine, Firmen, öffentliche Einrichtungen oder sonstige Organisationen. Personalwirkung: Keine, da die die Räumlichkeiten weiterhin vergeben und bereitgestellt werden müssen. Ggf. ist ein erhöhter Aufwand für vermehrtes Ausstellen von Rechnungen an die Mieter aufzufangen. Flächenwirkung: keine									
Ergebnis- verbesserung		Beschluss					Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand					
		2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
		€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge		7.000	7.000	7.000	7.000	7.000		3.500	3.500	3.500	3.500	3.500
Personalaufwendungen		0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen		0	0	0	0	0						
Saldo		7.000	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000	3.500	3.500	3.500	3.500	3.500
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung niedriger als politischer Beschluß												
Sachstandsbericht Gemäß Beschluss des Ältestenrates wird es weiterhin vergünstigte Raumbereitstellungen geben.											Abschlussbericht? ja	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 14	Bezeichnung Reduzierung der im Bereich Städtepartnerschaften anfallenden Aufgaben bzw. Verpflichtungen Zusatz: Die Stelle soll gestrichen werden, die Sachmittel sollen erhalten werden.								
Dezernat OB	Amt Amt des Rates und des Oberbürgermeisters										Produktgruppe 01 02
Gremium Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften			Beschreibung Beschreibung: Es erfolgt eine Reduzierung der finanziellen Förderung von Projekten / Begegnungen und eine Beschränkung der Ausgaben für Delegationsreisen des OB bzw. der Vertreter/-in sowie ggf. mitreisender Verwaltungsmitarbeiter/-innen. Zudem erfolgt eine Reduzierung der Öffentlichkeitsarbeit. Bürgerwirkung: Es gibt eine mittelbare Auswirkung auf die im Bereich Städtepartnerschaften ehrenamtlich engagierten Bürger/-innen der Stadt. Zudem ergeben sich Folgen für die Außenwirkung der Stadt Münster. Personalwirkung: E11, 0,125 Stellenanteil Flächenwirkung: Keine								
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
	Erträge	0	0	0	0	0					
	Personalaufwendungen	0	-8.540	-8.540	-8.540	-8.540					
Sachaufwendungen	0	0	0	0	0						
Saldo	0	8.540	8.540	8.540	8.540	8.540	0	8.540	8.540	8.540	8.540
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß											
Sachstandsbericht										Abschlussbericht? ja	

Rubrik Einzelmaßnahmen	Nr. 15	Bezeichnung Ausweitung der Tätigkeiten im europäischen Kontext Zusatz: Die A11-Stelle wird auf drei Jahre befristet (2014-2016). Je nach Ausgang der Abschlussevaluation über Aufwand und Nutzen der Stelle (messbar an den jährlich eingeworbenen Fördergeldern) ist eine Verlängerung denkbar.									
Dezernat OB	Amt Amt des Rates und des Oberbürgermeisters										Produktgruppe 01 02
Gremium Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften		Beschreibung Beschreibung: Es gelang bereits, beispielsweise Fördermittel der EU für bestimmte projektbezogene Vorhaben der Verwaltung zu akquirieren. Nachdem im Jahr 2011 ein Betrag in Höhe von ~3.500 € beschafft werden konnte, wurden im Jahr 2012 bereits Mittel in Höhe von ~130.000 € für die Dauer von 36 Monaten akquiriert. Eine intensive Ausrichtung des Fokus auf Fördermittel der Bundes-, der Landes- und insbesondere auch der europäischen Ebene würde trotz des dafür -zunächst- erforderlichen personellen Ressourceneinsatzes mittel- bzw. langfristig Einsparungen in den verschiedenen Bereichen der Verwaltung erreichen. Bürgerwirkung: Bürger/-innen profitieren von den mit Drittmitteln finanzierten Projekten, die aus Mitteln des städtischen Haushaltes sonst nicht durchgeführt werden könnten. Personalwirkung (Stellen): zusätzlich 1,0 Stelle A11 Flächenwirkung: zusätzlich 0,5 Büroraum									
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge	0	128.250	128.250	128.250	0						
Personalaufwendungen	68.250	68.250	68.250	0	0						
Sachaufwendungen	0	0	0	0	0						
Saldo	-68.250	60.000	60.000	128.250	0	0	-68.250	60.000	60.000	128.250	0
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß											
Sachstandsbericht										Abschlussbericht? nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen	Nr. 19	Bezeichnung Keine Medienauswertung von Zeitungen, Zeitschriften, Radio, Fernsehen und Online-Medien; kein Medien-Newsfeed im Portal muenster.de
Dezernat OB	Amt Presse- und Informationsamt	Produktgruppe 01 07
Gremium Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften	Beschreibung Beschreibung: Folgende Dienste werden eingestellt: 1) Auswertung von Lokalzeitungs-Stadtteilausgaben, ausgewählten Regionalzeitungen und überregionalen Printmedien, mit Info-Service für Dezernate und Ämter; 2) Auswertung WDR-Lokalzeit, mit Info-Service für Ämter und Dezernate; Mitschnitt und Auswertung sonstiger Radio- und Fernsehsendungen; 3) Auswertung des regionalen Fernsehsenders center.tv; 4) Auswertung von tausenden Online-Publikationen (Homepages, Zeitungen, Zeitschriften etc.); auch z.B. in Krisenfällen zur Online-Recherche geeignet, auch im Bereich Social Media. Info-Service für Ämter und Dezernate. "Treffer"-Auswahl wird täglich als Newsfeed "Münster in anderen Medien" auf muenster.de und auf der Homepage des Presseamtes veröffentlicht. Bürgerwirkung: Informationsgrundlage für bürger- und serviceorientierte Kommunikation mit der Bürgerschaft sowie für frühzeitiges Handeln bei sich abzeichnenden Problemen und Defiziten wird eingeschränkt. Stadt ist weniger über das Bild von Münster in den Medien informiert. Medienauswertung als Informationsbasis für städtische Aktivitäten einschließlich der Öffentlichkeitsarbeit - ggf. auch mit dem Ziel der Korrektur von Fehlern in der Berichterstattung - entfällt. Das gilt auch in Krisensituationen. Personalwirkung (Stellen): ca. 0,50 summarischer Stellenanteil, verteilt auf rund 10 Stellen. Flächenwirkung: keine	

Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge	0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen	0	-31.000	-31.000	-31.000	-31.000						
Sachaufwendungen	-5.000	-8.000	-8.000	-8.000	-8.000						
Saldo	5.000	39.000	39.000	39.000	39.000	39.000	5.000	39.000	39.000	39.000	39.000
Umsetzungsstand Maßnahme teilweise umgesetzt											
Sachstandsbericht Für 2013 wird die Sachkosten-Einsparung von 5.000 durch Kündigung von Medien-Ausschnittdienst und Zeitungen realisiert.										Abschlussbericht? Nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 22	Bezeichnung Wegfall des Leistungsentgeltes für Beamte/-innen								
Dezernat I	Amt Personal- und Organisationsamt										Produktgruppe 01 08
Gremium Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung			Beschreibung Beschreibung: Nach § 6 des LbesG NRW zahlt die Stadtverwaltung auf der Basis der Dienstvereinbarung über die leistungsorientierte Bezahlung gemäß § 18 TvöD auf freiwilliger Grundlage Leistungsbezüge auch für Beamtinnen und Beamte. Diese werden abgeschafft. Das betrifft 1180 Mitarbeiter/-innen. Für Tarifbeschäftigte (ca. 4650) besteht weiterhin ein tarifrechtlicher Anspruch auf Teilnahme am Leistungsentgelt. Insofern entstünde eine Ungleichbehandlung bei gleichwertiger Arbeit(leistung). Bürgerwirkung: keine Personalwirkung (Stellen): keine Flächenwirkung: keine								
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge	0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen	-848.230	-848.230	-848.230	-848.230	-848.230						
Sachaufwendungen	0	0	0	0	0						
Saldo	848.230	848.230	848.230	848.230	848.230	848.230	848.230	848.230	848.230	848.230	848.230
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß											
Sachstandsbericht Ab dem Haushaltsjahr 2013 wird kein Leistungsentgelt mehr an die Beamtinnen und Bemateten der Stadtverwaltung Münster gezahlt.										Abschlussbericht? Ja	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 23	Bezeichnung Firmenabo outsourcen Zusatz: Die Verwaltung soll prüfen, ob dieses Angebot von den Stadtwerken Münster übernommen werden kann.	
Dezernat I	Amt Personal- und Organisationsamt			Produktgruppe 01 13
Gremium Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung		Beschreibung Beschreibung: Die Abwicklung des Firmenabos (aktuell 820 Abos, im Winter bis zu 920 Abos), kann durch einen externen Anbieter erfolgen. Vorteile: - Personalkosten bei der Stadt entfallen Nachteile: - Die Mitarbeiter/-innen können nicht mehr verpflichtet werden, das Firmenabo für dienstliche Fahrten zu nutzen. - Die Mitarbeiter/-innen müssten die Kosten für den mit der Abwicklung des Firmenabos beauftragten externen Anbieters zusätzlich zahlen. - Für Mitarbeiter/-innen mit Wohnsitz in Münster, die die Preisstufe 0 nutzen, wird das Firmenabo preislich unattraktiv. Es ist mit ca. 200 Kündigungen zu rechnen. - Für die dienstliche Nutzung von Bussen sind steigende Kosten zu erwarten. Sobald monatlich mehr als 60 Busfahrten (Break-Even-Point) zusätzlich bezahlt werden, übersteigen die Buskosten die einsparbaren Personalaufwendungen. Bürgerwirkung: keine Personalwirkung (Stellen): 0,05 Stelle (A9mD) Flächenwirkung: keine		

Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge	0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen	0	-2.600	-2.600	-2.600	-2.600						
Sachaufwendungen	0	0	0	0	0						
Saldo	0	2.600	2.600	2.600	2.600	2.600	0	0	0	0	0
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt											
Sachstandsbericht Das Outsourcing an die Stadtwerke wird aktuell von den Stadtwerken geprüft. Eine Entscheidung wird in den nächsten Wochen erwartet.										Abschlussbericht? nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 24	Bezeichnung Einführung von Parkgebühren für die Verwaltungsführung und Amtsleiter/-innen Zusatz: Die WBI soll zeitnah ein Konzept vorlegen, wie die Tiefgarage privat vermarktet werden kann, z.B. an Dauerparker aus der unmittelbaren Nachbarschaft. Die finanziellen Wirkungen sind darzustellen.	
Dezernat I	Amt Personal- und Organisationsamt			Produktgruppe 01 13
Gremium Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung		Beschreibung Beschreibung: Die bisher kostenfrei für den Oberbürgermeister, den Verwaltungsvorstand, die Dezernenten sowie die Amts- und Betriebsleitungen zur Verfügung gestellten Parkplätze werden nur noch gegen eine Kostenpauschale überlassen. Durchschnittskosten bei externen Parkanbietern: Innenstadt: 150 € Stadthaus II: 50 € Stadthaus III: 50 € Die Erlöse sind auf der Grundlage der oben aufgeführten Durchschnittskosten berechnet. Das finanzielle Risiko, dass nicht alle Parkplätze für das gesamte Jahr vergeben werden können, ist durch einen Abschlag in Höhe von 500 € / Monat (jeweils 2 Parkplätze pro Stadthaus) in der Ertragsberechnung eingeflossen. Für die Bewirtschaftung der Parkplätze sind Kosten in Höhe von ca. 600 € / Jahr berücksichtigt. Bürgerwirkung: keine Personalwirkung (Stellen): keine Flächenwirkung: keine		

Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge	33.600	33.600	33.600	33.600	33.600						
Personalaufwendungen	600	600	600	600	600						
Sachaufwendungen	0	0	0	0	0						
Saldo	33.000	33.000	33.000	33.000	33.000	33.000	0	0	0	0	0
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt											
Sachstandsbericht Die Maßnahme befindet sich in der Umsetzung. Die WBI hat den Prüfauftrag erledigt und dazu mitgeteilt, dass die WBI aufgrund des baulich schlechten Zustandes der Tiefgarage im Stadthaus 1 eine Vermarktung an Dritte nicht für machbar halte, da ansonsten Regressansprüche wegen Beschädigungen zu befürchten seien. Nach einer Sanierung könne eine Vermarktung erneut geprüft werden. Aus diesem Grund hat die Verwaltung sodann die in Eigenregie geplante zunächst interne Vermarktung vorgenommen. Nach Einschätzung der Verwaltung kann der Einsparbeitrag in der ursprünglich vorgesehenen Höhe nicht erreicht werden.										Abschlussbericht? Nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 25	Bezeichnung Standzeitverlängerung von Hardware in Münster									
Dezernat I	Amt citeq										Produktgruppe 01 15	
Gremium Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften			Beschreibung Beschreibung: Die Standzeit der PC wird nach Einführung von Windows 7 von 4,5 auf 5,5 Jahre und die der Monitore von 5 auf 6 Jahre verlängert. Durch die längere Standzeit und Veränderungen in der Organisation können die Einsparungen realisiert werden. Wegen der verlängerten Nutzungsdauer ist mit geringfügig steigenden Ausfallraten bei den PC und Monitoren zu rechnen. Außerdem können neueste Anwendungsversionen nicht immer sofort umgesetzt werden, da die eingesetzten PC möglicherweise die technischen Anforderungen nicht erfüllen. Ggfls. Müssen die Updates bis zur nächsten Re-Investition zurückgestellt werden. Um dem entgegen zu wirken, werden alle PC mit zusätzlichem Hauptspeicher ausgestattet. Bürgerwirkung: keine Personalwirkung (Stellen): keine Flächenwirkung: keine									
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand					
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017	
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	
	Erträge	0	0	0	0	0						
	Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen	0	0	-55.600	-55.600	-55.600							
Saldo	0	0	55.600	55.600	55.600	55.600	0	0	0	0	0	
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt												
Sachstandsbericht Die Standzeitverlängerung ist wie in der Maßnahmendefinition beschrieben mit der Einführung von Windows 7 vorgesehen. Die geplante Einführung von Windows 7 ist laut Projektauftrag bis zum 31.12.2014 abgeschlossen. Monetäre Auswirkungen sind somit erst ab dem Jahr 2015 zu erwarten.										Abschlussbericht? Nein		

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 26	Bezeichnung Reduzierung des Einsatzes von SAP-Beratern										
Dezernat I	Amt citeq										Produktgruppe 01 15		
Gremium Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften			Beschreibung Beschreibung: Der Einsatz von externen Beratern zur Unterstützung des Customizings und bei der Einführung neuer Release-Versionen im Bereich SAP-NKF wird reduziert. Bürgerwirkung: keine Personalwirkung (Stellen): keine Flächenwirkung: keine										
Ergebnis- verbesserung		Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand					
		2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017	
		€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	
		Erträge	0	0	0	0	0						
		Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen	-10.000	-10.000	-10.000	-10.000	-10.000								
Saldo		10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß													
Sachstandsbericht											Abschlussbericht? Nein		

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 27	Bezeichnung Reduzierung des reagierenden Kontrolldienstes								
Dezernat I	Amt Ordnungsamt										Produktgruppe 02 01
Gremium Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung			Beschreibung Der reagierende Kontroll- und Streifendienst durch den Sicherheits- und Ordnungsdienst (SOS) in den Abend- und Nachtstunden – auch an Sonn- und Feiertagen – aufgrund konkreter Anzeigen und Meldungen der Besucher, Bürger, Kaufmannschaft, Polizei etc. wird reduziert. Bürgerwirkung: Meldungen der oben anführten Personen, Institutionen und Behörden werden nicht mehr angenommen. Die Beschwerdeführer erhalten keine Hilfe in ihrer jeweiligen Situation/Lage. Lärmpegelmessungen zur Objektivierung werden nicht mehr durchgeführt. Gleiches gilt für ein Einschreiten bei störenden Grillvorgängen, Hundegebell, Störungen auf Kinderspielplätzen, Schulhöfen, wildem Urinieren etc.. Es ist hierdurch mit Mehraufwänden für Dritte, wie z. B. Polizei, priv. Grundstückseigentümer, priv. und öffentl. Verwaltungen und sozialen Einrichtungen zu rechnen. Personalwirkung (Stellen): 1 Stelle Flächenwirkung: keine								
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge	0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen	0	-47.840	-47.840	-47.840	-47.840						
Sachaufwendungen	-3.000	-3.000	-3.000	-3.000	-3.000						
Saldo	3.000	50.840	50.840	50.840	50.840	50.840	3.000	50.840	50.840	50.840	50.840
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß											
Sachstandsbericht Freistellung/Pensionierung eines AP-Inhabers 32.22.66 (32.22.68)										Abschlussbericht? Nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 32	Bezeichnung Zusammenlegung von zwei Leitungsstellen Bezirksverwaltung									
Dezernat I	Amt Amt für Bürgerangelegenheiten										Produktgruppe 02 04	
Gremium Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung			Beschreibung Beschreibung: Die Leitungsstellen von zwei Bezirksverwaltungen können zusammengelegt werden. Dadurch entfällt eine 1,0 Stelle. Bürgerwirkung: Koordinierende Funktionen der Bezirksverwaltungsleitung in den Stadtbezirken nur noch eingeschränkt möglich. Personalwirkung: 1,0 Stelle A13 hD Flächenwirkung: ein Büroraum									
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand					
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017	
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	
	Erträge	0	0	0	0	0						
	Personalaufwendungen	0	0	-102.920	-102.920	-102.920						
Sachaufwendungen	0	0	0	0	0							
Saldo	0	0	102.920	102.920	102.920	102.920	0	0	0	0	0	
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt												
Sachstandsbericht Die Maßnahme wird, wie geplant, zum Haushaltsjahr 2015 umgesetzt.										Abschlussbericht? Nein		

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 33	Bezeichnung Veränderungen des Angebotes der Stadthalle Hiltrup									
Dezernat I	Amt Amt für Bürgerangelegenheiten										Produktgruppe	
Gremium Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung			Beschreibung Beschreibung: Das Leistungsangebot der Stadthalle Hiltrup ist im Kontext der laufenden Prüfungen so zu optimieren, dass auch eine finanzielle Entlastung für den städtischen Haushalt mindestens in der angeführten Größenordnung erreicht wird. Bürgerwirkung: Veränderung des Leistungsangebotes der Stadthalle Hiltrup Personalwirkung: voraussichtlich keine Flächenwirkung: in Abhängigkeit vom zukünftigen Leistungsangebot									
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand					
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017	
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	
	Erträge	0	0	25.000	25.000	25.000						
	Personalaufwendungen	0	0	-25.000	-25.000	-25.000						
Sachaufwendungen	0	0	0	0	0							
Saldo	0	0	50.000	50.000	50.000	50.000	0	0	0	0	0	
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt												
Sachstandsbericht Die Umsetzung der Maßnahme soll planmäßig zum Haushaltsjahr 2015 erfolgen.										Abschlussbericht? Nein		

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 34	Bezeichnung Anhebung von Standesamtsgebühren								
Dezernat I	Amt Standesamt										Produktgruppe 02 05
Gremium Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung			Beschreibung Beschreibung: Das Gebührengesetz GebG NRW erlaubt den Gemeinden in § 2 Abs. 3 für dort genannte Amtshandlungen eigene Gebührenordnungen (Satzungen) zu erlassen. Mit der Maßnahme werden die Gebühren für die Erteilung von Personenstandsakten sowie für Nachbeurkundungen von Personenstandsfällen im Ausland erhöht. Bei der Anmeldung der Eheschließung werden die Gebühren für deutsche und ausländische Paare vereinheitlicht. Bürgerwirkung: Finanzielle Mehrbelastung im konkreten Fall einer Amtshandlung des Standesamtes. Personalwirkung: Keine Flächenauswirkung: Keine								
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge	75.000	100.000	100.000	100.000	100.000						
Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen	0	0	0	0	0						
Saldo	75.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	75.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß											
Sachstandsbericht Die neue Gebührensatzung ist am 01.01.2013 in Kraft getreten. Das Gbührenaufkommen hat sich im ersten Quartal erwartungsgemäß erhöht										Abschlussbericht? Nein	

18

Rubrik Einzelmaßnahmen	Nr. 35	Bezeichnung Verzicht auf Teile der Sachbearbeitung zur Kampfmittelbeseitigung. Die vorsorgliche Auswertung von Bauanträgen mit dem Ziel, Bauherren anzuschreiben und auf die mögliche Veranlassung der Antragstellung zur Kampfmittelbeseitigung hinzuweisen, entfällt. Zusatz: Die Einsparsumme soll erreicht werden. Allerdings soll die Feuerwehr Münster über die konkrete Umsetzung selbst entscheiden und dies den zuständigen Gremien zeitnah vorlegen.
Dezernat I	Amt Feuerwehr	Produktgruppe 02 09
Gremium Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen	Beschreibung Beschreibung: Durch die Feuerwehr erfolgt eine systematische Auswertung aller Bauanträge sowie im Anschluss daran in den erforderlichen Fällen ein Anschreiben an die Bauherren zur Veranlassung der Antragstellung zur Kampfmittelbeseitigung. Die Datenbasis der eingehenden Anträge zur Kampfmittelüberprüfung ist Grundlage für die Veranlassung weiterer Überprüfungsmaßnahmen bis hin zur gezielten Blindgängersuche und deren Entschärfung. Bürgerwirkung: Die Anschreiben erinnern die Bauherren an deren Pflichten nach § 16 BauO. Ohne gezielte Anschreiben würden zahlreiche Bauherren auf nicht kampfmittelüberprüfem Grund potenziell gefährliche bodeneingreifende Maßnahmen vornehmen. Lebensgefahr bei bodeneingreifenden Maßnahmen im Bereichen mit Bombenblindgängern besteht üblicher Weise im Mindesten in einem Radius von 300 m. Personalwirkung (Stellen): 0,05 Stellen x A12 für das Anschreiben an die Bauherren. Bei Entfall der Aufgabe ergäbe sich durch wegbrechende Fallzahlen bei der Kampfmittelüberprüfung eine Aufwandreduzierung i.H.v. insgesamt 0,25 Stellen A12. Flächenwirkung: 0,05 bzw. 0,25 Büroarbeitsplätze.	

Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge	0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen	0	-17.610	-17.610	-17.610	-17.610						
Sachaufwendungen	0	-1.760	-1.760	-1.760	-1.760						
Saldo	0	19.370	19.370	19.370	19.370	19.370	0	0	0	0	0
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt											
Sachstandsbericht Die Umsetzung der Maßnahme erfolgt mit Wirkung vom 01.12.2013 durch Einsparung einer Stelle (A 09 mD Fn 3). Mit Bezug auf den in Spalte f ausgewiesenen Auftrag zur Berichterstattung teilt die Feuerwehr Münster mit, dass es nicht möglich ist, die Einsparsumme ohne Aufgabe der beschriebenen, bisher wahrgenommenen, Tätigkeiten zu erzielen.										Abschlussbericht? nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 36	Bezeichnung Verzicht auf Brandschauen nach örtlicher Gefahreneinschätzung Zusatz: Die Einsparsumme soll erreicht werden. Allerdings soll die Feuerwehr Münster über die konkrete Umsetzung selbst entscheiden und dies den zuständigen Gremien zeitnah vorlegen.		
Dezernat I	Amt Feuerwehr				Produktgruppe 02 09
Gremium Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen		Beschreibung Beschreibung: Die Durchführung von Brandschauen nach FSHG, auch in Objekten nach örtlicher Gefahreneinschätzung, ist gemäß der aktuellen Erlasslage möglich. In Münster bestehen nach Einschätzung der Feuerwehr besondere Gefahren auch in kleineren Gaststätten, die sich häufig in Bestandsgebäuden mit mehreren anderen Nutzungen befinden. Aufgrund der Bestandssituation fehlen häufig wirksame brandschutztechnische Abtrennungen zu Nachbarnutzungen, insbesondere zu Wohnungen in Obergeschossen. Ähnliches gilt für weitere Bestandsbauten in der Altstadt. Geprüft werden soll, inwieweit die Aufgabe auch im Rahmen der sog. "wiederkehrenden Prüfungen" der Bauaufsicht miterledigt werden kann. Bürgerwirkung: Die Brandschauen verbessern den Nachbarschutz in brandschutztechnischer Hinsicht erheblich. Da häufig die Verbindung zu Nutzungseinheiten mit Wohnnutzung in Obergeschossen betroffen ist, wirkt die Brandschau insbesondere für die dortigen Bewohner auf einen Mindestschutz entsprechend der Bestandssituation des Gebäudes hin, die Gefahr der Verrauchung von Rettungswegen und der Brandausbreitung auf Nachbarnutzungen wird erheblich und zum Teil mit einfachen (betrieblichen) Maßnahmen reduziert. Personalwirkung (Stellen): 0,27 Stellen x A 9 mD. Flächenwirkung: 0,27 Büroarbeitsplätze.			

Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge	0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen	0	-16.560	-16.560	-16.560	-16.560						
Sachaufwendungen	0	-1.660	-1.660	-1.660	-1.660						
Saldo	0	18.220	18.220	18.220	18.220	18.220	0	0	0	0	0
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt											
Sachstandsbericht Die Umsetzung der Maßnahme erfolgt mit Wirkung vom 01.12.2013 durch Einsparung einer Stelle (A 09 mD Fn 3). Die Feuerwehr weist darauf hin, dass in der Vorlage V/0702/2012 in der Beschreibung dieser Maßnahme noch der Hinweis enthalten ist, dass geprüft werden soll, ob die Brandschau in den Objekten nach örtlicher Gefahreneinschätzung im Rahmen der sogenannten „wiederkehrenden Prüfungen“ der Bauaufsicht mit erledigt werden kann. Die Prüfung dieser Alternative hat ergeben, dass sie für den Großteil der Objekte nicht umsetzbar ist. Mit der Umsetzung der Maßnahme wird daher die Brandschau in diesen Objekten eingestellt. Hierzu gehören auch zahlreiche Gaststätten, die am Wochenende regelmäßig von einer großen Zahl Jugendlicher aufgesucht werden. Mit Bezug auf den in der Spalte f ausgewiesenen Auftrag zur Berichterstattung teilt die Feuerwehr Münster mit, dass es nicht möglich ist, die Einsparsumme ohne Aufgabe der beschriebenen, bisher wahrgenommenen, Tätigkeiten zu erzielen.										Abschlussbericht? Nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 37	Bezeichnung Verzicht auf die Koordinierung der Brandschutzerziehung der Freiwilligen Feuerwehr, das Servicetelefon des Vorbeugenden Brandschutzes und die Brandschutzunterweisung für städtische Mitarbeiter									
Dezernat I	Amt Feuerwehr										Produktgruppe 02 09	
Gremium Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen			Beschreibung Beschreibung: Der Bereich der Brandschutzerziehung und Brandschutzaufklärung wird in Münster im wesentlichen durch die ehrenamtlichen Mitglieder der Löschzüge der Freiwillige Feuerwehr durchgeführt. Nur zur Koordinierung der Aktivitäten der 20 Löschzüge der Freiwilligen Feuerwehr und zur Versorgung mit geeignetem, zentral ausgewählten Informationsmaterial erfolgt eine gewisse Wahrnehmung dieser SOLL-Aufgabe nach FSHG durch die Berufsfeuerwehr. Weiterhin werden Bürgeranfragen, z.B. zum Thema Rauchmelder, über das Servicetelefon der Abteilung Vorbeugender Brandschutz bedient. Zudem erfolgen Brandschutzunterweisungen städtischer Mitarbeiter gemäß den für die jeweiligen Einrichtungen geltenden Anforderungen nach SbauVO oder Arbeitsschutzrecht. Bürgerwirkung: Die Aufgabenwahrnehmung ermöglicht innerhalb Münsters eine einheitliche Bürgerinformation durch definierte fachliche Aussagen und ebenso eine Versorgung mit entsprechendem Informationsmaterial für die Brandschutzunterweisung und –aufklärung. Für städtische Einrichtungen wird der Service geboten, Brandschutzunterweisungen mit der Kompetenz der auch im Einsatzfall zuständigen Feuerwehr durchzuführen. Personalwirkung (Stellen): 0,1 Stellen x A 12 + 0,09 Stellen x A 9 mD. Flächenwirkung: 0,19 Büroarbeitsplätze.									
Ergebnis- verbesserung		Beschluss					Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand					
		2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
		€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge		0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen		0	-12.570	-12.570	-12.570	-12.570						
Sachaufwendungen		-1.260	-1.260	-1.260	-1.260	-1.260						
Saldo		1.260	13.830	13.830	13.830	13.830	13.830	0	0	0	0	0
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt												
Sachstandsbericht Die Umsetzung der Maßnahme erfolgt mit Wirkung vom 01.12.2013 durch Einsparung einer Stelle (A 09 mD Fn 3).											Abschlussbericht? Nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 38	Bezeichnung Standardreduzierung bei der Koordinierung und Begleitung von Schulalarmproben								
Dezernat I	Amt Feuerwehr										Produktgruppe 02 09
Gremium Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen			Beschreibung Beschreibung: Die flächendeckende und regelmäßige Durchführung von Schulalarmproben, häufig in Verbindung mit Unterricht zur Brandschutzerziehung, ist eine Serviceleistung der Feuerwehr für die Schulen. Gleiches gilt für die Koordinierung und Vereinbarung der entsprechenden Termine. Vorgeschlagen wird eine deutlich geringere Beteiligung der Feuerwehr mit größeren Intervallen. Gleichzeitig sollen die Schulen verpflichtet werden, regelmäßige Schulalarmproben ohne Beteiligung der Berufsfeuerwehr durchzuführen. Bürgerwirkung: Für die Schulen wächst der Koordinierungsbedarf. Eine qualitativ hochwertige Unterweisung ist nicht mehr durchgängig sichergestellt. Personalwirkung (Stellen): 0,45 Stellen x A 9 mD. Flächenwirkung: 0,45 Büroarbeitsplätze.								
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
	Erträge	0	0	0	0	0					
	Personalaufwendungen	0	-13.794	-13.794	-13.794	-13.794					
	Sachaufwendungen	0	-1.380	-1.380	-1.380	-1.380					
Saldo	0	15.184	15.184	15.184	15.184	15.184	0	0	0	0	0
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt											
Sachstandsbericht Die Umsetzung der Maßnahme erfolgt mit Wirkung vom 01.12.2013 durch Einsparung einer Stelle (A 09 mD Fn 3).										Abschlussbericht? Nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 39	Bezeichnung Kostenersatz bei Fehlalarmen									
Dezernat I	Amt Feuerwehr										Produktgruppe 02 09	
Gremium Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen			Beschreibung Beschreibung: Verschärfung der Kriterien zum Kostenersatz bei Fehlalarmen. Die Stadt Münster verzichtet derzeit weitgehend auf den (gesetzlich möglichen) Kostenersatz bei Fehlalarmierungen aus Brandmeldeanlagen. Ein Kostenersatz wird nur gefordert bei Vorsatz oder bei einer außerordentlichen Häufung von Fehlalarmen, welche auf eine mangelhafte Wartung und Aufsicht zurückgeführt werden müssen. Die diesbezüglichen Anwendungskriterien werden moderat verschärft. Bürgerwirkung: Keine unmittelbare. Es besteht jedoch die Gefahr einer Vermeidungsstrategie, bei der die automatische Übertragung der Brandmeldung zur Feuerwehr durch den jew. Betreiber zur Vermeidung von Kosten außer Funktion gesetzt wird. Bei einem realen Brandereignis würde dieses (strafrechtlich relevante) Verhalten zu erheblichen Folgen für die zu schützenden Personen und/oder die Handlungspflichtigen führen. Diese Überlegung führte bislang dazu, den Kostenersatz nur bei eklatantem Fehlverhalten zu fordern. Personalwirkung: keine bezüglich der zu fertigenden Bescheide über Kostenersatz. Es ist möglich, dass die Kostenpflichtigen vermehrt den Rechtsweg beschreiten. Dies kann Personalressourcen binden, die derzeit nicht kalkuliert sind. Flächenwirkung: keine									
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand					
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017	
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	
	Erträge	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000						
	Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen	0	0	0	0	0							
Saldo	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000	0	0	0	0	0	
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt												
Sachstandsbericht Die Maßnahme ist nur durch eine deutlich rigidere Beurteilung des Fehlverhaltens von Anlagenbetreibern zu erzielen. Aufgrund der Erfahrungen der zurückliegenden Jahre ist davon auszugehen, dass der Ertrag jeweils im 3. bzw. 4. Quartal des Haushaltsjahres erreicht wird.										Abschlussbericht? Nein		

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 41	Bezeichnung Verzicht auf den Bürgerhaushalt in jedem 2. Jahr									
Dezernat II	Amt Amt für Finanzen und Beteiligungen										Produktgruppe 01 09	
Gremium Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften			Beschreibung Beschreibung: Das Bürgerhaushaltsverfahren wurde 2011 eingeführt. Der Bürgerhaushalt 2011 (Nachlauf) und der Bürgerhaushalt 2012 (zum Haushaltsplan 2013) befindet sich zurzeit in der Durchführung. Ein Verzicht auf dieses Instrument in jedem 2. Jahr führt zu regelmässigen Einsparungen. Bürgerwirkung: Die Beteiligungsmöglichkeit über das Bürgerhaushaltsverfahren wird verringert. Dabei ist zu bedenken, dass das Instrument BHH nur zu ca. 10 % für direkte haushaltsrelevante Anliegen genutzt wurde. Personalwirkung (Stellen): Zusammengefasste Wirkung der Maßn. 40, 41 und 42 in Maßnahme 40 Flächenwirkung: keine									
Ergebnis- verbesserung		Beschluss					Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand					
		2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
		€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge		0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen		0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen		-25.000	0	-25.000	0	-25.000						
Saldo		25.000	0	25.000	0	25.000	25.000	25.000	0	25.000	0	25.000
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß												
Sachstandsbericht											Abschlussbericht? Ja	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 43	Bezeichnung Verzicht auf Druck des beschlossenen Haushaltsplans									
Dezernat II	Amt Amt für Finanzen und Beteiligungen										Produktgruppe 01 09	
Gremium Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften			Beschreibung Beschreibung: Zurzeit wird nach Beschluss des Haushaltsplans durch den Rat der zweibändige Plan nochmals gedruckt und den Ratsmitgliedern, BV's, der Verwaltung etc. zur Verfügung gestellt. Zusätzlich wird der Plan auf der Internetseite des Amtes 20 veröffentlicht. Der Entwurf des Haushaltsplans wird weiterhin gedruckt, da dies zurzeit für die Beratung erforderlich ist (ggf. Ablösung durch IT-Lösung). Bürgerwirkung: sehr gering bis keine Personalwirkung (Stellen): keine Flächenwirkung: keine									
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand					
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017	
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	
	Erträge	0	0	0	0	0						
	Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen	-8.000	-8.000	-8.000	-8.000	-8.000							
Saldo	8.000	8.000	8.000	8.000	8.000	8.000	8.000	8.000	8.000	8.000	8.000	
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß												
Sachstandsbericht										Abschlussbericht? Ja		

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 44	Bezeichnung Verzicht auf Finanzamtanfragen									
Dezernat II	Amt Amt für Finanzen und Beteiligungen										Produktgruppe 01 09	
Gremium Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften			Beschreibung Beschreibung: Verzicht auf Anfragen beim Finanzamt zu ausstehenden Gewerbesteuermessbescheiden Bürgerwirkung: Qualitätsminderung bei der Pflege der Steuerkonten Personalwirkung (Stellen): 0,33 Stellenanteile mD einschl. Maßnahme 45 Flächenwirkung keine									
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand					
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017	
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	
	Erträge	0	0	0	0	0						
	Personalaufwendungen	0	-1.370	-1.370	-15.030	-15.030						
Sachaufwendungen	0	0	0	0	0							
Saldo	0	1.370	1.370	15.030	15.030	15.030	0	1.370	1.370	15.030	15.030	
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß												
Sachstandsbericht Die personellen und organisatorischen Details der Umsetzung werden zurzeit geklärt.										Abschlussbericht? Nein		

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 45	Bezeichnung Optimierung des Veranlagungsverfahrens (TFA-Anwendung)									
Dezernat II	Amt Amt für Finanzen und Beteiligungen										Produktgruppe 01 09	
Gremium Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften			Beschreibung Beschreibung: Optimierung des Veranlagungsverfahrens (TFA-Anwendung) in der Fachstelle Gewerbesteuer Bürgerwirkung: Vermeidung von Anwendungsfehlern, kürzere Bearbeitungsdauer Personalwirkung (Stellen): siehe Maßnahme 44 Flächenwirkung: keine									
Ergebnis- verbesserung		Beschluss					Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand					
		2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
		€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge		0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen		0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen		0	0	0	0	0						
Saldo		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß												
Sachstandsbericht sh. Maßnahme 44											Abschlussbericht? Ja	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 47	Bezeichnung Minderaufwand Gesamtabschluss									
Dezernat II	Amt Amt für Finanzen und Beteiligungen										Produktgruppe 01 09	
Gremium Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften			Beschreibung Beschreibung: Stellenreduzierung für den Gesamtabschluss nach Abschluss der „Einführungsphase“. Bürgerwirkung: keine Personalwirkung (Stellen): 0,5 Stellenanteile gD Flächenwirkung: keine									
Ergebnis- verbesserung		Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
		2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
		€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge		0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen		0	0	0	-31.230	-31.230						
Sachaufwendungen		0	0	0	0	0						
Saldo		0	0	0	31.230	31.230	31.230	0	0	0	0	0
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt												
Sachstandsbericht Eine Stellenreduzierung für den Gesamtabschluss soll nach Abschluss der „Einführungsphase“ (ab 2016) erfolgen. Inzwischen ist bereits, u.a. aufgrund der schwierigen Personalsituation, eine Verzögerung von ca. einem Jahr eingetreten. Aufgrund der aktuell schwierigen Personalsituation (zwei Schwangerschaften, ein befristetes Beschäftigungsverhältnis) ist mit weiteren Verzögerungen zu rechnen und eine Personalreduzierung in 2016 fraglich geworden. Die rechtzeitige Umsetzung der Maßnahme ist gefährdet.											Abschlussbericht? Nein	

Rubrik Einzelfmaßnahmen		Nr. 48	Bezeichnung Reduzierung des städtischen Zuschusses bei der Wirtschaftsförderung Münster GmbH Zusatz: Die Verwaltung wird gebeten, bei Umsetzung der Maßnahme die steuerlichen Konsequenzen zu berücksichtigen. Für 2013 wird ein Sperrvermerk eingerichtet.								
Dezernat II	Amt Amt für Finanzen und Beteiligungen										Produktgruppe 15 01
Gremium Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften			Beschreibung Beschreibung: Es besteht ein in der Satzung festgelegtes Einlagesystem mit einem festgelegten Zuschuss. Die Gesellschaft erhält incl. Ihrer Untergesellschaften einen jährlichen Zuschuss in Höhe von 2.350 T€. Für eine Anpassung des Zuschusses auf 2.100 T€ müssen das Einlagesystem (Satzung) und der Betrauungsakt entsprechend geändert werden. Bürgerwirkung: Mögliche Einschränkung bei den Leistungen der Wirtschaftsförderung inkl. ihrer Untergesellschaften. Personalwirkung (Stellen): keine Flächenwirkung: keine								
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge	0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen	0	-250.000	-250.000	-250.000	-250.000						
Saldo	0	250.000	250.000	250.000	250.000	250.000	0	0	0	0	0
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt											
Sachstandsbericht Zur Kürzung des Zuschusses muss das Einlagesystem und damit die Satzung geändert werden. Dies ist kurzfristig nicht realisierbar. Zur Zeit findet eine Abstimmung mit der Wirtschaftsförderung statt, um eine frühestmögliche Umsetzung der Kürzung und die damit verbundene Änderung des Einlagesystems zu realisieren.										Abschlussbericht? Nein	

Rubrik Einzelfmaßnahmen		Nr. 49	Bezeichnung Reduzierung des städtischen Zuschusses bei der Westfälischer Zoologischer Garten Münster GmbH									
Dezernat II	Amt Amt für Finanzen und Beteiligungen										Produktgruppe 15 01	
Gremium Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften			Beschreibung Beschreibung: Es besteht ein Managementkontrakt bis 2015. Die Gesellschaft erhält einen jährlichen Zuschuss in Höhe von 4.136 T€. Für eine Anpassung des Zuschusses auf 4.000 Tsd. € muss der neue Managementkontrakt ab 2016 entsprechend geändert werden. Bürgerwirkung: Mögliche Einschränkung bei den Leistungen des Zoos. Personalwirkung (Stellen): keine Flächenwirkung: keine									
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand					
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017	
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	
	Erträge	0	0	0	0	0						
	Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen	0	0	0	-136.000	-136.000							
Saldo	0	0	0	136.000	136.000	136.000	0	0	0	0	0	
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt												
Sachstandsbericht Es ist vorgesehen, diese Maßnahme im 2015 für diese Gesellschaft zu entwickelnden Managementkontrakt ab 2016 umzusetzen.										Abschlussbericht? Nein		

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 50	Bezeichnung Steuerliche Optimierung im Bäderbereich (1. Stufe)									
Dezernat II	Amt Amt für Finanzen und Beteiligungen										Produktgruppe 15.01	
Gremium Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften			Beschreibung Beschreibung: Aufgrund einer neuen Rechtslage (nach Betriebsprüfung in 2011) besteht die Möglichkeit der Zusammenfassung der beiden bestehenden Betriebe gewerblicher Art (BgA Bäder mit BHKW und BgA Bäder ohne BHKW) und damit die Möglichkeit der Zusammenfassung der Bäderverluste mit den Dividenden der Stadtwerke Münster GmbH. Hierdurch kann eine Minderung der Kapitalertragssteuer in Höhe von ca. 554 T€ p. a. erreicht werden. Dieser Steuervorteil soll ab sofort (und rückwirkend ab 2009) generiert werden. Die Effekte 2009 bis 2012 werden 2013 ergebniswirksam werden. Bürgerwirkung: keine Personalwirkung (Stellen): keine Flächenwirkung: keine									
Ergebnis- verbesserung		Beschluss					Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand					
		2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
		€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge		0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen		0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen		2.216.000	-554.000	-554.000	-554.000	-554.000						
Saldo		2.216.000	554.000	554.000	554.000	554.000	554.000	2.216.000	554.000	554.000	554.000	554.000
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung niedriger als politischer Beschluß												
Sachstandsbericht Es handelt sich bei der Steueroptimierung um eine Verminderung der Kapitalertragssteuer-zahlung in der Zukunft (keine Erstattung, sondern Vermeidung einer Ausgabe) und eine Erstattung zuviel gezahlter Steuer für zurückliegende Jahre. Die Höhe dieser „Ausgabenvermeidung“ ist dabei abhängig vom Verlust im BgA Bäder und der Gewinnausschüttung der Stadtwerke. Die Angaben zur finanziellen Wirkung beruhen deshalb auf Annahmen zur zukünftigen Entwicklung und sind insoweit unter Vorbehalt. Ferner können sich aus der Zusammenarbeit mit den Finanzbehörden bei der Realisierung der Optimierungseffekte zeitliche Verzögerungen gegenüber dem Planansatz ergeben. Der Erstattungsanspruch für 2013 wird voraussichtlich geringer sein, weil er teilweise bereits 2012 realisiert wurde. Die Entwicklung der tatsächlichen steuerlichen Ergebnisse in den nächsten Jahren bleibt abzuwarten.											Abschlussbericht? Nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 51	Bezeichnung Erhöhte Gewinnausschüttung der Wohn + Stadtbau GmbH								
Dezernat II	Amt Amt für Finanzen und Beteiligungen										Produktgruppe 15 01
Gremium Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften			Beschreibung Es besteht ein Managementkontrakt bis 2015. Die Gesellschaft zahlt eine jährliche Vorabgewinnausschüttung von 2,5 Mio. €. Für eine Anpassung der Gewinnausschüttung auf 3,5 Mio. € muss der neue Managementkontrakt ab 2016 entsprechend geändert werden. Die dargestellte finanzielle Wirkung ergibt sich netto, d.h. nach Steuern. Bürgerwirkung: keine Personalwirkung (Stellen): keine Flächenwirkung: keine								
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge	0	0	0	841.750	841.750						
Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen	0	0	0	0	0						
Saldo	0	0	0	841.750	841.750	841.750	0	0	0	0	0
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt											
Sachstandsbericht Es ist vorgesehen, diese Maßnahme im 2015 für diese Gesellschaft zu entwickelnden Managementkontrakt ab 2016 umzusetzen.										Abschlussbericht? Nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 52	Bezeichnung Anhebung des Hebesatzes für die Grundsteuer A								
Dezernat II	Amt Amt für Finanzen und Beteiligungen										Produktgruppe 16 01
Gremium Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften			Beschreibung Beschreibung: Der Hebesatz für die Grundsteuer A soll angehoben werden. Grundsteuer A neu: zum 1.1.2013 um 10 Punkte von 230 auf 240, zum 1.1.2015 erfolgt zur Erzielung des allgemeinen Inflationsausgleiches eine weitere Erhöhung um 15 Punkte auf 255 Punkte. Bürgerwirkung: steuerliche Mehrbelastung um 4,3 % (zum 1.1.2013) und um weitere 6,25 % zum 1.1.2015. Personalwirkung (Stellen): - Flächenwirkung: -								
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge	17.000	17.000	41.000	41.000	41.000						
Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen	0	0	0	0	0						
Saldo	17.000	17.000	41.000	41.000	41.000	41.000	17.000	17.000	41.000	41.000	41.000
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß											
Sachstandsbericht										Abschlussbericht? Ja	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 53	Bezeichnung Anhebung des Hebesatzes für die Grundsteuer B								
Dezernat II	Amt Amt für Finanzen und Beteiligungen										Produktgruppe 16 01
Gremium Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften			Beschreibung Beschreibung: Der Hebesatz für die Grundsteuer B soll angehoben werden. Grundsteuer B neu: zum 1.1.2013 um 20 Punkte von 460 auf 480, zum 1.1.2015 erfolgt zur Erzielung des allgemeinen Inflationsausgleiches eine weitere Erhöhung um 30 Punkte auf 510 Punkte. Bei der Grundsteuer B ergeben sich pro Jahr steigende Effekte, weil von einer steigenden Bemessungsgrundlage ausgegangen wird (Einheitswerte). Bürgerwirkung: steuerliche Mehrbelastung um 4,3 % (zum 1.1.2013) und um weitere 6,25 % zum 1.1.2015. Personalwirkung (Stellen): - Flächenwirkung: -								
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge	2.200.000	2.200.000	5.700.000	5.700.000	5.700.000						
Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen	0	0	0	0	0						
Saldo	2.200.000	2.200.000	5.700.000	5.700.000	5.700.000	5.700.000	2.200.000	2.200.000	5.700.000	5.700.000	5.700.000
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß											
Sachstandsbericht										Abschlussbericht? Ja	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 54	Bezeichnung Anhebung der Steuersatzes auf Spielapparate mit Gewinnmöglichkeit bei der Vergnügungsteuer									
Dezernat II	Amt Amt für Finanzen und Beteiligungen										Produktgruppe 16 01	
Gremium Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften			Beschreibung Beschreibung: Der Steuersatz für Apparate mit Gewinnmöglichkeit bei der Vergnügungsteuer wird von 15 v.H. auf 19 v.H erhöht. Bürgerwirkung: Mehrbelastung der Automatenaufsteller um 27% Personalwirkung (Stellen): keine Flächenwirkung: keine									
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand					
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017	
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	
	Erträge	600.000	600.000	600.000	600.000	600.000						
	Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen	0	0	0	0	0							
Saldo	600.000	600.000	600.000	600.000	600.000	600.000	600.000	600.000	600.000	600.000	600.000	
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß												
Sachstandsbericht										Abschlussbericht? Ja		

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 55	Bezeichnung Kürzung der Umbaumaßnahmen Zusatz: Die Einsparsumme wird auf 125.000 € reduziert unter der Maßgabe, dass KITAs und Schulen von den Einsparungen nicht betroffen werden.									
Dezernat II	Amt Amt für Immobilienmanagement										Produktgruppe 01 11	
Gremium Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften			Beschreibung Beschreibung: Es wird auf Umbaumaßnahmen, die auf Wünsche der Nutzer zurückgehen, zur Hälfte verzichtet. Bürgerwirkung: Umbauten verzögern sich. Personalwirkung (Stellen): keine Flächenwirkung: keine									
Ergebnis- verbesserung		Beschluss					Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand					
		2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
		€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge		0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen		0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen		-125.000	-125.000	-125.000	-125.000	-125.000						
Saldo		125.000	125.000	125.000	125.000	125.000	125.000	125.000	125.000	125.000	125.000	125.000
Umsetzungsstand Maßnahme teilweise umgesetzt												
Sachstandsbericht In den verwaltungsinternen Budgets sind die Mittel gekürzt. Somit wird die Verausgabung für diese Zwecke unterbunden. Das Einsparziel wird erreicht.											Abschlussbericht? Nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 56	Bezeichnung Optimierung des Portfolios „Allgemeines Grundvermögen“									
Dezernat II	Amt Amt für Immobilienmanagement									Produktgruppe 01 11		
Gremium Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften			Beschreibung PRÜFAUTRAG: Die Verwaltung wird beauftragt, das allgemeine Grundvermögen im Rahmen eines Portfolio-Managements weiter zu optimieren und dadurch eine zusätzliche finanzielle Entlastung von jährlich bis zu 60.000 Euro zu erzielen. Beschreibung: Die Stadt Münster hält Gebäude im Portfolio, deren ursprünglicher Erwerbszweck nicht mehr angestrebt wird. Durch Optimierung des Portfolios werden Erträge (Mieten) zurückgeführt. Gleichzeitig werden aber Sachaufwendungen eingespart. Zu den dargestellten Einsparungen bei den Sachaufwendungen kann der Haushalt auch um AfA in Höhe von 44.000 € entlastet werden. Durch die Veräußerung werden Liquiditätszuflüsse erfolgen und ggf. stille Reserven aufgelöst. Die Umsetzung ist nur möglich, wenn – nach VV-Beschluss – konkrete Verwertungsoptionen den politischen Gremien zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Bürgerwirkung: keine Personalwirkung (Stellen): keine Flächenwirkung: 4.000 m²									
Ergebnis- verbesserung		Beschluss					Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand					
		2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
		€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge		-6.000	-26.000	-40.000	-40.000	-40.000						
Personalaufwendungen		0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen		-17.000	-80.000	-100.000	-100.000	-100.000						
Saldo		11.000	54.000	60.000	60.000	60.000	60.000	0	0	0	0	0
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt												
Sachstandsbericht Die derzeitigen personellen Ressourcen ermöglichen nicht, die für 2013 angestrebte Immobilienvermarktung in diesem Projekt zu realisieren. Eine Korrektur der Haushaltsansätze ist nicht notwendig. Die angestrebte Einsparung wird anderweitig erfolgen.											Abschlussbericht? Nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 57	Bezeichnung Erhöhung der landwirtschaftlichen Pachten									
Dezernat II	Amt Amt für Immobilienmanagement										Produktgruppe 01 11	
Gremium Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften			Beschreibung Beschreibung: Die Stadt Münster verpachtet landwirtschaftliche Flächen. Durch eine Anpassung der Pachten an die Marktgegebenheiten können zusätzliche Erträge erzielt werden. Die Umsetzung ist nur möglich, wenn es entsprechende politische Beschlüsse gibt, die Pachten zu erhöhen. Bürgerwirkung: Landwirte zahlen in Zunkunft marktübliche Pachten bei städtischen Flächen Personalwirkung (Stellen): keine Flächenwirkung: keine									
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand					
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017	
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	
	Erträge	0	35.000	45.000	45.000	45.000						
	Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen	0	0	0	0	0							
Saldo	0	35.000	45.000	45.000	45.000	45.000	0	35.000	45.000	45.000	45.000	
Umsetzungsstand Maßnahme teilweise umgesetzt												
Sachstandsbericht Die Verwaltung geht davon aus, dass die prognostizierten Mehrerträge vollständig realisiert werden können.										Abschlussbericht? Nein		

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 59	Bezeichnung Mietanpassungen an die Entwicklung der Marktmieten									
Dezernat II	Amt Amt für Immobilienmanagement										Produktgruppe 01 11	
Gremium Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften			Beschreibung Beschreibung: Die aktuellen Mietkonditionen für das Stadthaus 3 belaufen sich auf 15,12 €/m². Diese Höhe ist durch Indexanpassungen in den letzten Jahren erreicht worden. Die Büromarktstudie der Wirtschaftsförderung Münster weist für Mietobjekte in vergleichbaren Lagen Mietpreise zwischen 8,33 €/m² und 15,47 €/m² (inkl. Umsatzsteuer) aus. Im Mittel ergibt sich ein Mietwert von 11,90 €/m². Bei einer Anpassung des Mietvertrages auf die durchschnittliche Größe können sich die dargestellten Einsparungen ergeben. Dies ist im Rahmen einer Vertragsverlängerung mit den Stadtwerken als Eigentümerin zu verhandeln. Bürgerwirkung: keine Personalwirkung (Stellen): keine Flächenwirkung: keine									
Ergebnis- verbesserung		Beschluss					Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand					
		2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
		€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge		0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen		0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen		-650.000	-650.000	-650.000	-650.000	-650.000						
Saldo		650.000	650.000	650.000	650.000	650.000	650.000	0	0	0	0	0
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt												
Sachstandsbericht Das Einsparziel wird erreicht.											Abschlussbericht? Nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 60	Bezeichnung Angebot verschiedener freiwilliger Dienstleistungen Zusatz: Die Einsparsumme wird für alle Jahre auf 250.000 € erhöht.									
Dezernat II	Amt Abfallwirtschaftsbetriebe Münster										Produktgruppe 11 02	
Gremium Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften			Beschreibung Beschreibung: Überschüsse aus der Reinigung für Dritte, Containerdienst, Sickerwasserverarbeitung für Dritte, Fremdreparaturen von Fahrzeugen anderer Ämter etc. Bürgerwirkung: keine Auswirkung Personalwirkung (Stellen): keine Auswirkung Flächenwirkung: keine Auswirkung									
Ergebnis- verbesserung		Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
		2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
		€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge		250.000	250.000	250.000	250.000	250.000						
Personalaufwendungen		0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen		0	0	0	0	0						
Saldo		250.000	250.000	250.000	250.000	250.000	250.000	250.000	250.000	250.000	250.000	250.000
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß												
Sachstandsbericht Die Überschüsse aus Nebengeschäften werden bis zu einer Höhe von 250.000 Euro je nach Feststellung des Jahresabschlusses 2013 durch den Rat der Stadt Münster dem städtischen Haushalt zur Verfügung gestellt.											Abschlussbericht? Nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 62	Bezeichnung Einsatz von kalk. Zinsen									
Dezernat II	Amt Abfallwirtschaftsbetriebe Münster										Produktgruppe 11 02	
Gremium Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften			Beschreibung Beschreibung: Zurverfügungstellung der kalk. Zinsen aus den Gebührenkalkulationen Bürgerwirkung: keine Personalwirkung (Stellen): keine Flächenwirkung: keine									
Ergebnis- verbesserung		Beschluss					Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand					
		2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
		€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge		300.000	300.000	300.000	300.000	300.000						
Personalaufwendungen		0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen		0	0	0	0	0						
Saldo		300.000	300.000	300.000	300.000	300.000	300.000	300.000	300.000	300.000	300.000	300.000
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß												
Sachstandsbericht Anteilige kalkulatorische Zinsen in Höhe von 300.000 Euro werden nach Feststellung des Jahresabschlusses 2013 durch den Rat der Stadt Münster dem städtischen Haushalt zur Verfügung gestellt.											Abschlussbericht? Nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 63	Bezeichnung Reduzierung statistischer Dienstleistungen; Reduzierung der kartografischen Grundlagenarbeit								
Dezernat III	Amt Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung, Verkehrsplanung										Produktgruppe 02 07
Gremium Ausschuss für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft			Beschreibung Beschreibung: Die Vierteljahresstatistik wird eingestellt; weitere diverse statistische Dienstleistungen werden im Standard reduziert (u. a. in den Themenfeldern Erwerbstätigkeit, Wirtschaft, Tourismus, Verkehr, Gesundheit, Soziales). Im Bereich kartografischer Dienstleistungen wird die Pflege und Fortschreibung kartografischer Grundlagen in Zshg. Mit statistischen Dienstleistungen im Aufwand entsprechend reduziert. Bürgerwirkung: keine unmittelbare Bürgerwirkung in der Breite; mittelbare Wirkung in Bezug auf die sachinteressierte Bürgerschaft sowie Politik und Verwaltung. Personalwirkung (Stellen): 0,5 Stelle Flächenwirkung: 0,5 Büroraum								
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge	0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen	0	0	-31.230	-31.230	-31.230						
Sachaufwendungen	0	0	0	0	0						
Saldo	0	0	31.230	31.230	31.230	31.230	0	0	0	0	0
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt											
Sachstandsbericht Die Maßnahme wird erst 2015 haushaltswirksam.										Abschlussbericht? Nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 64	Bezeichnung Reduzierungen des Engagements im Städtenetzwerk MONT									
Dezernat III	Amt Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung, Verkehrsplanung										Produktgruppe 09 01	
Gremium Ausschuss für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft			Beschreibung Beschreibung: Die Stadt Münster reduziert ihr Engagement im Städtenetzwerk MONT (Münster, Osnabrück, Netzwerkstad Twente). Bürgerwirkung: Keine unmittelbare Bürgerwirkung, da Kooperation MONT bis dato Idgl. Programmatischer / konzeptioneller Art. Personalwirkung (Stellen): 0,25 Stelle Flächenwirkung: keine									
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand					
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017	
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	
	Erträge	0	0	0	0	0						
	Personalaufwendungen	0	0	-17.070	-17.070	-17.070						
Sachaufwendungen	0	0	0	0	0							
Saldo	0	0	17.070	17.070	17.070	17.070	0	0	0	0	0	
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt												
Sachstandsbericht Die Maßnahme wird erst 2015 haushaltswirksam										Abschlussbericht? Nein		

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 65	Bezeichnung Reduzierung des Aufwands bei stadtreionaler Zusammenarbeit in der „Stadtregion Münster“									
Dezernat III	Amt Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung, Verkehrsplanung										Produktgruppe 09 01	
Gremium Ausschuss für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft			Beschreibung Beschreibung: Deutliche Verringerung des koordinierenden Aufwands der Stadt Münster für die „Stadtregion Münster“ (= Stadt MS und Anrainerkommunen) durch Abgabe der Geschäftsführung an eine andere Mitgliedskommune der „Stadtregion Münster“. Bürgerwirkung: keine unmittelbare Bürgerwirkung Personalwirkung (Stellen): 0,25 Stelle Flächenwirkung: keine									
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand					
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017	
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	
	Erträge	0	0	0	0	0						
	Personalaufwendungen	0	0	-17.070	-17.070	-17.070						
Sachaufwendungen	0	0	0	0	0							
Saldo	0	0	17.070	17.070	17.070	17.070	0	0	0	0	0	
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt												
Sachstandsbericht Die Maßnahme wird erst 2015 haushaltswirksam										Abschlussbericht? Nein		

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 66	Bezeichnung Reduzierung der Standards bei der Prüfung von Einzelhandelsvorhaben									
Dezernat III	Amt Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung, Verkehrsplanung										Produktgruppe 09 01	
Gremium Ausschuss für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft			Beschreibung Beschreibung: Eine deutliche Reduzierung des Standards der Erbringung von Fachleistungen und Stellungnahmen (an Amt 63) führt zu einer Verlängerung der Bearbeitungszeit und Reduzierung des inhaltlichen Prüf- u. Bewertungsrahmens bei einzelhandelsstrukturellen Verträglichkeitsuntersuchungen. Bürgerwirkung: keine unmittelbare Bürgerwirkung; aber direkte Wirkung auf Investoren von Einzelhandelsvorhaben im Vorfeld von und im Baugenehmigungsverfahren. Personalwirkung (Stellen): 0,25 Stelle Flächenwirkung: ggf. 0,25 Büroraum									
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand					
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017	
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	
	Erträge	0	0	0	0	0						
	Personalaufwendungen	0	0	-17.070	-17.070	-17.070						
Sachaufwendungen	0	0	0	0	0							
Saldo	0	0	17.070	17.070	17.070	17.070	0	0	0	0	0	
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt												
Sachstandsbericht Die Maßnahme wird erst 2015 haushaltswirksam.										Abschlussbericht? Nein		

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 67	Bezeichnung Aufwandsreduzierung in der Sachbearbeitung im Aufgabenbereich „Innenentwicklungsinitiative“									
Dezernat III	Amt Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung, Verkehrsplanung										Produktgruppe 09 01	
Gremium Ausschuss für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft			Beschreibung Beschreibung: Straffung des Projektaufwands, Verlängerung der Projektbearbeitungszeit. Bürgerwirkung: keine unmittelbare Bürgerwirkung, aber zeitliche Einschränkung in der Erstellung konkreter Umsetzungsvorschläge (für Dritte / Immobilieneigentümer) für die Quartiersentwicklung. Personalwirkung (Stellen): 0,25 Stelle Flächenwirkung: keine									
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand					
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017	
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	
	Erträge	0	0	0	0	0						
	Personalaufwendungen	0	0	-17.070	-17.070	-17.070						
Sachaufwendungen	0	0	0	0	0							
Saldo	0	0	17.070	17.070	17.070	17.070	0	0	0	0	0	
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt												
Sachstandsbericht Die Maßnahme wird erst 2015 haushaltswirksam.										Abschlussbericht? Nein		

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 68	Bezeichnung Reduzierung der Teilnahme an Bundes- / Landesprojekten bzw. Konzentration auf strategisch bedeutsame Entwicklungsprojekte der Stadt Münster mit hoher direkter Bürgerrelevanz								
Dezernat III	Amt Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung, Verkehrsplanung										Produktgruppe 09 01
Gremium Ausschuss für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft			Beschreibung Beschreibung: Nach Auslaufen der ZukunftsWerkStadt (BMBF) keine weitere Mitwirkung an neuen, extern initiierten Stadtentwicklungsprojekten bzw. Mitwirkung nur bei hoher und unmittelbarer Bürgerrelevanz. Bürgerwirkung: Es entsteht keine unmittelbare Bürgerwirkung; evtl. ergeben Einschränkungen bei der allgemeinen Positionierung der Stadt Münster in innovativen Stadtentwicklungsthemen. Personalwirkung (Stellen): 0,25 Stelle ab 2015 Flächenwirkung: keine								
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge	0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen	0	0	-17.070	-17.070	-17.070						
Sachaufwendungen	0	0	0	0	0						
Saldo	0	0	17.070	17.070	17.070	17.070	0	0	0	0	0
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt											
Sachstandsbericht Die Maßnahme wird erst 2015 haushaltswirksam.										Abschlussbericht? Nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 69	Bezeichnung Reduzierung des übergreifenden „Handlungsprogramms Demografischer Wandel“ bzw. Konzentration auf die originäre Fachzuständigkeit im Thema Demografischer Wandel									
Dezernat III	Amt Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung, Verkehrsplanung										Produktgruppe 09 01	
Gremium Ausschuss für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft			Beschreibung Beschreibung: Verzicht auf die übergreifende Bearbeitung und Koordinierung allgemeiner programmatischer Handlungsansätze. Dies ist möglich, da die in dezentraler Fachzuständigkeit vorhandenen sektoralen Handlungs- und Aufgabenfelder im Bereich des demografischen Wandels verankert sind und jeweils ressortbezogen fachadäquat bearbeitet werden. Praktische Grundlagenunterstützung wird weiterhin geleistet durch ein von Amt 61 zu erstellendes Demografie-Monitoring (regelmäßiges Berichtswesen) mit für die Stadtentwicklung (im weiteren Sinne) relevanten Indikatoren als Grundlage für sektorale öffentliche Infrastrukturplanungen. Bürgerwirkung: mittelbar bzw. bei entsprechenden Bedarfs- / Zielgruppen. Personalwirkung (Stellen): 0,5 Stelle Flächenwirkung: 0,5 Büroraum									
Ergebnis- verbesserung		Beschluss					Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand					
		2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
		€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge		0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen		0	0	-34.130	-34.130	-34.130		-34.130	-34.130			
Sachaufwendungen		0	0	0	0	0						
Saldo		0	0	34.130	34.130	34.130	34.130	34.130	34.130	34.130	34.130	34.130
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß												
Sachstandsbericht Die Maßnahme wurde vorzeitig ab 03/2013 (geplant 2015) haushaltswirksam umgesetzt.											Abschlussbericht? Ja	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 70	Bezeichnung Reduzierung von bauleitplanerischer Planungs- und Beratungsleistungen für Vorhabenträger / Investoren								
Dezernat III	Amt Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung, Verkehrsplanung										Produktgruppe 09 01
Gremium Ausschuss für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft			Beschreibung Beschreibung: Konsequente Verpflichtung Dritter (Vorhabenträger / Investoren) auf Erbringung der vorhaben- / projektbezogenen Planungs- und Verfahrensleistungen mit Ausnahme der hoheitlichen Aufgaben; deutliche Einschränkung der inhaltlich-fachlichen beratenden Verfahrensbegleitung Dritter bei projektgebundenen bzw. vorhabenbezogenen Bebauungsplanverfahren Bürgerwirkung: keine unmittelbare Bürgerwirkung; direkte Auswirkungen auf Vorhaben- und Projektträger Personalwirkung (Stellen): 0,25 Stelle Flächenwirkung: 0,5 Büroraum i.V.m. Maßnahme 71.								
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge	0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen	0	0	-19.240	-19.240	-19.240						
Sachaufwendungen	0	0	0	0	0						
Saldo	0	0	19.240	19.240	19.240	19.240	0	0	0	0	0
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt											
Sachstandsbericht Die Maßnahme wird erst 2015 haushaltswirksam.										Abschlussbericht? Nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 71	Bezeichnung Teilverzicht auf Abgabe planungsrechtlicher Stellungnahmen bei Bauvorhaben nach § 34 BauGB an Amt 63; Verzicht auf Bürgerberatung in diesen Fällen bei Amt 61.								
Dezernat III	Amt Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung, Verkehrsplanung										Produktgruppe 09 01
Gremium Ausschuss für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft			Beschreibung Beschreibung: Im Vollzug (Bauvorhaben) des Bebauungsplanes erfolgt nur noch die Prüfung des sog. Planerfordernisses sowie die Abgabe von Stellungnahmen im Falle von Anträgen auf sog. Befreiungen vom Bebauungsplan durch Amt 61; es erfolgt grundsätzlich keine Beteiligung mehr von Amt 61 im Baugenehmigungsverfahren. Bürgerwirkung: Unmittelbare Bürgerwirkung, da nur noch eingeschränkte Beratung durch Amt 61 in dem durch diese Maßnahme eingeschränkten Umfang angeboten werden kann; Ansprechpartner ist maßgeblich allein Amt 63 als Baugenehmigungsbehörde. Personalwirkung (Stellen): 0,5 Stelle Flächenwirkung: 0,5 Raum i.V.m.Maßnahme 70								
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge	0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen	0	0	-34.130	-34.130	-34.130						
Sachaufwendungen	0	0	0	0	0						
Saldo	0	0	34.130	34.130	34.130	34.130	0	0	0	0	0
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt											
Sachstandsbericht Die Maßnahme wird erst 2015 haushaltswirksam.										Abschlussbericht? Nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 72	Bezeichnung Reduzierung der Standards in der Beratungsleistung und der Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Denkmalpflege									
Dezernat III	Amt Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung, Verkehrsplanung										Produktgruppe 10 02	
Gremium Ausschuss für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft			Beschreibung Beschreibung: Erhebliche Reduzierung der Öffentlichkeitsarbeit für den „Tag des offenen Denkmals“ sowie die Straffung der Beratungsleistungen im Vorfeld der formellen denkmalrechtlichen Erlaubnisverfahren. Bürgerwirkung: Unmittelbar – bezogen auf die fachinteressierte Öffentlichkeit und bezogen auf Bauherrn, Investoren und Interessenten mit Blick auf denkmalwerte Immobilien. Personalwirkung (Stellen): 0,5 Stelle Flächenwirkung: keine									
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand					
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017	
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	
	Erträge	0	0	0	0	0						
	Personalaufwendungen	0	0	-34.130	-34.130	-34.130						
Sachaufwendungen	0	0	0	0	0							
Saldo	0	0	34.130	34.130	34.130	34.130	0	0	0	0	0	
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt												
Sachstandsbericht Die Maßnahme wird erst 2015 haushaltswirksam.										Abschlussbericht? Nein		

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 73	Bezeichnung Aufwandsreduzierung im Bereich ÖPNV-Trägerschaft / Fortschreibung Nahverkehrsplan								
Dezernat III	Amt Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung, Verkehrsplanung										Produktgruppe 12 02
Gremium Ausschuss für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft			Beschreibung Beschreibung: Verlängerung der Bearbeitungszeiten der „3. Fortschreibung Nahverkehrsplan“ und von Konzessionsanträgen Bus-ÖPNV (Vollausschöpfung der Fristsetzung); Reduzierung der Gremienteilnahme auf Ebene ZVM und RVM; Reduzierung der Abstimmung mit benachbarten Aufgabenträgern ÖPNV auf ein Minimum Bürgerwirkung: keine unmittelbare Bürgerwirkung Personalwirkung (Stellen): 0,25 Stelle Flächenwirkung: keine								
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
	Erträge	0	0	0	0	0					
	Personalaufwendungen	0	-20.930	-20.930	-20.930	-20.930					
Sachaufwendungen	0	0	0	0	0						
Saldo	0	20.930	20.930	20.930	20.930	20.930	0	0	0	0	0
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt											
Sachstandsbericht Die Maßnahme wird erst 2014 haushaltswirksam.										Abschlussbericht? Nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 74	Bezeichnung Aufwandsreduzierung / Aufgabenverzicht im Bereich Verkehrstechnische Entwürfe									
Dezernat III	Amt Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung, Verkehrsplanung										Produktgruppe 12 02	
Gremium Ausschuss für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft			Beschreibung Beschreibung: Verlängerung von Bearbeitungszeiten und vollständige Aufgabe von nicht etatisierten Planungen (z. B. im Rahmen von Rats- und BV-Anträgen) sowie „Vorratsplanungen“ auf Grundlage von Arbeitsprogrammen Bürgerwirkung: keine unmittelbare Bürgerwirkung, jedoch mittelbar für BV`en und Fachausschüsse. Personalwirkung (Stellen): 0,5 Stelle Flächenwirkung: 0,5 Büroraum in Verbindung mit Maßnahme 71									
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand					
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017	
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	
	Erträge	0	0	0	0	0						
	Personalaufwendungen	0	-34.130	-34.130	-34.130	-34.130						
Sachaufwendungen	0	0	0	0	0							
Saldo	0	34.130	34.130	34.130	34.130	34.130	0	0	0	0	0	
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt												
Sachstandsbericht Die Maßnahme wird erst 2014 haushaltswirksam.										Abschlussbericht? Nein		

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 75	Bezeichnung Aufwandsreduzierung / Teilaufgabe im Bereich Radverkehrsplanung/-förderung									
Dezernat III	Amt Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung, Verkehrsplanung										Produktgruppe 12 02	
Gremium Ausschuss für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft			Beschreibung Beschreibung: Verlängerung von Bearbeitungszeiten und vollständige Aufgabe von nicht etatisierten Planungen (z. B. im Rahmen von Rats- und BV-Anträgen) sowie von „Vorratsplanungen“ ohne konkrete Auftragsgrundlage (Gremienbeschlüsse) z. B. Radverkehrskonzept; Folge: ggf. Verzicht auf Fördermittel Bürgerwirkung: keine unmittelbare Bürgerwirkung Personalwirkung (Stellen): 0,25 Stelle Flächenwirkung: 0,5 Büroraum i.V.m. Maßnahme 70									
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand					
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017	
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	
	Erträge	0	0	0	0	0						
	Personalaufwendungen	0	-17.070	-17.070	-17.070	-17.070						
Sachaufwendungen	0	0	0	0	0							
Saldo	0	17.070	17.070	17.070	17.070	17.070	0	0	0	0	0	
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt												
Sachstandsbericht Die Maßnahme wird erst 2014 haushaltswirksam.										Abschlussbericht? Nein		

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 76	Bezeichnung Aufwandsreduzierung / Teilaufgabe bei der Erarbeitung von Stellungnahmen im Aufgabenbereich Verkehrsplanung								
Dezernat III	Amt Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung, Verkehrsplanung										Produktgruppe 12 02
Gremium Ausschuss für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft			Beschreibung Beschreibung: Deutliche Verlängerung der Bearbeitungszeiten für Bürgeranfragen sowie Anträge nach § 24 GO; deutlich verlängerte Bearbeitungszeit für erbetene Stellungnahmen Dritter (z. B. in Planfeststellungsverfahren, der Politik, von Verbänden usw.) Bürgerwirkung: keine unmittelbare Bürgerwirkung Personalwirkung (Stellen): 0,25 Stelle Flächenwirkung: keine								
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
	Erträge	0	0	0	0	0					
	Personalaufwendungen	0	-17.070	-17.070	-17.070	-17.070					
Sachaufwendungen	0	0	0	0	0						
Saldo	0	17.070	17.070	17.070	17.070	17.070	0	0	0	0	0
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt											
Sachstandsbericht Die Maßnahme wird erst 2014 haushaltswirksam.										Abschlussbericht? Nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 77	Bezeichnung Reduzierung der Überwachung der Gebäudeeinemessungspflicht									
Dezernat III	Amt Vermessungs- und Katasteramt										Produktgruppe 09 02	
Gremium Ausschuss für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft			Beschreibung Beschreibung: Reduzierung der Personalstärke bei der Überwachung der Gebäudeeinemessungspflicht nach Abarbeitung der Altfälle. Bürgerwirkung: keine Personalwirkung (Stellen): 1,0 Flächenwirkung: keine									
Ergebnis- verbesserung		Beschluss					Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand					
		2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
		€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge		0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen		0	-57.120	-57.120	-57.120	-57.120						
Sachaufwendungen		-2.000	-2.000	-2.000	-2.000	-2.000						
Saldo		2.000	59.120	59.120	59.120	59.120	59.120	2.000	59.120	59.120	59.120	59.120
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß												
Sachstandsbericht Die Maßnahme wurde zum 01.04.2013 vorzeitig umgesetzt											Abschlussbericht? Ja	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 78	Bezeichnung Einstellung der Mikroverfilmung als Querschnittsaufgabe für die Gesamtverwaltung Zusatz: Die Einsparsumme soll erreicht werden. Es soll geprüft werden, inwieweit das Stadtarchiv eingebunden werden kann.									
Dezernat III	Amt Vermessungs- und Katasteramt										Produktgruppe 09 02	
Gremium Ausschuss für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft			Beschreibung Beschreibung: Keine Schrift- und Plangutverfilmung, Scannen von Archiven und Büchern, Verfilmen von Zeitungen und anderen Werken sowie Archivierungen für andere Ämter. Folge: Finanzielle Mittel und Personal für die Vergabe dieser Dienstleistungen müssen bei anderen Ämtern bereitgestellt werden. Bürgerwirkung: keine Personalwirkung (Stellen): 1,0 Flächenwirkung: 1 Raum									
Ergebnis- verbesserung		Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
		2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
		€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge		0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen		0	0	-47.840	-47.840	-47.840						
Sachaufwendungen		0	0	-2.000	-2.000	-2.000						
Saldo		0	0	49.840	49.840	49.840	49.840	0	0	0	0	0
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt												
Sachstandsbericht Die Maßnahme wird erst in 2015 haushaltswirksam											Abschlussbericht? Nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 79	Bezeichnung Ausweitung von Fortführungsvermessungen										
Dezernat III	Amt Vermessungs- und Katasteramt										Produktgruppe 09 02		
Gremium Ausschuss für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft			Beschreibung Beschreibung: Einnahmeerhöhung für Vermessungsleistungen durch erhöhtes Auftragsaufkommen (Auftragsverlagerung) Bürgerwirkung:keine Personalwirkung (Stellen): keine Flächenwirkung: keine										
Ergebnis- verbesserung		Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand					
		2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017	
		€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	
		Erträge	50.000	100.000	100.000	100.000	100.000						
		Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen	0	0	0	0	0								
Saldo		50.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	50.000	100.000	100.000	100.000	100.000	
Umsetzungsstand Maßnahme teilweise umgesetzt													
Sachstandsbericht Weitere Einnahmen werden im Laufe des Jahres erwartet											Abschlussbericht? Nein		

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 80	Bezeichnung Abrechnung von Vermessungsleistungen									
Dezernat III	Amt Vermessungs- und Katasteramt										Produktgruppe 09 02	
Gremium Ausschuss für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft			Beschreibung Beschreibung: Abrechnung von Vermessungsleistungen mit Amt 66 für Fördermaßnahmen im Bereich Straßenbau. Dies führt bei Amt 66 zu höheren Landeszuschüssen in der angegebenen Größenordnung. Bürgerwirkung:./. Personalwirkung (Stellen):.keine. Flächenwirkung:.keine.									
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand					
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017	
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	
	Erträge	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000						
	Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen	0	0	0	0	0							
Saldo	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	
Umsetzungsstand Maßnahme teilweise umgesetzt												
Sachstandsbericht Weitere Einnahmen werden im Laufe des Jahres erwartet										Abschlussbericht? Nein		

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 81	Bezeichnung Reduzierung bei der Erneuerung des Liegenschaftskatasters								
Dezernat III	Amt Vermessungs- und Katasteramt										Produktgruppe 09 02
Gremium Ausschuss für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft			Beschreibung Beschreibung: Durch Streckung der Neuvermessungen im Produkt 090201 Nr. 3 (Örtl. Neuvermessung) kann im Innendienst im Laufe des Jahres 2014 eine Stelle eingespart werden. Bürgerwirkung: keine Personalwirkung (Stellen): 1,0 Flächenwirkung: keine								
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge	0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen	0	0	-62.450	-62.450	-62.450						
Sachaufwendungen	0	0	-2.000	-2.000	-2.000						
Saldo	0	0	64.450	64.450	64.450	64.450	0	0	0	0	0
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt											
Sachstandsbericht Die Maßnahme wird erst in 2015 haushaltswirksam										Abschlussbericht? Nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 82	Bezeichnung Reduzierung bei der Erneuerung des Liegenschaftskatasters								
Dezernat III	Amt Vermessungs- und Katasteramt										Produktgruppe 09 02
Gremium Ausschuss für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft			Beschreibung Beschreibung: Nach Abschluss der Datenmigration in das neue Programmsystem ALKIS im Laufe des Jahres 2014 kann die Personalstärke um eine Vermessungstechnikerstelle reduziert werden. Bürgerwirkung: keine Personalwirkung (Stellen):1,0 Flächenwirkung: 1 Raum								
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge	0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen	0	0	-57.120	-57.120	-57.120						
Sachaufwendungen	0	0	-2.000	-2.000	-2.000						
Saldo	0	0	59.120	59.120	59.120	59.120	0	0	0	0	0
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt											
Sachstandsbericht Die Maßnahme wird erst in 2015 haushaltswirksam										Abschlussbericht? Nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 83	Bezeichnung Standardreduzierung bei der Bearbeitung von bauordnungsrechtlichen Bescheinigungen Zusatz: Die Verwaltung soll darstellen, welche konkreten Nachteile den Bürgern durch die Umsetzung entstehen (u.a. Bearbeitungsstau).									
Dezernat III	Amt Bauordnungsamt										Produktgruppe 10 01	
Gremium Ausschuss für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft			Beschreibung Beschreibung: Anteilige Reduzierung einer SB-Stelle im Sachgebiet Ordnungsrechtliche Angelegenheiten/Baukontrolle; Umfang insgesamt = 0,5 Stelle im Verbund der Maßnahmen 99, 100, 101 . Bürgerwirkung: Im Sachgebiet Ordnungsrechtliche Angelegenheiten/Baukontrolle werden u.a. Bescheinigungen zur Fertigstellung des Rohbaues und zur abschließenden Fertigstellung ausgestellt. Diese Bescheinigungen bestätigen das Erreichen eines bestimmten Bauzustandes und sind erforderlich um die Bauarbeiten fortsetzen zu können. Zudem müssen diese Bescheinigungen oftmals von den Bauherren im Rahmen von Baufinanzierungen vorgelegt werden. Die Reduzierung der Stelle führt zu einer längeren Bearbeitungszeit für das Erteilen der v.g. Bescheinigungen. Personalwirkung (Stellen): 0,15 Stelle A 10 Flächenwirkung:keine									
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand					
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017	
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	
Erträge	0	0	0	0	0							
Personalaufwendungen	0	0	0	0	0							
Sachaufwendungen	0	0	0	0	0							
Saldo	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt												
Sachstandsbericht Durch die anteilige Stellenbesetzung können die aus jährlich ca. 2.500 Baukontrollen und 700 Bauabnahmen resultierenden Mängelverfahren in diesem Sachgebiet nur noch zeitverzögert bearbeitet werden. Hierbei geht es um Nachforderungen, die sich auf die Beseitigung baulicher Mängel sowie auf die Vorlage erforderlicher Bescheinigungen (Wärmeschutznachweis, Schallschutznachweis, Statik etc.) beziehen. Erst nach Ausräumen dieser Mängel können Bauarbeiten fortgesetzt bzw. Gebäude in Benutzung genommen werden. Dadurch ergeben sich direkte Auswirkungen auf die endgültige Fertigstellung von Bauvorhaben. Davon sind ca. 400 Fälle betroffen.										Abschlussbericht? Nein		

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 84	Bezeichnung Standardreduzierung bei der Bearbeitung von bauordnungsrechtlichen Verfahren Zusatz: Die Verwaltung soll darstellen, welche konkreten Nachteile den Bürgern durch die Umsetzung entstehen (u.a. Bearbeitungsstau).								
Dezernat III	Amt Bauordnungsamt										Produktgruppe 10 01
Gremium Ausschuss für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft			Beschreibung Beschreibung: Anteilige Reduzierung einer SB-Stelle im Sachgebiet Ordnungsrechtliche Angelegenheiten/Baukontrolle; Umfang insgesamt = 0,5 Stelle im Verbund der Maßnahmen 99, 100, 101 Bürgerwirkung: Im Sachgebiet Ordnungsrechtliche Angelegenheiten/Baukontrolle werden hauptsächlich ordnungsrechtliche Verfahren zur Herstellung des rechtmäßigen Zustandes (Stilllegung, Nutzungsverbote, Abbrüche etc.) bei Bauvorhaben aller Art sowie Anträge Dritter (z.B. Nachbarn) auf ordnungsrechtliches Einschreiten bearbeitet. Die Bearbeitungszeit dieser Verfahren wird sich durch die hälftige Reduzierung der Stelle verlängern. Personalwirkung (Stellen): 0,3 Stelle A 10 Flächenwirkung:keine								
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge	0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen	0	0	0	0	0						
Saldo	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt											
Sachstandsbericht Durch die anteilige Stellenbesetzung werden die ordnungsrechtlichen Verfahren sowie die Bußgeldverfahren in diesem Sachgebiet nur noch zeitverzögert bearbeitet. Ordnungsrechtliche Verfahren werden daher nicht in der vorgesehenen 6-Wochen-Frist abgearbeitet, sondern dauern nunmehr im Schnitt 10 Wochen. Davon betroffen sind ca. 120 Fälle. Ausgenommen sind Maßnahmen der Gefahrenabwehr, welche aufgrund der bedrohten hochwertigen Schutzgüter (Leib und Leben von Personen) unverzüglich durchzuführen sind.										Abschlussbericht? Nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 86	Bezeichnung Reduzierung der betrieblichen Unterhaltung der Straßenabläufe in Wohngebieten (Reinigungsintervalle strecken) Zusatz: Die Aufgabe soll weiterhin gewährleistet werden, die Einsparsumme wird durch Kürzung im gesamten Etat des Tiefbauamtes gewährleistet.								
Dezernat III	Amt Tiefbauamt										Produktgruppe 12 01
Gremium Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen			Beschreibung Beschreibung: Mit einem derzeitigen Haushaltsansatz von 190.000 € werden pro Jahr alle Straßenabläufe gereinigt. In den Wohngebieten wird z. B. das Reinigungsintervall von 1 auf 2 Jahre gestreckt. Bürgerwirkung: • Es kann zu verzögertem Wasserablauf kommen und bei Starkregenereignissen zu massiven Stauungen. • Aus den Rückstauungen kann ein erhöhtes Regressrisiko entstehen. • Erscheinungsbild der Stadt Münster leidet • Komfort für den Verkehrsteilnehmer sinkt • Steigerung von Beschwerden Personalwirkung (Stellen): keine, Ausschreibung und Überprüfung der Fremdleistung ist weiterhin erforderlich; erhöhter Kommunikationsaufwand mit Bürgern. Flächenwirkung: keine								
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge	0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen	-40.000	-40.000	-40.000	-40.000	-40.000						
Saldo	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß											
Sachstandsbericht Die einzusparenden Summen müssen zusätzlich bei der „Reduzierung der Standards bei der Instandsetzung“ (Maßnahme 92) erfolgen. Der Vermögensverlust der Stadt Münster wird dadurch forciert.										Abschlussbericht? Nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 87	Bezeichnung Reduzierung der Reinigungsarbeiten um 50% durch Streckung der Reinigungsintervalle								
Dezernat III	Amt Tiefbauamt										Produktgruppe 12 01
Gremium Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen			Beschreibung Beschreibung: Mit einem derzeitigen Haushaltsansatz von rd. 312.000 € werden zusätzliche Reinigungsarbeiten auf städtischen Flächen vergeben. Als Beispiel seien hier die Promenade, Stadthafen, Plätze (Picassoplatz, Adolf-Kolping-Platz, Domplatz) und Parkplätze genannt. Durch die Streckung der Reinigungsintervalle könnten die Kosten halbiert werden. Bürgerwirkung: • Erscheinungsbild der Stadt Münster leidet, da der Abfall (Glasbruch und Verpackungen) länger liegen bleibt. • Steigerung von Beschwerden Personalwirkung (Stellen): keine, Auswirkung auf Personalanteile bei den AWM muss geprüft werden. Flächenwirkung: keine								
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge	0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen	-80.000	-156.000	-156.000	-156.000	-156.000						
Saldo	80.000	156.000	156.000	156.000	156.000	156.000	80.000	156.000	156.000	156.000	156.000
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß											
Sachstandsbericht Reduzierung der Reinigungsaktivitäten wird umgesetzt. Die Reaktionen der Bürgerinnen und Bürger werden gesammelt und dem AUB zu gegebener Zeit ein Zwischenfazit berichtet.										Abschlussbericht? Nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 88	Bezeichnung Reduzierung von Grasschnitt an Bankette und Gräben und Gehölzpflege an untergeordneten Wirtschaftswegen									
Dezernat III	Amt Tiefbauamt									Produktgruppe 12 01		
Gremium Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen			Beschreibung Beschreibung: Intervallstreckung (Verdoppelung) des Räumschnittes und der Gehölzpflege an untergeordneten Wirtschaftswegen. Bürgerwirkung: • Erscheinungsbild der Stadt Münster leidet, • Steigerung von Beschwerden • Mögliche Entwässerungsproblematik durch zugewachsene Straßenseitengräben Personalwirkung (Stellen): keine, Ausschreibung und Überprüfung der Fremdleistung ist weiterhin erforderlich, Flächenwirkung: keine									
Ergebnis- verbesserung		Beschluss					Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand					
		2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
		€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge		0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen		0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen		-18.000	-18.000	-18.000	-18.000	-18.000						
Saldo		18.000	18.000	18.000	18.000	18.000	18.000	18.000	18.000	18.000	18.000	18.000
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß												
Sachstandsbericht Reduzierung wird umgesetzt. Die Reaktionen der Bürgerinnen und Bürger werden gesammelt und dem AUB zu gegebener Zeit ein Zwischenfazit berichtet.											Abschlussbericht? Nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 89	Bezeichnung Reduzierung der wegweisenden Beschilderung								
Dezernat III	Amt Tiefbauamt										Produktgruppe 12 01
Gremium Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen			Beschreibung Beschreibung: • Reduzierung der Ersatzbeschaffungen der Verkehrszeichen zur Wegweisung (Richtzeichen) und der Ersatzbeschaffungen verblichener Schilder. • Alle Gefahren- und Vorschriftszeichen haben nach der STVO einen gewissen Standard zu erfüllen. Bürgerwirkung: • Die Orientierung im Stadtgebiet, insbesondere von Ortsfremden, wird erschwert. • Das Erscheinungsbild der Stadt Münster leidet. Personalwirkung (Stellen): keine Flächenwirkung: keine								
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge	0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen	-11.250	-22.500	-22.500	-22.500	-22.500						
Saldo	11.250	22.500	22.500	22.500	22.500	22.500	11.250	22.500	22.500	22.500	22.500
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß											
Sachstandsbericht Reduzierung wird umgesetzt. Die Reaktionen der Bürgerinnen und Bürger werden gesammelt und dem AUB zu gegebener Zeit ein Zwischenfazit berichtet.										Abschlussbericht? Nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 90	Bezeichnung Reduzierung bei der Erneuerung verblasster Markierungen									
Dezernat III	Amt Tiefbauamt										Produktgruppe 12 01	
Gremium Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen			Beschreibung Beschreibung: Erneuerung verblasster Straßenmarkierungen und Rotbeschichtungen wird gestreckt. Bürgerwirkung: • Erscheinungsbild der Stadt Münster leidet • Komfort für den Verkehrsteilnehmer sinkt Personalwirkung (Stellen): keine Flächenwirkung:keine									
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand					
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017	
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	
	Erträge	0	0	0	0	0						
	Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen	-22.000	-22.000	-22.000	-22.000	-22.000							
Saldo	22.000	22.000	22.000	22.000	22.000	22.000	22.000	22.000	22.000	22.000	22.000	
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß												
Sachstandsbericht Reduzierung der Reinigungsaktivitäten wird umgesetzt. Die Reaktionen der Bürgerinnen und Bürger werden gesammelt und dem AUB zu gegebener Zeit ein Zwischenfazit berichtet.										Abschlussbericht? Nein		

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 91	Bezeichnung Reduzierung bei der Beseitigung von Unebenheiten an Pflaster- und Asphaltkleinflächen Zusatz: Die Einsparsumme soll erreicht werden, ohne dass die genannten Maßnahmen so umgesetzt werden. Entsprechende Vorschläge des Tiefbauamtes sind den zuständigen Gremien zeitnah vorzulegen.								
Dezernat III	Amt Tiefbauamt										Produktgruppe 12 01
Gremium Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen			Beschreibung Beschreibung: Beseitigung von Schäden an Pflaster- und Asphaltkleinflächen wird auf die Verkehrssicherungspflicht reduziert. Konzentration der Ausbesserung auf die Innenstadt. Bürgerwirkung: • Erscheinungsbild der Stadt Münster leidet • Komfort für den Verkehrsteilnehmer sinkt • Steigerung von Beschwerden Personalwirkung (Stellen): keine, Ausschreibung und Überwachung der Fremdleistung weiter erforderlich; erhöhter Kommunikationsaufwand mit Bürgern Flächenwirkung: keine								
Ergebnis-verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge	0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen	-45.000	-45.000	-45.000	-45.000	-45.000						
Saldo	45.000	45.000	45.000	45.000	45.000	45.000	45.000	45.000	45.000	45.000	45.000
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß											
Sachstandsbericht Die einzusparenden Summen müssen zusätzlich bei der „Reduzierung der Standards bei der Instandsetzung“ (Maßnahme 92) erfolgen. Der Vermögensverlust der Stadt Münster wird dadurch forciert.										Abschlussbericht? Nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 92	Bezeichnung Reduzierung der Standards bei der Instandsetzung Zusatz: Die Verwaltung soll nach spätestens zwei Jahren einen Bericht über die konkreten Standardreduzierungen und deren Folgen vorlegen.								
Dezernat III	Amt Tiefbauamt										Produktgruppe 12 01
Gremium Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen			Beschreibung Beschreibung: Reduzierung des Ansatzes für Instandsetzung der Verkehrsflächen (i.d.R. Asphaltmaßnahmen die zur Erhaltung der veranschlagten Nutzungsdauer und zur gebrauchsfähigen Nutzung erforderlich sind) um 1/3. Eine unterlassene Instandhaltung erfordert ggf. die Bildung von Rückstellungen. Bürgerwirkung: • Erscheinungsbild der Stadt Münster leidet und das Vermögen der Stadt Münster wird verringert. • Steigerung von Beschwerden • Eine Reduzierung der Unterhaltungsmittel hat mittelfristig auch Auswirkungen auf erforderliche Investitionen. Ein Verzicht hierauf würde die Straßen soweit schädigen, dass nur noch die mindestens fünfmal teurere Grunderneuerung nach einer wesentlich verkürzten Lebensdauer technisch möglich ist. Dies hat einerseits eine weitere Kostenbeteiligung der Anlieger und andererseits höhere Aufwendungen durch Sonderabschreibungen für die Vermögensvernichtung zur Folge. Personalwirkung (Stellen): keine, Ausschreibung und Überprüfung der Fremdleistung und Qualifizierung der Schäden ist weiter erforderlich Flächenwirkung: keine								

Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge	0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen	-400.000	-400.000	-400.000	-400.000	-400.000						
Saldo	400.000	400.000	400.000	400.000	400.000	400.000	400.000	400.000	400.000	400.000	400.000
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß											
Sachstandsbericht Maßnahme wird umgesetzt. Zusätzlich müssen laut Ratsbeschluss 100.500 € für die Maßnahmen 86, 91, 93 und 94 eingespart werden. Über die Auswirkungen dieses Sparens wird die Verwaltung im 2. Halbjahr 2013 im AUB berichten.										Abschlussbericht? nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 93	Bezeichnung Reduzierung bei der Reparatur von Rinnenabläufen Zusatz: Die Einsparsumme soll erreicht werden, ohne dass die genannten Maßnahmen so umgesetzt werden. Entsprechende Vorschläge des Tiefbauamtes sind den zuständigen Gremien zeitnah vorzulegen.								
Dezernat III	Amt Tiefbauamt										Produktgruppe 12 01
Gremium Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen			Beschreibung Beschreibung: Die Reparatur von defekten Straßenabläufen in Wohngebieten wird verschoben. Ansatzreduzierung um 10 %. Bürgerwirkung: • Es kann zu verzögerten Wasserablauf kommen und bei Starkregenereignissen zu massiven Stauungen. • Aus den Rückstauungen kann ein erhöhtes Regressrisiko entstehen. • Erscheinungsbild der Stadt Münster leidet • Komfort für den Verkehrsteilnehmer sinkt • Steigerung von Beschwerden Personalwirkung (Stellen): keine Flächenwirkung: keine								
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge	0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen	-8.000	-8.000	-8.000	-8.000	-8.000						
Saldo	8.000	8.000	8.000	8.000	8.000	8.000	8.000	8.000	8.000	8.000	8.000
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß											
Sachstandsbericht Die einzusparenden Summen müssen zusätzlich bei der "Reduzierung der Standards bei der Instandsetzung" (Maßnahme 92) erfolgen. Der Vermögensverlust der Stadt Münster wird dadurch forciert.										Abschlussbericht? nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 94	Bezeichnung Reduzierung bei den Grabenräumarbeiten Zusatz: Die Einsparsumme soll erreicht werden, ohne dass die genannten Maßnahmen so umgesetzt werden. Entsprechende Vorschläge des Tiefbauamtes sind den zuständigen Gremien zeitnah vorzulegen.								
Dezernat III	Amt Tiefbauamt										Produktgruppe 12 01
Gremium Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen			Beschreibung Beschreibung: Intervallstreckung der Grabenräumung an Wirtschaftswegen. Ansatzreduzierung um 25 %. Bürgerwirkung: • Erscheinungsbild der Stadt Münster leidet • Steigerung von Beschwerden • Mögliche Entwässerungsproblematik durch verschlammte Straßenseitengräben • Komfort für den Verkehrsteilnehmer sinkt Personalwirkung (Stellen): keine Flächenwirkung: keine								
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge	0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen	-7.500	-7.500	-7.500	-7.500	-7.500						
Saldo	7.500	7.500	7.500	7.500	7.500	7.500	7.500	7.500	7.500	7.500	7.500
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß											
Sachstandsbericht Die einzusparenden Summen müssen zusätzlich bei der "Reduzierung der Standards bei der Instandsetzung" (Maßnahme 92) erfolgen. Der Vermögensverlust der Stadt Münster wird dadurch forciert.										Abschlussbericht? nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 96	Bezeichnung Bedarfsorientierte Streckung des barrierefreien Ausbaus von Gehwegen durch Bordsteinabsenkungen Zusatz: Vor Umsetzung dieses Vorschlags erarbeitet die Verwaltung eine Prioritätenliste für die noch nicht umgesetzten Maßnahmen. Nach Prüfung in den zuständigen Gremien kann evtl. eine entsprechende Einsparung erfolgen.								
Dezernat III	Amt Tiefbauamt										Produktgruppe 12 01
Gremium Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen			Beschreibung Beschreibung: Mit einem derzeitigen Haushaltsansatz von 65.000 € werden u. a. folgende Leistungen für mobilitätseingeschränkte Menschen erbracht: Bordsteinabsenkungen, Blindensignalgeber, Nachrüstungen von Auffindestreifen an Haltestellen und an Ampeln, Treppenmarkierungen, Handläufe, Rampen, Piktogramme an Querungsstellen, Abbau von Pfosten und behindernden Umlaufschranken. Bürgerwirkung: • geringerer Abbau von Alltagsbarrieren für Menschen mit Behinderungen • langsamerer Aufbau von Orientierungshilfen für Menschen mit Behinderungen • Widerspricht den Anforderungen an eine immer älter werdende Gesellschaft und erschwert die Inklusion von Menschen mit Mobilitätseinschränkungen Personalwirkung (Stellen): keine, jedoch entsteht ein erhöhter Kommunikations- und Abstimmungsaufwand Flächenwirkung: keine								
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge	0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen	-35.000	-35.000	-35.000	-35.000	-35.000						
Saldo	35.000	35.000	35.000	35.000	35.000	35.000	0	0	0	0	0
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt											
Sachstandsbericht Mit der Vorlage V/0157/2013 wird dem AUB vor den Sommerferien die geforderte Prioritätenliste vorgelegt.										Abschlussbericht? nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 97		Bezeichnung Neufestsetzung der abflusswirksamen Flächen der öffentlichen Verkehrsflächen für die Berechnung der Niederschlagswassergebühren.								
Dezernat III		Amt Tiefbauamt									Produktgruppe 12 01	
Gremium Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen				Beschreibung Beschreibung: Neufestsetzung der abflusswirksamen Flächen der öffentlichen Verkehrsflächen für die Berechnung der Niederschlagswassergebühren. Durch genauere, geodatenbasierte Überprüfungsmöglichkeiten kann der Anteil der Stadt Münster an den Kosten der Niederschlagswasserbeseitigung reduziert werden. Bürgerwirkung: Die Niederschlagswassergebühren steigen durch die Verminderung der anrechenbaren Flächen um 0,03 € je qm. Personalwirkung (Stellen): keine Flächenwirkung: keine								
Ergebnis- verbesserung		Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
		2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
		€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge		0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen		0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen		-512.000	-512.000	-512.000	-522.200	-522.200						
Saldo		512.000	512.000	512.000	522.200	522.200	522.200	512.000	512.000	512.000	522.200	522.200
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß												
Sachstandsbericht Umsetzung mit der seit dem 01.01.2013 gültigen Satzung erfolgt											Abschlussbericht? ja	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 98	Bezeichnung Senkung des städtischen Anteils für die Straßenreinigung um 5%-Punkte								
Dezernat III	Amt Tiefbauamt										Produktgruppe 12 01
Gremium Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen			Beschreibung Beschreibung: Der Anteil der Stadt Münster an den Aufwendungen für die Straßenreinigung wird von 25 % auf 20 % gesenkt. Fachlich zuständig sind die AWM. Bürgerwirkung: Reduzierung des Standards und Erhöhung der Gebühren für die Straßenreinigung. Personalwirkung (Stellen): keine Flächenwirkung: keine								
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge	0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen	0	-307.000	-322.000	-338.000	-355.000						
Saldo	0	307.000	322.000	338.000	355.000	355.000	0	0	0	0	0
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt											
Sachstandsbericht Die Maßnahme ist noch nicht umgesetzt. Die Maßnahme wird erst in 2014 haushaltswirksam										Abschlussbericht? nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 99	Bezeichnung Reduzierung der Mängel- und Schadensbeseitigung bei Brücken, Lärmschutzwänden und Schilderbrücken								
Dezernat III	Amt Tiefbauamt										Produktgruppe 12 01
Gremium Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen			Beschreibung Beschreibung: Mit einem derzeitigen Haushaltsansatz von 160.000 € werden die konstruktiven Bauwerke betrieblich unterhalten sowie Reparaturen und Sanierungsmaßnahmen durchgeführt. Eine Reduzierung der Mittel um 10% schränkt die Möglichkeiten zur Mängel- und Schadensbeseitigung ein. Bürgerwirkung: • Der Zustand der konstruktiven Bauwerke wird auf Dauer nicht mehr dem gewohnten Standard entsprechen • Verschmutzungsgrad (durch z. B. Graffiti) der Bauwerke nimmt zu • Verstopfte Einläufe und damit verbundene Pfützenbildung nimmt zu • Nicht beseitigte Vandalismusschäden müssen in Kauf genommen werden • Sanierungsmaßnahmen verzögern sich und die Qualität der Sanierungen wird auf das Notwendigste beschränkt • Rostbeseitigung und Erhaltungsanstriche entfallen. Personalwirkung (Stellen): keine, Ausschreibung und Prüfung der Fremdleistung ist weiter erforderlich Flächenwirkung: keine								
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge	0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen	-16.000	-16.000	-16.000	-16.000	-16.000						
Saldo	16.000	16.000	16.000	16.000	16.000	16.000	16.000	16.000	16.000	16.000	16.000
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß											
Sachstandsbericht Reduzierung wird umgesetzt. Die Reaktionen der Bürgerinnen und Bürger werden gesammelt und dem AUB zu gegebener Zeit ein Zwischenfazit berichtet.										Abschlussbericht? nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 100	Bezeichnung Reduzierung der Schadensbeseitigung bei Lichtsignalanlagen (Ampeln) sowie der Verbesserung der Verkehrsabläufe Zusatz: Die Einsparsumme für alle Jahre wird auf 15.000 € reduziert.									
Dezernat III	Amt Tiefbauamt										Produktgruppe 12 01	
Gremium Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen			Beschreibung Beschreibung: Mit einem derzeitigen Haushaltsansatz von 200.000 € werden 272 Lichtsignalanlagen baulich unterhalten sowie Umschaltungen zur Verbesserung der Verkehrsabläufe vorgenommen. Eine Reduzierung der Mittel um 7,5 % schränkt die Möglichkeiten zur Schadensbeseitigung und zur Verbesserung der Verkehrsabläufe weiter ein. Bürgerwirkung: • Der Zustand der Lichtsignalanlagen wird auf Dauer nicht mehr dem gewohnten Standard entsprechen. Schief stehende Signalmaste, abgerissene Kontrastblenden, fehlende Schuten an den Signalkammern und nicht beseitigte Vandalismusschäden müssen in Kauf genommen werden. • Vorschläge von Bürgern, Politikern und auch Empfehlungen aus der Arbeitsgruppe für Verkehrsfragen zur Verbesserung von Verkehrsabläufen durch Optimierung der Schaltungen können nur noch eingeschränkt umgesetzt werden. Personalwirkung (Stellen): • keine, Ausschreibung und Überprüfung der Fremdleistung und Qualifizierung der Schäden ist weiter erforderlich Flächenwirkung: keine									
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand					
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017	
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	
Erträge	0	0	0	0	0							
Personalaufwendungen	0	0	0	0	0							
Sachaufwendungen	-15.000	-15.000	-15.000	-15.000	-15.000							
Saldo	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß												
Sachstandsbericht Reduzierung wird umgesetzt. Die Reaktionen der Bürgerinnen und Bürger werden gesammelt und dem AUB zu gegebener Zeit ein Zwischenfazit berichtet.										Abschlussbericht? nein		

49

Rubrik Einzelmaßnahmen	Nr. 101	Bezeichnung Reduzierung des Standards bei der Straßenbeleuchtung Zusatz: Bei der Umsetzung dieses Vorschlages muss sichergestellt werden, dass die Einsparungen ohne einen Qualitätsverlust für die Bürgerinnen und Bürger umgesetzt werden kann. Der Vertrag mit den Stadtwerken Münster soll finanztechnisch überprüft werden und dazu Vergleichszahlen aus anderen Kommunen herangezogen werden.									
Dezernat III	Amt Tiefbauamt										Produktgruppe 12 01
Gremium Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen		Beschreibung Beschreibung: Die Stadtwerke Münster GmbH sind als Betreiber der Straßenbeleuchtung aufgefordert einen Einsparvorschlag in Höhe von 10 % zu liefern. Intensive Gespräche mit der Stadtwerke Münster GmbH sind erforderlich. Bürgerwirkung: Es ist sicher unvermeidlich, dass Einsparungen in dieser Höhe auch Komforteinbußen für die Bürger zur Folge haben (z.B. nächtliche Abschaltung der Beleuchtung in Wohngebieten). Personalwirkung (Stellen): keine Flächenwirkung: keine									
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge	0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen	0	-50.000	-200.000	-400.000	-550.000						
Saldo	0	50.000	200.000	400.000	550.000	550.000	0	0	0	0	0
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt											
Sachstandsbericht Gespräche zwischen dem Tiefbauamt und den Stadtwerken zur Umsetzung der Maßnahme laufen derzeit. Die Maßnahme wird erst in 2014 haushaltswirksam										Abschlussbericht? nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 102	Bezeichnung Verschiebung der Einführung Handyparken									
Dezernat III	Amt Tiefbauamt										Produktgruppe 12 01	
Gremium Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen			Beschreibung Beschreibung: Die in 2013 vorgesehene Einführung der Bezahlmöglichkeit der Parkgebühren per Handy wird in Abstimmung mit der WBI verschoben. Die veranschlagten Einnahmehausfälle entfallen. Bürgerwirkung: keine Personalwirkung (Stellen): keine Flächenwirkung: keine									
Ergebnis- verbesserung		Beschluss					Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand					
		2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
		€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge		20.000	40.000	40.000	0	0						
Personalaufwendungen		0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen		0	0	0	0	0						
Saldo		20.000	40.000	40.000	0	0	0	20.000	40.000	40.000	0	0
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß												
Sachstandsbericht											Abschlussbericht? ja	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 103	Bezeichnung Zuschüsse Turnier der Sieger und K+K Cup										
Dezernat III	Amt Münster Marketing										Produktgruppe 15 02		
Gremium Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften			Beschreibung Beschreibung: Reduzierung der Zuschüsse für das Turnier der Sieger und den K+K Cup von 55.200 € auf 30.000 €. Die Turniere im Bereich des wichtigen Imagefaktors Pferde- und Reitsport sind bei Wegfall des Zuschusses gefährdet. Vor allem bei einer Aufgabe des Turniers der Sieger geht Münster eine der wenigen Veranstaltungen in Münster verloren, die überhaupt bundesweite Beachtung insbesondere auch in der Wahrnehmung durch die Medien (öffentlich-rechtliches Fernsehen) genießt. Bürgerwirkung: Gefährdung zweier medienwirksamer und beliebter Veranstaltungen. Personalwirkung (Stellen): keine Flächenwirkung: keine										
Ergebnis-verbesserung		Beschluss					Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand						
		2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017	
		€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	
		Erträge	0	0	0	0	0						
		Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen		-25.200	-25.200	-25.200	-25.200	-25.200							
Saldo		25.200	25.200	25.200	25.200	25.200	25.200	25.200	25.200	25.200	25.200	25.200	
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß													
Sachstandsbericht Die Zuschüsse wurden prozentual gekürzt.										Abschlussbericht? ja			

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 106	Bezeichnung Einstellung der Förderung (einschließlich durchlaufender Gelder) für den Schüleraustausch an münsterschen Schulen ab dem Schuljahr 2015/2016									
Dezernat IV	Amt Amt für Schule und Weiterbildung										Produktgruppe 03 01	
Gremium Ausschuss für Schule und Weiterbildung			Beschreibung Beschreibung: Die derzeitige Förderung der Organisationsteams für den Schüleraustausch mit Partnerstädten, dem internationalen Schüleraustausch münsteraner Schulen und die Weiterleitung von Geldern Dritter für den deutsch-französischen und deutsch-polnischen Schüleraustausch wird ab dem Schuljahr 2015/2016 eingestellt. Bürgerwirkung: Die Organisation und Finanzierung von Schüleraustauschaktivitäten für die Schulen wird erschwert. Personalwirkung (Stellen): Hierdurch entfallen 0,1 Stellenanteile E 08 Flächenwirkung: keine									
Ergebnis- verbesserung		Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
		2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
		€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge		0	0	-5.000	-10.000	-10.000						
Personalaufwendungen		0	0	-2.000	-4.790	-4.790						
Sachaufwendungen		0	0	-7.970	-17.130	-17.130						
Saldo		0	0	4.970	11.920	11.920	11.920	0	0	0	0	0
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt												
Sachstandsbericht Die Einstellung des Schüleraustauschs soll zum Jahr 2015/2016 erfolgen. Derzeit wurden die Schulen noch nicht im Detail darüber informiert, zumal noch eine Klärung bezüglich der ebenfalls betroffenen "durchlaufenden Mittel" der Bezirksregierung erforderlich ist. Es ist vorgesehen, die Schulen in der ersten Hälfte des Jahres 2014 zu informieren, damit ab dann die Entscheidung bei Planungen berücksichtigt werden kann.											Abschlussbericht? nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 107	Bezeichnung Kündigung des Vertrages zur Führung der Stadtbildstelle durch das Landesmedienzentrum des LWL über den 31.12.2013	
Dezernat IV	Amt Amt für Schule und Weiterbildung			Produktgruppe 03 01
Gremium Ausschuss für Schule und Weiterbildung		Beschreibung Beschreibung: Das Landesmedienzentrum des LWL nimmt die Aufgaben einer Stadtbildstelle für die Stadt Münster mit wahr. Hierfür erfolgt eine Kostenerstattung für ca. 1,5 Stellen (ca. 85.000,- €) sowie die Bereitstellung von Sachmitteln für die Beschaffung von Medien bzw. Durchführung von Projekten (Veranschlagt: 17.000,- € im Ergebnisplan und 37.000,- € im Finanzplan). Die aus städtischen Mitteln beschafften Medien / Lizenzen würden von der Stadt übernommen. An welcher Stelle und in welchem Umfang die Aufgaben in städtischer Regie wahrgenommen werden können, ist noch konzeptionell zu entwickeln. Von der kompletten Vertragssumme (112.210 €) werden vorbehaltlich einer weiteren Prüfung im Ergebnisplan 30.000 € für die Fortführung in städt. Trägerschaft vorgehalten. Nach Vertragsende am 31.12.2013 erfolgt keine Verlängerung. Bürgerwirkung: Grundsätzlich stehen die Medien für die berechtigten Institutionen (insbesondere Schulen) weiterhin zur Verfügung. Die Inanspruchnahme erfolgt ggf. -je nach "Eigentum" der Medien- bei der Stadt oder beim LWL. In wie weit dies Auswirkungen auf den Betrieb und die Medienbereitstellung für Bereiche außerhalb Münsters durch den LWL hat, kann nicht konkret eingeschätzt werden. Personalwirkung (Stellen): 0,1 Stelle E 08 Flächenwirkung: vermutlich keine (Für die Unterbringung und Bereitstellung des Medienbestandes wird in 2013 ein Konzept entwickelt)		

Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge	0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen	0	0	-4.880	-4.880	-4.880						
Sachaufwendungen	0	-75.870	-78.990	-82.210	-82.210						
Saldo	0	75.870	83.870	87.090	87.090	87.090	0	75.870	83.870	87.090	87.090
Umsetzungsstand Maßnahme teilweise umgesetzt											
Sachstandsbericht Der Vertrag mit dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe wurde fristgemäß zum 31.12.2013 gekündigt. Derzeit erfolgen verwaltungsweite Abstimmungen, wie und mit welchem Aufwand der Medienverleih in den Betrieb der Stadtbücherei integriert werden kann.										Abschlussbericht? Nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 108	Bezeichnung Aufgabe der Kreisverbandsgeschäftsführung ab 2014								
Dezernat IV	Amt Amt für Schule und Weiterbildung										Produktgruppe 03 01
Gremium Ausschuss für Schule und Weiterbildung			Beschreibung Beschreibung: Im Amt für Schule und Weiterbildung wird die Geschäftsführung für den Kreisverband (Vorsitzender: Dez. I) und koordinierende Aufgaben zusammen mit der Bezirksverbandsgeschäftsstelle in Münster wahrgenommen. Hierzu gehören u.a. auch die Aktivitäten am Volkstrauertag oder im Zusammenhang mit Sammlungen. Gleichzeitig zahlt die Stadt Münster einen Förderbeitrag in Höhe von jährlich 520,- €. Diese Aufgaben werden ab 2014 nicht mehr durch das Amt für Schule und Weiterbildung wahrgenommen. Bürgerwirkung: Die Außenwirkung der Nichtwahrnehmung der Geschäftsführung und der Streichung des Verbandsbeitrages kann nicht beurteilt werden. Da die Anliegen des Volksbundes –auch mit Blick auf den Garnisonsstandort Münster- zumindest von Teilen der Bevölkerung als wichtig angesehen werden, ist ein „Imageverlust“ für die Stadt Münster vorstellbar. Entsprechende Gedenk- und Sammlungsaktivitäten entfallen oder müssten von Dritten übernommen werden. Personalwirkung (Stellen): 0,1 Stellen E 08 Flächenwirkung: keine								
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge	0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen	0	-4.880	-4.880	-4.880	-4.880						
Sachaufwendungen	0	- 520	- 520	- 520	- 520						
Saldo	0	5.400	5.400	5.400	5.400	5.400	0	5.400	5.400	5.400	5.400
Umsetzungsstand Maßnahme teilweise umgesetzt											
Sachstandsbericht Die Aufgabe soll zum Jahresende 2013 erfolgen, insoweit sind derzeit noch alle Tätigkeiten zu erledigen; vorbereitende Arbeiten für die Aufgabe der Geschäftsführung erfolgen derzeit. Der Volksbund –Bezirksverband- wurde in Abstimmung mit dem Kreisverbandsvorsitzenden –Herrn Stadtrat Heuer- über die Aufgabe der Geschäftsführung informiert. Die Aufgabe der Geschäftsführung hat sowohl beim Bezirksverband wie auch bei anderen Beteiligten (z.B. Bundeswehr im Zusammenhang mit Sammlungen oder den Veranstaltungen zum Volkstrauertag) zu erheblichen Irritationen und Unverständnis über die Haltung der Stadt Münster geführt.										Abschlussbericht? Nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 110	Bezeichnung Overhead Amt 40									
Dezernat IV	Amt Amt für Schule und Weiterbildung										Produktgruppe 03 01	
Gremium Ausschuss für Schule und Weiterbildung			Beschreibung Beschreibung: Durch Reduzierung der Zahl der Abteilungen im Amt 40 werden die Personalkosten im Bereich des Overheads um 83.630 € reduziert. Bürgerwirkung: mittelbar durch Verdichtung der Aufgabenwahrnehmung Personalwirkung (Stellen): 1,0 A14 / E14 Flächenwirkung: 1 Büro rund 25 qm									
Ergebnis- verbesserung		Beschluss					Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand					
		2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
		€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge		0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen		0	0	0	-83.630	-83.630						
Sachaufwendungen		0	0	0	0	0						
Saldo		0	0	0	83.630	83.630	83.630	0	0	0	0	0
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt												
Sachstandsbericht Umsetzung steht erst in 2015 mit Wirkung ab 2016 an. Vorbereitungen dazu sind getroffen											Abschlussbericht? Nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 111	Bezeichnung Kürzungen beim Medienentwicklungsplan Zusatz: Die Kürzung darf nicht bei den Grundschulen erfolgen.
Dezernat IV	Amt Amt für Schule und Weiterbildung		Produktgruppe 03 01
Gremium Ausschuss für Schule und Weiterbildung		Beschreibung Kurzfristige Einsparungen könnten nur zu Lasten der Endgeräteanzahlen gehen. In der Folge würde der MEP-Nutzen für die Schulen massiv sinken. Unterschreitet man eine bestimmte Untermenge an Endgeräten und Software, wäre der Sinn des MEP in Frage zu stellen. Es bietet sich daher an, den MEP neu zu konzipieren und dabei insbesondere die im Folgenden aufgeführten Gesichtspunkte zu berücksichtigen: - reduzierter Haushaltsansatz - die sich insbesondere im Hauptschulbereich verändernden Schülerzahlen - Markt- und gesellschaftliche Entwicklungen (wachsende Zahl der Internet-Services für Schulen sowie die Zahl internetfähiger Endgeräte in Schülerhand) - die technischen Änderungsnotwendigkeiten (Wechsel Betriebssystem, Wechsel Server-Betriebssystem, Umstellung der Leitungsanbindungen von bisher 14 Schulen von angemieteten Datenleitungen auf eigene Lichtwellenkabel). Der MEP wird in 2013/2014 neu formuliert. Im Ergebnis soll der MEP technisch und vor allem bzgl. der veränderten Lehr- und Lernsituation an veränderte Rahmenbedingungen angepasst werden. Gleichzeitig soll der Nutzen für die Schulen trotz ab dem Jahr 2017 um 538.290,00 € reduzierter Mittel möglichst weitgehend erhalten bleiben. Folgende Maßnahmen können ab 2013 greifen: - Verzicht auf eine Ausweitung der Hardwareausstattung in Grundschulen (Einsparung 68.580,00 €) - Anpassung der Hardwareausstattung in den Hauptschulen an die zurückgehenden Schülerzahlen (Einsparung 22.000,00 €) Bürgerwirkung: - Keine bei den beiden v.g. Maßnahmen. - Die Bürgerwirkung des neuen MEPKonzeptes ist aktuell nicht bekannt, da ergebnisoffen. Personalwirkung: Ergeben sich erst aus dem Konzept Flächenwirkung: Ggf. Reduzierung der Anforderungen an Serverräume	

Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge	0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen	0	-100.000	-100.000	-100.000	-100.000						
Saldo	0	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	0	0	0	0	0
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt											
Sachstandsbericht Der verwaltungsseitige Vorschlag für eine Neukonzeption des Medienentwicklungsplans ist für das 4. Quartal 2013 vorgesehen.										Abschlussbericht? nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 112	Bezeichnung Reduzierung um 0,5 Personalstelle								
Dezernat IV	Amt Amt für Schule und Weiterbildung										Produktgruppe 03 01
Gremium Ausschuss für Schule und Weiterbildung			Beschreibung Beschreibung: Im Bereich Statistik, Prognosen, Auswertungen und Berichte für die allgemeinbildenden Schulen sind 2 Mitarbeiter/-innen tätig (1 x Vollzeit, 1 x 25 Stunden); es erfolgt die Reduzierung der Vollzeitstelle, um weiterhin Vertretungsregelungen sicherzustellen. Bürgerwirkung: > Auswertungen, Anfragen, Berichte etc. für die Schulentwicklung, Vorlagen und das Berichtswesen können nur verzögert bearbeitet werden; die zentrale Daten- und Planungsgrundlage für die Schulentwicklungsplanung wird so eingeschränkt. > Aktuelle Entwicklungen (Stichwort Konversion) können nicht zeitnah aufgegriffen werden. > Die Bearbeitung von Anfragen zum Schulwahlverhalten, zu Auswirkungen von Schulneugründungen, Schülerprognosen für einzelne Schulstandorte etc. verzögert sich Personalwirkung (Stellen): 0,5 Stelle A 11 Flächenwirkung: keine								
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge	0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen	0	-31.430	-31.430	-31.430	-31.430		-20.000				
Sachaufwendungen	0	0	0	0	0						
Saldo	0	31.430	31.430	31.430	31.430	31.430	20.000	31.430	31.430	31.430	31.430
Umsetzungsstand Maßnahme teilweise umgesetzt											
Sachstandsbericht Eine befristete Arbeitszeitreduzierung in diesem Jahr hat zu der Aufwandssenkung 2013 geführt. Die abschließende organisatorische Umsetzung ist für das 2. Halbjahr 2013 geplant.										Abschlussbericht? nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 113	Bezeichnung Reduzierung um 0,5 Personalstelle									
Dezernat IV	Amt Amt für Schule und Weiterbildung										Produktgruppe 03 01	
Gremium Ausschuss für Schule und Weiterbildung			Beschreibung Beschreibung: in der Fachstelle Schulbaumaßnahmen und Ausstattung werden über zwei 0,5 Stellen Maßnahmen wie Offener Ganzttag, Lehrmittelbeschaffung bei Renovierung, Neubau und Erweiterung sowie Schulhofgestaltung koordiniert und umgesetzt Bürgerwirkung: Die o.a. Maßnahmen erfordern i.d.R. ein hohes Maß an Koordination und Abstimmung mit vielen Beteiligten. Dabei gilt es, die Wünsche und Forderungen der Schulen mit den Möglichkeiten in Einklang zu bringen, was ein hohes Maß an Kommunikation erfordert. Durch Personalreduzierung in diesem Bereich wird der gesamte Ablauf von Maßnahmen verzögert umgesetzt. Folge: Maßnahmen können ggf. nicht immer fristgerecht abgeschlossen werden. Personalwirkung (Stellen): 0,5 Stelle A10 Flächenwirkung: keine									
Ergebnis- verbesserung		Beschluss					Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand					
		2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
		€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge		0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen		0	-27.000	-27.000	-27.000	-27.000		-22.500				
Sachaufwendungen		0	0	0	0	0						
Saldo		0	27.000	27.000	27.000	27.000	27.000	22.500	27.000	27.000	27.000	27.000
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß												
Sachstandsbericht Eine 0,5 Stelle ist bereits seit dem 26.02.2013 nicht mehr besetzt (entsprechende Aufwandssenkung 2013).											Abschlussbericht? ja	

Rubrik Einzelmaßnahmen	Nr. 117	Bezeichnung Beförderung mit dem Schulbus bei weiterer Bereitstellung der pflichtigen Schülerfahrkosten ab dem Schuljahr 2013/2014. Beschluss: Der Einsparbetrag soll erzielt werden, jedoch nicht durch eine Einstellung des Schülerspezialverkehrs, sondern durch geeignete Einbeziehung der Eltern und Schulen. Wie schon zu den Haushaltsberatungen 2011 per Antrag gefordert, sollen Wege gefunden werden, die Eltern stärker an den Beförderungskosten zu beteiligen. Darüber hinaus müssen nun endlich die Gespräche mit den jeweiligen Schulen geführt werden, um z.B. durch Betreuungsmodelle die Zahl der Fahrten deutlich zu reduzieren.
Dezernat IV	Amt Amt für Schule und Weiterbildung	Produktgruppe 03 02
Gremium Ausschuss für Schule und Weiterbildung	Beschreibung Beschreibung: Derzeit werden an verschiedenen Grundschulen (sowie der Uppenbergsschule und den Schulen im Schulzentrum Hiltrup) die Schüler/-innen, die in den Randbereichen der Stadt wohnen, bei Vorliegen der Voraussetzungen mit dem Schulbus zur Schule transportiert. Verpflichtet ist die Stadt Münster nach Schulgesetz nur zur Fahrkostenübernahme (in der Regel in Höhe der ÖPNV-Kosten / "goCard"; in Einzelfällen der Kilometerpauschale). Bürgerwirkung: Die Fortführung des Schulbustransportes wurde im Januar 2012 vom Ausschuss für Schule und Weiterbildung für weiterhin sinnvoll erachtet (siehe Vorlage V/0920/2011). Personalwirkung (Stellen): Flächenwirkung: keine	

Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge	0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen	0	0	-324.980	-324.980	-324.980						
Saldo	0	0	324.980	324.980	324.980	324.980	0	0	0	0	0
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt											
Sachstandsbericht Aufgrund des Konsolidierungsbeschlusses stehen für die Durchführung des Schülerspezialverkehrs („Schulbustransport“) ab 2015 keine Mittel mehr zur Verfügung. Die Schulen wurden befragt, ob und in welchem Umfang eine Reduzierung der Anzahl der Schülerspezialverkehre vorstellbar wäre. Aufgrund der Rückmeldungen ist in diesem Bereich mit keinen nennenswerten Einsparungen zu rechnen. Gespräche mit Elternvertretungen und den betroffenen Schulen sind für das 2. Quartal 2013 geplant, damit Regelungen möglichst so frühzeitig geklärt werden sollen, damit sie vor Beginn des Anmeldeverfahrens 2014 bekannt sind. Die Verwaltung plant eine entsprechende Ratsvorlage für den Sommer 2013.										Abschlussbericht? Nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen	Nr. 118	Bezeichnung Umwandelung des hauptamtlichen Lotsendienstes in einen nebenamtlichen Lotesendienst für die Richard-von-Weizsäcker-Schule (Primarstufe) ab 2013
Dezernat IV	Amt Amt für Schule und Weiterbildung	Produktgruppe 03 02
Gremium Ausschuss für Schule und Weiterbildung	Beschreibung Beschreibung: Aufgrund eines Unfalls wurde am Überweg auf der Mecklenburger Str. im Bereich der Bushaltestelle „Bon-hoeffer Str“ ab Oktober 2008 ein Lotsendienst eingerichtet, um die Kinder der Richard-von-Weizsäcker Schule bei der Überquerung der Straße zu unterstützen. Dieser Lotsendienst wird ab 1.1.2013 eingestellt mit dem Ziel ehrenamtliche Kräfte zu gewinnen. Bürgerwirkung: Die Kinder der Richard-von-Weizsäcker Schule (Primarstufe) überqueren bei der Nutzung des ÖPNV die Mecklenbecker Straße selbständig. Durch das Amt 23 sind großformatige Fahrbahnmarkierungen vorgenommen worden, als Reaktion auf die zum Teil eingeschränkte Wahrnehmungsfähigkeit der Kinder. Unterstützungs Kräfte für das Überqueren der Fahrbahn werden als notwendig angesehen, da die Konzentrations-fähigkeit der Kinder nicht immer gewährleistet ist. Ob sich Ehrenamtliche in ausreichender Zahl und mit der nötigen Verlässlichkeit finden lassen, bleibt zu prüfen. Personalwirkung (Stellen): keine Flächenwirkung: keine	

Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge	0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen	-30.000	-30.000	-30.000	-30.000	-30.000		-24.850	-30.000	-30.000	-30.000	-30.000
Saldo	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	24.850	30.000	30.000	30.000	30.000
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung niedriger als politischer Beschluß											
Sachstandsbericht Nach intensiven Gesprächen mit der Schule und den Stadtwerken konnte erreicht werden, dass die Schüler/innen nach den Osterferien 2013 eine andere Bushaltestelle nutzen können. Hierdurch kann der Lotsendienst gänzlich entfallen, so dass die Umsetzung des Konsolidierungsvorschlags abgeschlossen ist. Für den Übergangszeitraum bis April 2014 wurde der Lotsendienst noch finanziert (Ca. 5.180,- €)										Abschlussbericht? ja	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 119	Bezeichnung Streichung einer 0,25 Verwaltungsfachkraft									
Dezernat IV	Amt Amt für Schule und Weiterbildung										Produktgruppe 03 02	
Gremium Ausschuss für Schule und Weiterbildung			Beschreibung Beschreibung: Streichung 0,5 Verwaltungsfachkraft für allgemeine Büroangelegenheiten (Beschaffung, Abrechnung, Vertretung des Sekretariats). Die Aufgaben müssen verlagert werden, in Folge müssen die Schulpsycholog/-innen mehr Arbeitszeit für Verwaltungsaufgaben aufwenden. Bürgerwirkung: Verzögerungen im Verwaltungsbereich (z. B. Bearbeitung von Rechnungen, Benachrichtigung von Eltern oder schulischen Fachkräften, Bearbeitung von Anfragen). Die Besetzung des Sekretariats kann in Urlaubszeiten nicht gesichert werden. Die Erreichbarkeit der Beratungsstelle ist nicht kontinuierlich gewährleistet. Dies kann Auswirkungen auf die Erreichbarkeit und damit Reaktionszeit der Schulpsychologie z.B. bei Krisensituationen an Schulen haben, bei denen ein sofortiges Tätigwerden oftmals Zuspitzungen verhindert. Durch die Verlagerung von Verwaltungsaufgaben an die Schulpsycholog/-innen können weniger Einzelfälle schulpsychologisch betreut werden, um negative Schulverläufe zu vermeiden und geringere Bildungschancen durch geeignete eigene oder vermittelte Maßnahmen auszugleichen. Personalwirkung (Stellen): 0,25 Stelle Verwaltungsfachkraft (E06) Flächenwirkung: 0,5 Büro mit ca. 12 qm									
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand					
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017	
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	
	Erträge	0	0	0	0	0						
	Personalaufwendungen	0	-11.210	-11.210	-11.210	-11.210						
Sachaufwendungen	0	0	0	0	0							
Saldo	0	11.210	11.210	11.210	11.210	11.210	0	0	0	0	0	
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt												
Sachstandsbericht Maßnahme wird noch planmäßig umgesetzt										Abschlussbericht? nein		

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 121	Bezeichnung BAFF-Projekt keine Neubewilligung									
Dezernat IV	Amt Amt für Schule und Weiterbildung										Produktgruppe 03 02	
Gremium Ausschuss für Schule und Weiterbildung			Beschreibung Beschreibung: Die Maßnahme BAFF (Betriebliche Ausbildung für Frauen in Teilzeit) wird ab 2013 nicht mehr aus kommunalen Mitteln kofinanziert, um die sozialpädagogische Betreuung sicherzustellen. Der Träger kann die Maßnahme incl. der sozialpädagogischen Betreuung zertifizieren lassen und das Jobcenter kann die Kosten in voller Höhe erstatten. Bürgerwirkung: keine, wenn die Maßnahme aus Bundesmitteln (Jobcenter) weiter gefördert wird Personalwirkung (Stellen): keine Flächenwirkung: keine									
Ergebnis- verbesserung		Beschluss					Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand					
		2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
		€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge		0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen		0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen		-35.640	-35.640	-35.640	-35.640	-35.640						
Saldo		35.640	35.640	35.640	35.640	35.640	35.640	35.640	35.640	35.640	35.640	35.640
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß												
Sachstandsbericht Das Projekt BAFF - Betriebliche Ausbildung für Frauen in Teilzeit wurde im Jahr 2013 nicht mehr bewilligt, sodass die Einsparung bei der Projektförderung vorgenommen wurde.											Abschlussbericht? ja	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 122	Bezeichnung Reduzierung 0,5 Stelle									
Dezernat IV	Amt Amt für Schule und Weiterbildung										Produktgruppe 03 02	
Gremium Ausschuss für Schule und Weiterbildung			Beschreibung Beschreibung: Reduzierung um 0,5 Stelle Bürgerwirkung: Das Land beabsichtigt, ein neues Übergangssystem Schule-Beruf einzuführen. In diesem Zusammenhang fördert das Land zusätzliches Personal für diesen Aufgabenbereich. Dadurch besteht die Möglichkeit, den Wegfall der Stelle auszugleichen. Personalwirkung: 0,5 Stelle E13 Flächenwirkung: 1 Büro ca. 12 qm									
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand					
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017	
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	
	Erträge	0	0	0	0	0						
	Personalaufwendungen	0	-37.890	-37.890	-37.890	-37.890						
Sachaufwendungen	0	0	0	0	0							
Saldo	0	37.890	37.890	37.890	37.890	37.890	0	0	0	0	0	
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt												
Sachstandsbericht Maßnahme wird noch planmäßig umgesetzt										Abschlussbericht? nein		

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 126	Bezeichnung Entgelterhöhung									
Dezernat IV	Amt Amt für Schule und Weiterbildung										Produktgruppe 04 02	
Gremium Ausschuss für Schule und Weiterbildung			Beschreibung Beschreibung: Erhöhung der Teilnehmerentgelte um 7 % bei gleichzeitig differenzierter Berechnung nach Adressaten und Veranstaltung. Eine Erhöhung ist erst mit dem neuen Semester 2013/2014 (Beginn: 01.09.2013) möglich. Bürgerwirkung: ggf. Teilnehmerrückgang Personalwirkung (Stellen): keine Flächenwirkung: keine									
Ergebnis- verbesserung		Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
		2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
		€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge		35.000	105.000	105.000	105.000	105.000						
Personalaufwendungen		0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen		0	0	0	0	0						
Saldo		35.000	105.000	105.000	105.000	105.000	105.000	35.000	105.000	105.000	105.000	105.000
Umsetzungsstand Maßnahme teilweise umgesetzt												
Sachstandsbericht Die Entgeltordnung (Ortsrecht) ist vom Rat zu beschliessen. Beratungsplan: 18.06.2013 ASW 10.07.2013 Hauptausschuss 10.07.2013 Rat											Abschlussbericht? nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 130	Bezeichnung Streichung des Zuschusses an die Kirchengemeinde St. Norbert								
Dezernat IV	Amt Kulturamt										Produktgruppe 04 01
Gremium Kulturausschuss			Beschreibung Beschreibung: Der Zuschuss an die Kirchengemeinde St. Norbert für das Freizeitheim St. Norbert wird ab 2014 gestrichen. Bürgerwirkung: Das Freizeitheim St. Norbert der Zentralrendantur der kath. Kirchengemeinden im Dekanat MS-Mauritz einen jährlichen Betriebskostenzuschuss i.H.v. 4.460 Euro. Das Programm besteht aus wöchentlichen Treffen zur Wirbelsäulengymnastik, Seniorentanz etc., aus Seniorennachmittagen, Pfarrfesten, Gemeindekarneval, Elternabenden, Sommerlager etc. und rein kirchlichen Veranstaltungen (Gottesdienste, Generalversammlungen, Chorproben, Mitarbeitertreffen etc.). Die Regelförderung einer Kirchengemeinde aus dem Kulturretat stellt bislang eine absolute Ausnahme dar. Keine andere Kirchengemeinde erhält aus Kulturfördermitteln einen Regelzuschuss. Der Wegfall des Zuschusses müsste aus eigenen Mitteln kompensiert werden. Personalwirkung (Stellen): keine Flächenwirkung: keine								
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge	0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen	0	-4.460	-4.460	-4.460	-4.460						
Saldo	0	4.460	4.460	4.460	4.460	4.460	0	0	0	0	0
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt											
Sachstandsbericht Die Maßnahme wird erst ab Haushalt 2014 vollzogen.										Abschlussbericht? nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 131	Bezeichnung Einsparung beim Veranstaltungsangebot								
Dezernat IV	Amt Kulturamt										Produktgruppe 04 01
Gremium Kulturausschuss			Beschreibung Beschreibung: Bei der Kinder- und Familientheaterreihe "Roter Hund" im Sommer (Kulturamt in Kooperation mit dem Theater Scintilla) wird künftig ein Betrag von 2.000 Euro eingespart. Bürgerwirkung: Die Veranstaltungsreihe wird seit 12 Jahren jährlich in den Sommerferien durchgeführt und erfreut sich eines enormen Publikumszuspruches bei Familien. Die Reihe ist als eintrittsfreies Open-Air-Theaterangebot konzipiert und schafft ein einzigartiges Ambiente für erste Theatererfahrungen für Kinder ab 4 Jahren. Dieses Veranstaltungsangebot des Kulturamtes ist fester Bestandteil des Förderkonzeptes "Kindertheater". Dieses müsste bezogen auf Auftrittsmöglichkeiten und -bedingungen neu gefasst werden. Personalwirkung (Stellen): keine Flächenwirkung: keine								
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge	0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen	-2.000	-2.000	-2.000	-2.000	-2.000						
Saldo	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß											
Sachstandsbericht Die Sachaufwendungen in der Produktgruppe 0401 wurden ab dem Haushalt 2013 um 2.000 Euro gesenkt.										Abschlussbericht? ja	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 132	Bezeichnung Einsparung beim Veranstaltungsangebot								
Dezernat IV	Amt Kulturamt										Produktgruppe 04 01
Gremium Kulturausschuss			Beschreibung Beschreibung: Die Einsparung soll durch Erhöhung der Eintrittspreise bei der Reihe "Kabarett im Schlossgarten" im Sommerprogramm des Kulturamtes erfolgen. Bürgerwirkung: Die Veranstaltungsreihe bildet ein traditionelles, seit 17 Jahren existierendes, Unterhaltungsangebot in den Sommerferien im Schlossgarten. Es ist das einzige Veranstaltungsangebot dieser Art in den Sommermonaten in der Stadt. Es erreicht unterschiedliche Publikumskreise und hat eine entsprechend hohe Zuschauerfrequenz (ca. 400 - 800 Zuschauer pro Veranstaltung). Personalwirkung (Stellen): keine Flächenwirkung: keine								
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge	15.540	15.540	15.540	15.540	15.540						
Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen	0	0	0	0	0						
Saldo	15.540	15.540	15.540	15.540	15.540	15.540	15.540	15.540	15.540	15.540	15.540
Umsetzungsstand Maßnahme teilweise umgesetzt											
Sachstandsbericht Das Ertragssoll in der Produktgruppe 0401 wurde ab dem Haushalt 2013 um 15.540 Euro angehoben. Dadurch ist das Einsparergebnis haushaltstechnisch zunächst erreicht. Die Konzeption von "Kabarett im Schlossgarten" wurde teilweise verändert, die Eintrittspreise wurden in moderatem - vertretbaren - Maße angehoben. (Ein Bericht, ob die Einnahmeverbesserung tatsächlich erreicht werden kann, kann erst nach Ablauf der Veranstaltungsreihe im Sommer erfolgen).										Abschlussbericht? nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 134	Bezeichnung Kürzung des Zuschusses an das Theater Titanick									
Dezernat IV	Amt Kulturamt										Produktgruppe 04 01	
Gremium Kulturausschuss			Beschreibung Beschreibung: Der Zuschuss an das Theater Titanick wird ab 2014 um 10 % gekürzt. Bürgerwirkung: Das Theater Titanick ist die zentrale Initiative im Bereich des Straßentheaters in Münster mit internationaler Ausstrahlung und weltweitem Aktionsradius. Titanick hat in diesem Sinne Alleinstellungsmerkmal. Die aufwändige Produktions- und Projektarbeit wird regelmäßig mit nicht unerheblichen öffentlichen Förderungen (Land NRW, Bundeskulturstiftung, EU etc.) unterstützt. Basis dafür ist eine kontinuierliche kommunale Förderung der Stadt Münster als Sitz des Theaters Titanick. Bei einer Streichung des Zuschusses wäre diese Basis entzogen, bei einer Kürzung empfindlich gestört. Personalwirkung (Stellen): keine Flächenwirkung: keine									
Ergebnis- verbesserung		Beschluss					Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand					
		2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
		€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge		0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen		0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen		0	-4.960	-4.960	-4.960	-4.960						
Saldo		0	4.960	4.960	4.960	4.960	4.960	0	0	0	0	0
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt												
Sachstandsbericht Die Maßnahme wird erst ab Haushalt 2014 vollzogen.											Abschlussbericht? nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 135	Bezeichnung Medienforum Beschluss: Die Verwaltung erarbeitet bis Mai 2013 ein Konzept, das die Bündelung der vorhandenen Angebote im Bereich Bürgerfunk (Medienforum, VHS) ermöglicht. Auf Grundlage dieses Papiers ist eine Einsparung möglich.								
Dezernat IV	Amt Kulturamt										Produktgruppe 04 01
Gremium Kulturausschuss			Beschreibung Beschreibung: Die Verwaltung erarbeitet bis Mai 2013 ein Konzept, das die Bündelung der vorhandenen Angebote im Bereich Bürgerfunk (Medienforum, VHS) ermöglicht. Auf Grundlage dieses Papiers ist eine Einsparung möglich. Bürgerwirkung: Das Medienforum ist der Radioförderverein für den Bürgerfunk in Münster. Er bietet Bürgern ein Forum, selbst Rundfunk zu machen und ihre Anliegen in die Öffentlichkeit zu bringen. Es ist Sprachrohr und wichtiger Kooperationspartner vor allem auch für interkulturelle Bürgergruppen durch die Bündelung der Initiativen Medienforum, Radio Kactus e. V., Verein Bürgernetz, GGUA, Alevitischer Kulturverein, Deutsch-Lateinamerikanischer Verein in einem Haus. Bei Wegfall der Förderung steht die Existenz des Medienforums in Frage. Personalwirkung (Stellen): keine Flächenwirkung: keine								
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge	0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen	0	0	0	0	0						
Saldo	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt											
Sachstandsbericht Erste Gespräche haben stattgefunden. Erst nach Klärung der Situation der VHS und der angekündigten Novellierung des Landesmediengesetzes in 2014 kann eine Neukonzeption abgeschlossen werden. Ein Zwischenbericht erfolgt vor der Sommerpause im Kulturausschuss.										Abschlussbericht? nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 136	Bezeichnung Reduktion des Zuschusses für das Bennohaus								
Dezernat IV	Amt Kulturamt										Produktgruppe 04 01
Gremium Kulturausschuss			Beschreibung Beschreibung: Der Betriebs- und Programmkostenzuschuss wird ab 2015 um 20.000 Euro reduziert. Bürgerwirkung: Das Bennohaus ist eine soziokulturelle, kultur- und medienpädagogische, fach- und generationsübergreifende, offene Begegnungsstätte und Stadtteilkulturhaus. Unter Trägerschaft des Arbeitskreises Ostviertel e. V. (AKO) ist es Forum für die Aktivitäten der Menschen im Stadtteil und dient der Vermittlung von Medienkompetenz und Qualifizierung der Bürgerinnen und Bürger. Das Bennohaus ist als Medienkompetenzzentrum auch Ausbildungsstätte und akquiriert in erheblichem Maße öffentliche Förderungen (u.a auch EU-Mittel), für die die kommunale Förderung Basis ist. Bei einer Reduzierung des Zuschusses wird sich der AKO neu aufstellen müssen. Eine neue Vertragsregelung mit dem AKO müsste verhandelt und geschlossen werden. Der gesamte Medienförderbereich müsste ab 2015 mit neuen Standards neu gestaltet werden. Personalwirkung (Stellen): keine Flächenwirkung: keine								
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge	0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen	0	0	-20.000	-20.000	-20.000						
Saldo	0	0	20.000	20.000	20.000	20.000	0	0	0	0	0
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt											
Sachstandsbericht Die Maßnahme wird erst ab Haushalt 2015 vollzogen.										Abschlussbericht? nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 137	Bezeichnung Projektmittel Stadtteilkultur ab 2015 Beschluss: Die Verwaltung wird gebeten, die betroffenen kulturellen Angebote den bestehenden Initiativen im Bereich Stadtteilmkteting zu übertragen. In Stadtteilen ohne Stadtteilmkteting soll noch einmal der Anstoß zur Gründung bzw. Intensivierung entsprechender Initiativen erfolgen.									
Dezernat IV	Amt Kulturamt										Produktgruppe 04 01	
Gremium Kulturausschuss			Beschreibung Beschreibung: Die Verwaltung wird gebeten, die betroffenen kulturellen Angebote den bestehenden Initiativen im Bereich Stadtteilmkteting zu übertragen. In Stadtteilen ohne Stadtteilmkteting soll noch einmal der Anstoß zur Gründung bzw. Intensivierung entsprechender Initiativen erfolgen. Bürgerwirkung: Mit den Projektförderungen werden stadteilkulturelle Projekte und Veranstaltungen in allen 17 Stadtteilen gefördert. Gefördert werden u.a. die Reihen Kammermusik im Rüschaus, KinderKultur Hiltrup, Programm im Drostenhof Wolbeck, RoKuLa (Roxeler Kulturlandschaft), Stadtteiloffensive Hiltrup, Veranstaltungen im Kulturforum Nienberge etc. Die halbe Stelle des Stadteilkulturbefauftragten läuft in 2014 aus. Danach werden die Projektförderungen "Stadtteilkultur" eingestellt. Die Förderung von Stadtteilkulturprojekten müsste dann aus Mitteln der Bezirksverwaltungen bestritten werden, denen dann ein entsprechend stärkeres Engagement für die Kulturarbeit in ihren jeweiligen Stadtteilen zufiele. Personalwirkung (Stellen): Flächenwirkung: keine									
Ergebnis- verbesserung		Beschluss					Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand					
		2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
		€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge		0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen		0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen		0	0	-22.500	-22.500	-22.500						
Saldo		0	0	22.500	22.500	22.500	22.500	0	0	0	0	0
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt												
Sachstandsbericht Die Maßnahme wird erst ab Haushalt 2015 vollzogen. Die Kulturverwaltung strebt in 2013/2014 Gespräche mit den Bezirksverwaltungen über die Entwicklung der "Förderung Stadtteilkultur" ab 2015 an											Abschlussbericht? nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 138	Bezeichnung Keine Zuschussgewährung an die kirchlichen öffentlichen Büchereien Prüfaufrag: Der Sparbetrag soll möglichst erreicht werden. Die betroffenen Büchereien sollen bei der Prüfung möglicher Alternativfinanzierungen, z.B. über die Bürgerstiftung, unterstützt werden.								
Dezernat IV	Amt Stadtbücherei		Produktgruppe 04 04								
Gremium Kulturausschuss			Beschreibung Beschreibung: Auf die Gewährung eines jährlichen Zuschusses an das Bischöfliche Generalvikariat (zur Verteilung an die kirchlichen öffentlichen Büchereien) wird zukünftig verzichtet. Der Zuschuss wird für die Anschaffung von Büchern und Medien verwendet. Die Ausgaben sind von den kirchlichen Büchereien zukünftig anders zu decken, z. B. durch die Erhebung von Entgelten vergleichbar zur Stadtbücherei. Bürgerwirkung: Die Kirchengemeinden erhalten keine Zuweisungen mehr. Die Kunden der kirchlichen Büchereien müssen Entgelte zahlen wie auch die Kunden der Stadtbücherei. Personalwirkung (Stellen): keine Flächenwirkung: keine								
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge	0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen	0	0	0	0	0						
Saldo	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt											
Sachstandsbericht Am 10.04.2013 fand ein Gespräch mit dem Vorstandsvorsitzenden der Bürgerstiftung statt. Die Bürgerstiftung sieht es zwar als ihre Aufgabe an, bürgerschaftliches Engagement zu unterstützen, aber nicht indem sie anstelle der öffentlichen Hand die Finanzierung übernimmt.										Abschlussbericht? nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 143	Bezeichnung Aufgabe des eigenen Betriebes eines Museumsshop Prüfauftrag: Diese Maßnahme soll nur umgesetzt werden, wenn die Erträge durch die Vermietung des Museumsshops den aktuellen Erträgen mindestens entsprechen und die Mieterträge dem Stadtmuseum zugute kommen.								
Dezernat IV	Amt Stadtmuseum										Produktgruppe 04 05
Gremium Kulturausschuss			Beschreibung Beschreibung: Aufgabe des eigenen Betriebes eines Museumsshops und Verpachtung an einen Betreiber, wenn dieser Auskunftstätigkeiten für das Stadtmuseum und allgemeine touristische Aukünfte, Kasseneinnahmen für Führungsentgelte, Verkauf der Publikationen des Stadtmuseums übernimmt und den Shop innerhalb der Öffnungszeiten des Stadtmuseums betreibt. Bürgerwirkung: evtl. anderes Sortiment Personalwirkung (Stellen): Flächenwirkung: Der Museumsshop befindet sich im Foyer des Stadtmuseums und damit innerhalb des Gebäudeteils, der vom Stadtmuseum Münster genutzt wird. Eine Abtrennung ist nicht möglich, da er den einzigen Zugang zum Museum darstellt. Die Fläche kann an einen Betreiber eines Museumsshops verpachtet werden, müsste aber für Veranstaltungen des Stadtmuseums (z. B. Ausstellungseröffnungen) auch während der üblichen Öffnungszeiten zur Verfügung stehen.								
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge	0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen	0	0	0	0	0						
Saldo	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Umsetzungsstand Maßnahme nicht umsetzbar											
Sachstandsbericht Begründung s. Berichtsvorlage V/0202/2013										Abschlussbericht? ja	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 144	Bezeichnung Historische Bildungsarbeit/Archivpädagogik - Geschichtswettbewerb um den Preis des Bundespräsidenten: Die Ausstellung der Wettbewerbsergebnisse der Arbeiten aus Münster wird reduziert.									
Dezernat IV	Amt Stadtarchiv										Produktgruppe 04 06	
Gremium Kulturausschuss			Beschreibung Beschreibung: Die Wettbewerbsarbeiten der Schülerinnen und Schüler aus Münster, die gewonnen haben, werden in einer Ausstellung präsentiert. Bürgerwirkung: Demotivier. Schüler/innen, Imageverlust Personalwirkung (Stellen): - Flächenwirkung: -									
Ergebnis- verbesserung		Beschluss					Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand					
		2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
		€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge		0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen		0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen		0	0	-5.000	0	-5.000						
Saldo		0	0	5.000	0	5.000	5.000	0	0	0	0	0
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt												
Sachstandsbericht Maßnahme wird erst 2015 wirksam											Abschlussbericht? nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 145	Bezeichnung Historische Bildungsarbeit/Archivpädagogik - Geschichtswettbewerb um den Preis des Bundespräsidenten: Die Ausstellung der Wettbewerbsergebnisse der Arbeiten aus Münster (Werkverträge) wird nicht mehr durchgeführt. Zusatz: Die Einsparsumme wird auf 2.750 € reduziert.	
Dezernat IV	Amt Stadtarchiv			Produktgruppe 04 06
Gremium Kulturausschuss		Beschreibung Beschreibung: Die Wettbewerbsergebnisse müssen aufbereitet werden für eine Ausstellung. Hierzu werden Werkverträge vergeben. Bürgerwirkung: Demotivierung der Schüler/innen. Imageverlust Personalwirkung (Stellen): - Flächenwirkung: -		

Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge	0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen	-2.750	0	-2.750	0	-2.750		-1.350				
Saldo	2.750	0	2.750	0	2.750	2.750	1.350	0	2.750	0	2.750
Umsetzungsstand Maßnahme teilweise umgesetzt											
Sachstandsbericht Die Kosten für die Ausstellung mit den münsterischen Ergebnissen zum Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten 2012/2013 setzen sich aus Ausgaben für Materialkosten und für Werkverträge zusammen. Mit Hilfe der Werkverträge werden die weit über 100 Beiträge für die Ausstellung bearbeitet. Diese Kosten sind für die Vorjahre mit 4.875 Euro beziffert. 2013 konnten die Ausgaben für Werkverträge auf 4.100 Euro reduziert werden. Eine weitere Reduzierung war in diesem Jahr nicht möglich, da dazu erst ein neues Konzept der Ausstellung überlegt, diskutiert und geschrieben werden muss. Die didaktischen Begründungen und motivationalen Aspekte zur Beschäftigung mit der Stadtgeschichte durch Kinder und Jugendliche, die diesem Ausstellungskonzept zugrunde liegen, können dann nicht mehr aufrecht erhalten werden. Für das Jahr 2013 waren die Vorbereitungen, Vorabsprachen und Planungen schon so weit gediehen, dass unter den gegebenen zeitlichen Notwendigkeiten eine Neukonzeptionierung nicht mehr möglich war. Demgegenüber sind die Materialkosten im vorgegebenen Rahmen reduziert worden.										Abschlussbericht? Nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 150	Bezeichnung Erschließung von Archivgut durch Werkverträge wird reduziert.								
Dezernat IV	Amt Stadtarchiv										Produktgruppe 04 06
Gremium Kulturausschuss			Beschreibung Beschreibung: Vergabe von Werkverträgen an externe Personen, die noch unverzeichnetes Archivgut erschließen Bürgerwirkung: Eine Nutzung des Archivguts ist bei Nichterschließung nicht möglich bzw. wird zeitlich stark verzögert. Personalwirkung (Stellen): - Flächenwirkung: -								
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge	0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen	-5.000	-5.000	-5.000	-5.000	-5.000						
Saldo	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß											
Sachstandsbericht										Abschlussbericht? Ja	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 152	Bezeichnung Archivgesetz NRW § 2 Abs. 7 – Publikationen des Stadtarchivs werden reduziert. Zusatz: Die Einsparsumme wird dadurch erreicht, dass die Publikationen nur noch alle zwei Jahre erfolgen.									
Dezernat IV	Amt Stadtarchiv										Produktgruppe 04 06	
Gremium Kulturausschuss			Beschreibung Beschreibung: Quellen und Forschungen zur Geschichte der Stadt Münster Bürgerwirkung: Personalwirkung (Stellen): - Flächenwirkung: -									
Ergebnis- verbesserung		Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
		2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
		€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge		0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen		0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen		-8.500	0	-20.560	0	-20.560						
Saldo		8.500	0	20.560	0	20.560	20.560	8.500	0	20.560	0	20.560
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß												
Sachstandsbericht Die Einsparung von 8.500 € für dieses Jahr wird erreicht.											Abschlussbericht? Nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 153	Bezeichnung Unterstützende Tätigkeiten durch studentische Hilfskräfte werden reduziert. Zusatz: Die Einsparsumme wird für alle Jahre ab 2014 auf 3.000 € reduziert.									
Dezernat IV	Amt Stadtarchiv										Produktgruppe 04 06	
Gremium Kulturausschuss			Beschreibung Beschreibung: Unterstützende Tätigkeit in den Bereichen Historische Bildungsarbeit, wissenschaftliche Forschungs- und Publikationsprojekte, Archivleitung sowie archivischer Erschließung. Bürgerwirkung: Reduktion bzw. Verzögerung in den Bereichen Historische Bildungsarbeit, wissenschaftliche Forschungs- und Publikationsprojekte, Archivleitung sowie archivischer Erschließung. Personalwirkung (Stellen): - Flächenwirkung: -									
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand					
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017	
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	
	Erträge	0	0	0	0	0						
	Personalaufwendungen	0	-3.000	-3.000	-3.000	-3.000						
Sachaufwendungen	0	0	0	0	0							
Saldo	0	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	0	0	0	0	0	
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt												
Sachstandsbericht Maßnahme wird erst 2014 wirksam										Abschlussbericht? Nein		

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 154	Bezeichnung Reduzierung des Ansatzes für die Aufwendungen im Bereich der Mittagsverpflegung aufgrund von gewonnenen Erfahrungswerten und Fallzahlen hinsichtlich der Gewährung von BUT-Leistungen (Bildung- und Teilhabe)									
Dezernat IV	Amt Amt für Kinder, Jugendliche und Familien										Produktgruppe 06 01	
Gremium Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien			Beschreibung Beschreibung: Reduzierung des Ansatzes für die Aufwendungen im Bereich der Mittagsverpflegung aufgrund von gewonnenen Erfahrungswerten und Fallzahlen hinsichtlich der Gewährung von BuT-Leistungen (Bildung und Teilhabe). Bürgerwirkung: keine Personalwirkung (Stellen): keine Flächenwirkung: keine									
Ergebnis- verbesserung		Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
		2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
		€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge		0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen		0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen		-200.000	-200.000	-200.000	-200.000	-200.000						
Saldo		200.000	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß												
Sachstandsbericht Die Maßnahme wurde im Haushalt 2013 komplett umgesetzt.											Abschlussbericht? Nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 155	Bezeichnung Steigerung der Landeszuwendungen für den u3-Ausbau im Rahmen des Gesetzes zur Regelung des Kostenausgleichs für Aufgaben der öffentlichen Jugendhilfe (Konnexität) – Konsolidierungseffekt durch Kompensation									
Dezernat IV	Amt Amt für Kinder, Jugendliche und Familien										Produktgruppe 06 01	
Gremium Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien			Beschreibung Beschreibung: Steigerung der Landeszuwendungen für den u3-Ausbau im Rahmen des Gesetzes zur Regelung des Kostenausgleichs für Aufgaben der öffentlichen Jugendhilfe (Konnexität) – Konsolidierungseffekt durch Kompensation. VORLÄUFIGE SCHÄTZUNG! Ein Ansatz kann derzeit noch nicht verlässlich errechnet werden, da die Ausgangsdaten (Anteil der Stadt an den u3-Plätzen NRW und Anzahl der vom Land anerkannten U3-Plätze) unklar sind. Weder der Städtetag noch der LWL konnten hierzu belastbare Informationen geben. Bürgerwirkung: keine Personalwirkung (Stellen): keine Flächenwirkung: keine									
Ergebnis- verbesserung		Beschluss					Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand					
		2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
		€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge		500.000	700.000	700.000	950.000	1.200.000						
Personalaufwendungen		0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen		0	0	0	0	0						
Saldo		500.000	700.000	700.000	950.000	1.200.000	1.200.000	500.000	700.000	700.000	950.000	1.200.000
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß												
Sachstandsbericht Die Maßnahme wurde im Haushalt 2013 komplett umgesetzt.											Abschlussbericht? Nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 156	Bezeichnung Die Beitragstabelle für Kindertagespflege wird der für KITAs angeglichen.								
Dezernat IV	Amt Amt für Kinder, Jugendliche und Familien										Produktgruppe 06 01
Gremium Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien			Beschreibung Beschreibung: Die Beitragstabelle für Kindertagespflege wird der für KITAs angeglichen. Damit werden Einkommen bis 37.000 € beitragsfrei gestellt, was eine jährliche Mindereinnahme nach sich zieht. Durch die gleichzeitige Erhöhung der Elternbeiträge für Familien mit Einkommen über 62.000 Euro ergibt sich allerdings ein Konsolidierungsbetrag von 12.700,- Euro in 2013 sowie jährlichen 30.000,- Euro ab 2014 ff. Bürgerwirkung: höhere Elternbeiträge. Die höheren Beiträge kommen zweckgebunden der Kindertagespflege zugute. Personalwirkung (Stellen): KEINE! Flächenwirkung: KEINE!								
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge	12.700	30.000	30.000	30.000	30.000						
Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen	0	0	0	0	0						
Saldo	12.700	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	12.700	30.000	30.000	30.000	30.000
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß											
Sachstandsbericht Die Maßnahme wurde im Haushalt 2013 komplett umgesetzt.										Abschlussbericht? Nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 157	Bezeichnung Steigerung der Elternbeiträge für die Kitas durch die Einführung vier weiterer Einkommensgruppen ab 95.000 € (bis über 150.000 €), mit einer Steigerung um je 10%								
Dezernat IV	Amt Amt für Kinder, Jugendliche und Familien										Produktgruppe 06 01
Gremium Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien			Beschreibung Beschreibung: Steigerung der Elternbeiträge für die Kitas durch die Einführung vier weiterer Einkommensgruppen ab 95.000 € (95.000 €, 105.000 €, 125.000 €, 150.000 €, über 150.000 €), mit einer Steigerung um je 10% Bürgerwirkung: höhere Elternbeiträge für Familien mit Einkommen ab 95.000 Euro. Die höheren Beiträge kommen zweckgebunden den Kindertageseinrichtungen zugute. Personalwirkung (Stellen): KEINE! Flächenwirkung: KEINE!								
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge	290.000	700.000	700.000	700.000	700.000						
Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen	0	0	0	0	0						
Saldo	290.000	700.000	700.000	700.000	700.000	700.000	290.000	700.000	700.000	700.000	700.000
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß											
Sachstandsbericht Die Maßnahme wurde im Haushalt 2013 komplett umgesetzt.										Abschlussbericht? Nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 158	Bezeichnung Prozentuale Erhöhung der Elternbeiträge in Kitas für alle Einkommensgruppen ab 37.000 € bis 95.000 € um 5%, weitere EK-Gruppen wie vorherige Zeile									
Dezernat IV	Amt Amt für Kinder, Jugendliche und Familien										Produktgruppe 06 01	
Gremium Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien			Beschreibung Beschreibung: Prozentuale Erhöhung der Elternbeiträge in Kitas für alle Einkommensgruppen ab 37.000 € bis 95.000 € um 5%, weitere EK-Gruppen wie vorherige Zeile Bürgerwirkung: höhere Elternbeiträge für Familien mit Einkommen zwischen 37.000 Euro und 95.000 Euro. Die monatliche Mehrbelastung liegt bei Kinder unter 3 Jahre zwischen 7,00 € und 23,00 € und bei Kind über 3 Jahre zwischen 3,00 € und 17,00 €. Die höheren Beiträge kommen zweckgebunden den Kindertageseinrichtungen zugute. Personalwirkung (Stellen): KEINE! Flächenwirkung: KEINE!									
Ergebnis- verbesserung		Beschluss					Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand					
		2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
		€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge		148.000	354.000	354.000	354.000	354.000						
Personalaufwendungen		0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen		0	0	0	0	0						
Saldo		148.000	354.000	354.000	354.000	354.000	354.000	148.000	354.000	354.000	354.000	354.000
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß												
Sachstandsbericht Die Maßnahme wurde im Haushalt 2013 komplett umgesetzt.											Abschlussbericht? Nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 159	Bezeichnung Reduzierung der freiwilligen Zuschüsse zu den Betriebskosten für Überhangplätze in kirchlichen Kitas von derzeit 12% auf 9% des Trägeranteils									
Dezernat IV	Amt Amt für Kinder, Jugendliche und Familien										Produktgruppe 06 01	
Gremium Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien			Beschreibung Beschreibung: Reduzierung der freiwilligen Zuschüsse zu den Betriebskosten für zukünftige Überhangplätze in kirchlichen Kitas von derzeit 12% auf 9% des Trägeranteils in Anlehnung an die Regelung bei den Wohlfahrtsverbänden. Bürgerwirkung: Erhöhung des Trägeranteils für kirchliche Kitas um 3% in Anlehnung an die Regelung bei den Wohlfahrtsverbänden; eventuell sinkende Bereitschaft der Träger, Überhangplätze vorzuhalten (KG-Jahr 2010/2011: 865 Überhangplätze). Personalwirkung (Stellen): keine Flächenwirkung: keine									
Ergebnis- verbesserung		Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
		2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
		€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge		0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen		0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen		-63.000	-150.000	-150.000	-150.000	-150.000						
Saldo		63.000	150.000	150.000	150.000	150.000	150.000	63.000	150.000	150.000	150.000	150.000
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß												
Sachstandsbericht Die Maßnahme wurde im Haushalt 2013 komplett umgesetzt.											Abschlussbericht? Nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 160	Bezeichnung Reduzierung der freiwilligen Zuschüsse für Qualifizierungs- und Flexibilisierungssangebote in Kindertagesbetreuung									
Dezernat IV	Amt Amt für Kinder, Jugendliche und Familien										Produktgruppe 06 01	
Gremium Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien			Beschreibung Beschreibung: Reduzierung der freiwilligen Zuschüsse für Qualifizierungs- und Flexibilisierungssangebote in Kindertagesbetreuung. Bürgerwirkung: Reduzierung der Angebote im Bereich der Qualifizierungs- und Flexibilisierungssangebote (Präventionsgruppen und Sprachförderung für Eltern). Personalwirkung (Stellen): keine Flächenwirkung: keine									
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand					
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017	
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	
	Erträge	0	0	0	0	0						
	Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen	-50.000	-50.000	-50.000	-50.000	-50.000							
Saldo	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß												
Sachstandsbericht Die Maßnahme wurde im Haushalt 2013 komplett umgesetzt.										Abschlussbericht? Nein		

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 161	Bezeichnung Kürzung der Programmmittel in den Einrichtungen der freien Träger um 10%									
Dezernat IV	Amt Amt für Kinder, Jugendliche und Familien									Produktgruppe 06 02		
Gremium Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien			Beschreibung Beschreibung: Kürzung der Programmmittel in den Einrichtungen der freien Träger um 10%. Bürgerwirkung: Angebotsreduzierung, sofern kein Finanzausgleich durch den freien Träger erfolgen kann. Personalwirkung (Stellen): keine Flächenwirkung: keine									
Ergebnis- verbesserung		Beschluss					Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand					
		2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
		€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge		0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen		0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen		-24.000	-24.000	-24.000	-24.000	-24.000						
Saldo		24.000	24.000	24.000	24.000	24.000	24.000	24.000	24.000	24.000	24.000	24.000
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß												
Sachstandsbericht Bei 35 Trägern der offenen Kinder- und Jugendarbeit wird der Konsolidierungsbeitrag in den Förderungsbescheiden für 2013 anteilig in Größenordnungen von < 500 € bis über 2.000 € berücksichtigt. Eine Reduzierung des Angebotes kann vorauss. Vermieden werden.											Abschlussbericht? Nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 162	Bezeichnung Kürzung der Programmmittel aller städtischen Einrichtungen um 10%										
Dezernat IV	Amt Amt für Kinder, Jugendliche und Familien										Produktgruppe 06 02		
Gremium Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien			Beschreibung Beschreibung: Kürzung der Betriebs- und Programmmittel aller städtischen Einrichtungen um 10%. Bürgerwirkung: Angebotsreduzierung Personalwirkung (Stellen): keine Flächenwirkung:keine										
Ergebnis- verbesserung		Beschluss					Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand						
		2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017	
		€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	
		Erträge	0	0	0	0	0						
		Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen	-70.000	-70.000	-70.000	-70.000	-70.000								
Saldo		70.000	70.000	70.000	70.000	70.000	70.000	70.000	70.000	70.000	70.000	70.000	
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß													
Sachstandsbericht Die Konsolidierungssumme ist anteilig bei den Budgets der städtischen Kinder- und Jugendeinrichtungen abgezogen worden. Durch Effizienzmaßnahmen kann eine Reduzierung des Angebotes vorauss. Vermieden werden.										Abschlussbericht? Nein			

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 163	Bezeichnung Betrieb und Aufsicht beim „Maxi-Sand“ werden – soweit erforderlich/möglich – durch andere Dienststellen mit übernommen (Organisationsoptimierung)										
Dezernat IV	Amt Amt für Kinder, Jugendliche und Familien										Produktgruppe 06 02		
Gremium Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien			Beschreibung Beschreibung: Betrieb und Aufsicht beim „Maxi-Sand“ werden – soweit erforderlich/möglich – durch das Kinderbüro mit übernommen (Organisationsoptimierung). Bürgerwirkung:keine Personalwirkung (Stellen): Reduzierung im Bereich geringfügig Beschäftigter Flächenwirkung: keine										
Ergebnis- verbesserung		Beschluss					Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand						
		2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017	
		€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	
		Erträge	0	0	0	0	0						
		Personalaufwendungen	0	-21.100	-21.100	-21.100	-21.100						
Sachaufwendungen	0	0	0	0	0								
Saldo		0	21.100	21.100	21.100	21.100	21.100	0	21.100	21.100	21.100	21.100	
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß													
Sachstandsbericht Die Maßnahme wird entsprechend des in der Beschreibung genannten Verfahrens umgesetzt.										Abschlussbericht? Nein			

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 166	Bezeichnung Reduzierung des Ansatzes OGS-Verpflegungskostenzuschüsse									
Dezernat IV	Amt Amt für Kinder, Jugendliche und Familien										Produktgruppe 06 02	
Gremium Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien			Beschreibung Beschreibung: Reduzierung des Ansatzes für die Aufwendungen für Verpflegungskostenzuschüsse im Bereich der OGS aufgrund von gewonnenen Erfahrungswerten und Fallzahlen hinsichtlich der Gewährung von BuT-Leistungen (Bildung und Teilhabe). Bürgerwirkung: keine Personalwirkung (Stellen): keine Flächenwirkung: keine									
Ergebnis- verbesserung		Beschluss					Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand					
		2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
		€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge		0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen		0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen		-500.000	-500.000	-500.000	-500.000	-500.000						
Saldo		500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß												
Sachstandsbericht Die Maßnahme wird entsprechend der Beschreibung umgesetzt; bisher gewährte Leistungen können im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes ohne negative Auswirkungen auf die Bürgerschaft aufrecht erhalten werden.											Abschlussbericht? Nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 167	Bezeichnung Einstellung der Förderung der Mototherapie									
Dezernat IV	Amt Amt für Kinder, Jugendliche und Familien									Produktgruppe 06 03		
Gremium Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien			Beschreibung Beschreibung: Einstellung der Förderung der Mototherapie Bürgerwirkung: Leistung soll über Selbstzahler und ggf. durch Krankenversicherung im Rahmen freiwilliger Zusatzleistungen übernommen werden Personalwirkung (Stellen): keine Flächenwirkung: keine									
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand					
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017	
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	
	Erträge	0	0	0	0	0						
	Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen	-45.000	-45.000	-45.000	-45.000	-45.000							
Saldo	45.000	45.000	45.000	45.000	45.000	45.000	45.000	45.000	45.000	45.000	45.000	
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß												
Sachstandsbericht Die Maßnahme wird entsprechend des in der Beschreibung genannten Verfahrens umgesetzt. Notwendige Ergänzungen in den Leistungsvereinbarungen mit den freien Trägern werden vorgenommen.										Abschlussbericht? Nein		

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 168	Bezeichnung Reduzierung der Gewährung von Wohnhilfen									
Dezernat IV	Amt Amt für Kinder, Jugendliche und Familien										Produktgruppe 06 03	
Gremium Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien			Beschreibung Beschreibung: Reduzierung der Gewährung von Wohnhilfen: Begrenzung des berechtigten Kreises auf Personen bis 21 Jahre sowie Begrenzung der Dauer der Hilfestellung auf 3 Jahre mit dem Ziel der schnelleren Verselbständigung (ggf. besondere Einzelfallprüfung). Bürgerwirkung: Eingrenzung des berechtigten Personenkreises und der max. Leistungsdauer. Personalwirkung (Stellen): keine Flächenwirkung:keine									
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand					
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017	
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	
	Erträge	0	0	0	0	0						
	Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen	-20.000	-20.000	-20.000	-20.000	-20.000							
Saldo	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß												
Sachstandsbericht Die in der Beschreibung genannten Verfahrensänderungen wurden mit den freien Trägern kommuniziert und durch den KSD umgesetzt.										Abschlussbericht? Nein		

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 169	Bezeichnung Reduzierung des Ansatzes: Förderung der Lernhilfen auf Antrag nach § 13 Abs. 1 SGB VIII									
Dezernat IV	Amt Amt für Kinder, Jugendliche und Familien										Produktgruppe 06 03	
Gremium Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien			Beschreibung Beschreibung: Reduzierung des Ansatzes zur Förderung der Lernhilfen auf Antrag nach § 13 Abs. 1 SGB VIII (Sprachförderung, Förderinseln) aufgrund von gewonnenen Erfahrungswerten und Fallzahlen hinsichtlich der Gewährung von BuT-Leistungen (Bildung und Teilhabe). Bürgerwirkung: keine Personalwirkung (Stellen): keine Flächenwirkung: keine									
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand					
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017	
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	
	Erträge	0	0	0	0	0						
	Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen	-133.000	-133.000	-133.000	-133.000	-133.000							
Saldo	133.000	133.000	133.000	133.000	133.000	133.000	133.000	133.000	133.000	133.000	133.000	
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß												
Sachstandsbericht Die Maßnahme wird entsprechend der Beschreibung umgesetzt; bisher gewährte Leistungen können im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes ohne negative Auswirkungen auf die Bürgerschaft aufrecht erhalten werden.										Abschlussbericht? Nein		

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 170	Bezeichnung Aufgabe der Förderinsel „Sternstraße“ / Bodelschwingschule									
Dezernat IV	Amt Amt für Kinder, Jugendliche und Familien										Produktgruppe 06 03	
Gremium Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien			Beschreibung Beschreibung: Aufgabe der Förderinsel „Sternstraße“/ Bodelschwingschule, Ziel: räumlich-integratives Konzept in der Bodelschwingschule und Prüfung der Nutzung der Räumlichkeiten an der Sternstraße für den Kita-Bereich Bürgerwirkung: keine Personalwirkung (Stellen): keine Flächenwirkung: keine									
Ergebnis- verbesserung		Beschluss					Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand					
		2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
		€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge		0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen		0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen		-35.590	-71.180	-71.180	-71.180	-71.180						
Saldo		35.590	71.180	71.180	71.180	71.180	71.180	35.590	71.180	71.180	71.180	71.180
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß												
Sachstandsbericht Mit der Vorlage V/0110/2011 „Einrichtung von Förderinseln“, Beschluss des Rates am 25.05.2011, wurden die Förderangebote der Jugendhilfe für Grundschulkinder im offenen Ganzttag dauerhaft neu konzeptioniert, wobei die Schulstandorte zunächst auf 2 Jahre befristet wurden. Im Rahmen der für das Schuljahr 2013/14 vorgesehenen Standortuntersuchung wird die Einzelmaßnahme umgesetzt.											Abschlussbericht? Nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 172	Bezeichnung Kürzung der finanziellen Förderung								
Dezernat IV	Amt Amt für Kinder, Jugendliche und Familien									Produktgruppe 06 05	
Gremium Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien			Beschreibung Beschreibung: Die Rahmenverträge I und II gemäß § 78 f SGB VIII für die Übernahme von Leistungsentgelten wurden von der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände NRW ordentlich zum 31.12.2012 gekündigt. Das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien wird Entgelterhöhungen dann nur noch für tarifvertraglich bedingte Personalkostensteigerungen vornehmen. Bürgerwirkung:keine Personalwirkung (Stellen): keine Flächenwirkung: keine								
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge	0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen	-100.000	-100.000	-100.000	-100.000	-100.000						
Saldo	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß											
Sachstandsbericht Den Trägern der stationären Hilfen zur Erziehung in Münster wurde die Maßnahme vorab erläutert.Die bisher durchgeführten Entgeltverhandlungen konnten einvernehmlich abgeschlossen werden.										Abschlussbericht? Nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 173	Bezeichnung Kürzung der finanziellen Förderung								
Dezernat IV	Amt Amt für Kinder, Jugendliche und Familien									Produktgruppe 06 05	
Gremium Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien			Beschreibung Beschreibung: Die Rahmenverträge I und II gemäß § 78 f SGB VIII für die Übernahme von Leistungsentgelten wurden von der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände NRW ordentlich zum 31.12.2012 gekündigt. Das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien wird Entgelterhöhungen im stationären Bereich (Heimerziehung und Gemeinsame Wohnformen für Mütter/Väter und Kinder) dann nur noch unter Anhebung der Auslastungsquote auf 96 % (bisher: 93 %) vornehmen. Hier liegt, vorsichtig geschätzt, ein Einsparpotential von rund 100.000 € (114.132 Berechnungstage x 1 €) Bürgerwirkung: keine Personalwirkung (Stellen): keine Flächenwirkung: keine								
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge	0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen	-100.000	-100.000	-100.000	-100.000	-100.000						
Saldo	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß											
Sachstandsbericht Den Trägern der stationären Hilfen zur Erziehung in Münster wurde die Maßnahme vorab erläutert.Die bisher durchgeführten Entgeltverhandlungen konnten einvernehmlich abgeschlossen werden.										Abschlussbericht? Nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 174	Bezeichnung Kürzung der finanziellen Förderung									
Dezernat IV	Amt Amt für Kinder, Jugendliche und Familien										Produktgruppe 06 05	
Gremium Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien			Beschreibung Beschreibung: Die Rahmenverträge I und II gemäß § 78 f SGB VIII für die Übernahme von Leistungsentgelten wurden von der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände NRW ordentlich zum 31.12.2012 gekündigt. Das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien wird Entgelterhöhungen dann nur noch unter Berücksichtigung von tatsächlichen Aufwendungen und Personalkostenrichtwerten vornehmen. Bürgerwirkung: keine Personalwirkung (Stellen): keine Flächenwirkung: keine									
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand					
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017	
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	
	Erträge	0	0	0	0	0						
	Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen	-50.000	-50.000	-50.000	-50.000	-50.000							
Saldo	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß												
Sachstandsbericht Den Trägern der stationären Hilfen zur Erziehung in Münster wurde die Maßnahme vorab erläutert.Die bisher durchgeführten Entgeltverhandlungen konnten einvernehmlich abgeschlossen werden.										Abschlussbericht? Nein		

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 175	Bezeichnung Integrative Lerngruppen statt intensiver Einzelfallförderung Zusatz: Dieser Punkt muss vor dem Hintergrund eines umfassenden Inklusionskonzeptes erfolgen, das von der Verwaltung zeitnah erarbeitet und den zuständigen Gremien vorgelegt wird.									
Dezernat IV	Amt Amt für Kinder, Jugendliche und Familien										Produktgruppe 06 05	
Gremium Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien			Beschreibung Beschreibung: Modellhafte Einführung von integrativen Lerngruppen für autistische Kinder an 3 Modellschulen (1 Gymnasium, 1 Realschule, 1 Grundschule) mit dem Ziel einer präventiven und niedrigschwelligen integrativen Förderung anstatt einer intensiven Einzelfallförderung Bürgerwirkung: Personalwirkung (Stellen): keine Flächenwirkung: keine									
Ergebnis- verbesserung		Beschluss					Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand					
		2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
		€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge		0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen		0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen		0	0	0	0	0						
Saldo		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt												
Sachstandsbericht Aufgrund der geänderten Beschlussfassung ist dieser Punkt Bestandteil der Konzeptionierung / Weiterentwicklung der Förderinseln. Die Evaluation der bisherigen Ergebnisse liegt vor. Die Entscheidung über die weitere Entwicklung der Förderinseln ist bis Sommer geplant.											Abschlussbericht? Nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 176	Bezeichnung Halbierung des Zuschusses für Betreuungsvereine									
Dezernat IV	Amt Amt für Kinder, Jugendliche und Familien										Produktgruppe 06 05	
Gremium Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien			Beschreibung Beschreibung: Halbierung des städtischen Zuschusses für Betreuungsvereine unter Berücksichtigung der vorrangigen Finanzierung durch das Land Bürgerwirkung: Keine Personalwirkung (Stellen): Keine Flächenwirkung: Keine									
Ergebnis- verbesserung		Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
		2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
		€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge		0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen		0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen		-110.000	-110.000	-110.000	-110.000	-110.000						
Saldo		110.000	110.000	110.000	110.000	110.000	110.000	110.000	110.000	110.000	110.000	110.000
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß												
Sachstandsbericht Die Halbierung des städtischen Zuschusses für Betreuungsvereine wurde im Haushalt 2013 komplett umgesetzt											Abschlussbericht? Nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 177	Bezeichnung Kürzung des städt. Zuschusses zum „K+K-Cup“ (Hallenreitturnier) und Kürzung des Zuschusses an den Reiterverband Münster e. V. Zusätzlich zu der Konsolidierungssumme von 5.000 € wird ein jährlicher Sperrvermerk in Höhe von 2.500 € eingerichtet.									
Dezernat IV	Amt Sportamt										Produktgruppe 08 01	
Gremium Sportausschuss			Beschreibung Beschreibung: Kürzung des städt. Zuschusses zum „K+K-Cup“ (Hallenreitturnier) und Kürzung des Zuschusses für die Durchführung des Jugendreitturnieres. Bürgerwirkung: Der Zuschuss zum K+K-Cup zählt nicht zum Profi-Reitturnier (betroffen sind unmittelbar alle Reitvereine im Münster), sondern ist der Preis der Stadt Münster (Wanderstandarte) für die im Rahmenprogramm des K+K-Cup ausgetragenen Amateurveranstaltung der Münsterländer Reitsportvereine. Beim Jugendreitturnier handelt sich um eine jährliche Jugend-, Reit- und Springveranstaltung des Reitverbandes Münster e. V. für münsterische und in der Nähe beheimatete Reitvereine. Der Zuschuss wurde im Jahr 1974 durch eine Entscheidung des Rates der Stadt Münster gewährt. Personalwirkung (Stellen): keine Flächenwirkung: keine									
Ergebnis- verbesserung		Beschluss					Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand					
		2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
		€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge		0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen		0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen		0	-5.000	-5.000	-5.000	-5.000						
Saldo		0	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	0	0	0	0	0
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt												
Sachstandsbericht Begründung zum Umsetzungsstand: Der Vorschlag „greift“ erst ab 2014.											Abschlussbericht? Nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 179	Bezeichnung Kürzung des Zuschusses an den Stadtsportbund Münster e. V. (SSB)									
Dezernat IV	Amt Sportamt										Produktgruppe 08 01	
Gremium Sportausschuss			Beschreibung Beschreibung: Kürzung der übertragenen Sportfördermittel (Teilübertragung) an den SSB um 10 % ab 2015 (Vertragsende). Bürgerwirkung: Zur Stärkung der Selbstorganisation im Sport werden ab 1994 städtische Zuschussmittel an den SSB zur eigenverantwortlichen Verwendung zur Verfügung gestellt. Trotz nachweislich kontinuierlicher Steigerung der Mitgliederzahlen im SSB wurden im Rahmen von Konsolidierungsprogramme bereits in den Jahren 2004 und 2007 die Mittel um jeweils 5 % gekürzt. Eine weitere Kürzung um 10% wirkt sich mittelbar auf eine Vielzahl von Sportvereinen aus. Entsprechende Gespräche sind mit dem SSB zu führen. Personalwirkung (Stellen): keine Flächenwirkung: keine									
Ergebnis- verbesserung		Beschluss					Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand					
		2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
		€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge		0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen		0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen		0	0	-35.560	-35.560	-35.560						
Saldo		0	0	35.560	35.560	35.560	35.560	0	0	0	0	0
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt												
Sachstandsbericht Begründung zum Umsetzungsstand: Der Vorschlag „greift“ erst ab 2015.											Abschlussbericht? Nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 180	Bezeichnung Kürzung des Zuschusses an den SC Preußen 06 e. V. Münster (SCP)								
Dezernat IV	Amt Sportamt										Produktgruppe 08 01
Gremium Sportausschuss			Beschreibung Beschreibung: Kürzung des Zuschusses um 10 % aus dem Überlassungsvertrag Stadt – SCP Bürgerwirkung: Im Anschluss an die Sanierungsmaßnahme des Städtischen Preußen-Stadion im Jahr 2001 wurde zwischen der Stadt und dem SCP ein Überlassungsvertrag geschlossen. Mit diesem Vertrag wurde dem SCP die kostenlose Nutzung am bestehenden Stadion sowie die bislang von der Stadt selbst erledigten Arbeiten wie Betrieb, Bauunterhaltung und zur Instandhaltung des Stadions der Nebenflächen und der Gebäude übertragen. Obschon der Zuschuss im Jahr 2006 um 5 % gekürzt wurde, ist im Interesse einer Gleichbehandlung eine weitere Zuschusskürzung nicht vermeidbar. Da der Vertrag bis zum 31.12.2025 Gültigkeit hat, sind entsprechende Vertragsgespräche mit dem SCP zu führen. Ob der SCP den Vertrag bei einer erneuten Kürzung des Zuschusses weiterführt, ist in den Vertragsgesprächen zu klären. Personalwirkung (Stellen): keine Flächenwirkung: keine								
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge	0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen	0	-16.720	-16.720	-16.720	-16.720						
Saldo	0	16.720	16.720	16.720	16.720	16.720	0	0	0	0	0
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt											
Sachstandsbericht Begründung zum Umsetzungsstand: Der Vorschlag „greift“ erst ab 2014.										Abschlussbericht? Nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 181	Bezeichnung Wegfall des Zuschuss an den SSB für den Ball des Sports Zusatz: Die Einsparsumme in Höhe von 10.000 € soll über Sponsoren eingeworben werden.									
Dezernat IV	Amt Sportamt										Produktgruppe 08 01	
Gremium Sportausschuss			Beschreibung Beschreibung: Die Stadt Münster beteiligt sich mit einem Betrag von 10.000 € an der Organisation für den Ball des Sports. Bürgerwirkung: Es ist zu erwarten, dass der Ball des Sports künftig mit einem reduzierten Standard stattfinden wird. Details dazu sind mit dem SSB zu abzustimmen. Personalwirkung (Stellen): Keine Flächenwirkung: Keine									
Ergebnis- verbesserung		Beschluss					Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand					
		2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
		€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge		0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen		0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen		0	-10.000	-10.000	-10.000	-10.000						
Saldo		0	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	0	0	0	0	0
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt												
Sachstandsbericht Begründung zum Umsetzungsstand: Der Vorschlag „greift“ erst ab 2014.											Abschlussbericht? Nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 182	Bezeichnung Abschluss weiterer Überlassungsverträge	
Dezernat IV	Amt Sportamt			Produktgruppe 08 01
Gremium Sportausschuss			Beschreibung Beschreibung: Die Verwaltung wird im Zeitraum 2012 bis 2017 versuchen, weitere kommunale Sportanlagen an Vereine per Vertrag zu überlassen. Durch dieses bewährte Verfahren sind in der Vergangenheit bereits 24 kommunale Sportanlagen erfolgreich an Vereine überlassen worden. So konnten stabile Einsparungen erzielt werden. Bürgerwirkung: Die Überlassung kommunale Sportanlagen bringen eine Kosteneinsparung der Sach- und Personalkosten für den Betrieb von ca. 30%. Daneben ist festzustellen, dass der jeweilige Sportverein zur ihm übertragenen kommunalen Sportanlage ein völlig neues Verhältnis (hohe Eigenverantwortlichkeit) entwickelt. Mutwillige Beschädigungen nehmen rapide ab, das äußere Erscheinungsbild verändert sich in der Regel einerseits durch allgemeine Sauberkeit und andererseits durch arbeitsaufwendigere Verschönerungen positiv. Personalwirkung (Stellen): Betroffene Stellen sind bei Amt 67 verortet. Das Amt 67 wurde von der Sportverwaltung über das weitere Vorgehen informiert. Flächenwirkung: keine	

Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge	0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen	0	-111.550	-164.700	-253.900	-368.800						
Sachaufwendungen	0	59.110	87.270	134.530	195.430						
Saldo	0	52.440	77.430	119.370	173.370	173.370	0	0	0	0	0
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt											
Sachstandsbericht Für 2014 war von Seiten der Sportverwaltung geplant, die kommunalen Sportanlagen Große Wiese in Münster-Kinderhaus und die kommunale Sportanlage Brandhoveweg in Münster-Wolbeck zu überlassen. Mit der öffentlichen Beschlussvorlage V/0880/2012 hat der Rat in seiner Sitzung am 12.12.2012 entschieden, den SC Westfalia Kinderhaus von der kommunalen Sportanlage Wangeroogeweg zur städtischen Bezirkssportanlage Große Wiese zu verlagern. Mit dieser Entscheidung sind u. a. verschiedene bauliche Maßnahmen (z. B. Errichtung von Hochbauten) verbunden, mit deren Beginn ca. September 2013 (nach Erteilung Baubeschluss) zu rechnen sind. Mit der Fertigstellung ist ca. Mitte bis Ende 2014 zu rechnen. Dadurch bedingt wird die Überlassung der Sportanlage nicht schon in 2014 möglich sein. Die Verwaltung geht zum jetzigen Zeitpunkt davon aus, dass die Überlassung ab 2015 greift. Bei der weiteren Überlassung der kommunalen Sportanlage Brandhoveweg in Münster-Wolbeck geht das Sportamt auch weiterhin davon aus, dass dies in 2014 umgesetzt wird.										Abschlussbericht? nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 183	Bezeichnung Kürzung im 2 Mio.-Topf									
Dezernat IV	Amt Sportamt										Produktgruppe 08 01	
Gremium Sportausschuss			Beschreibung Beschreibung: Auch die im "2-Mio-Topf" veranschlagten Sanierungsmittel sind im Zuge einer Gleichbehandlung mit sonst. Budgetpositionen mit bis zu max. 10 % als Konsolidierungsbeitrag anzusetzen. Die Auswirkungen im "2-Mio-Topf" werden noch konkret dargestellt. Sie sind realistisch umsetzbar, da ab 2014 (zumindest) im investiven Teil noch nicht verplante Mittel vorhanden sind. Bürgerwirkung: Die Kürzung hat zur Folge, dass Maßnahmen finanziell und zeitlich neu verortet werden müssen. Personalwirkung (Stellen): keine Flächenwirkung: keine									
Ergebnis- verbesserung		Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
		2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
		€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge		0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen		0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen		0	-20.000	-35.000	-100.000	-145.000						
Saldo		0	20.000	35.000	100.000	145.000	145.000	0	0	0	0	0
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt												
Sachstandsbericht Begründung zum Umsetzungsstand: Der Vorschlag "greift" erst ab 2014.											Abschlussbericht? nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 185	Bezeichnung Abgabe der Tätigkeiten für das Deutsche Sportabzeichen	
Dezernat IV	Amt Sportamt			Produktgruppe 08 01
Gremium Sportausschuss		Beschreibung Beschreibung der bisherigen Tätigkeiten: - Beratungsgespräche - Beurkundung der von Angehörigen von Schulen/Vereinen und der Bürgerschaft abgelegten Sportabzeichen - finanzielle Abwicklung - Sportstätten bereitstellen - Kontakte zu Schulen, Vereinen, Bürgerschaft, Stadtsportbund - Saisonvorbereitung und -nachbereitung - Öffentlichkeitsarbeit - Statistik, Auswertungen - DV (Programmschulung,-anwendung) - Schwerpunktaktionen - Austausch mit anderen Städten und Gemeinden Bürgerwirkung: - Verlagerung von Beratung, Beurkundung, finanzieller Abwicklung vom Sportamt zum Stadtsportbund Münster e. V. - Weniger Kontakt zwischen Bürgerschaft und Sportamt - Weniger Einflussmöglichkeiten des Sportamts auf die Sportabzeichenaktion - ggf. Schwerpunktänderung Personalwirkung (Stellen): - Reduzierung anteiliger Arbeitsleistungen auf zwei Arbeitsplätzen - bedingt stellenwirksam Flächenwirkung: - keine mittelbare, - ggf. bei Schwerpunktverlagerung des SSB Belegungsänderung (+/-) auf den Sportanlagen		

Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge	0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen	0	-7.110	-6.720	-6.720	-6.720						
Sachaufwendungen	0	0	0	0	0						
Saldo	0	7.110	6.720	6.720	6.720	6.720	0	0	0	0	0
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt											
Sachstandsbericht Begründung zum Umsetzungsstand: Der Vorschlag „greift“ erst ab 2014.										Abschlussbericht? Nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr.	Bezeichnung Konsolidierungsbeitrag des Theaters Münster								
Dezernat IV	Amt Theater Münster										Produktgruppe 04 07
Gremium Kulturausschuss			Beschreibung Beschreibung: Das Theater Münster leistet im Rahmen des Handlungsprogramms 2012—2017 einen Konsolidierungsbeitrag, der bis zu Spielzeit 2016/2017 eine Gesamthöhe von 700.000 € in der Ergebnisrechnung erreicht. Dieser setzt sich zusammen aus z. Z. noch nicht finanzierten Tarifsteigerungen der Spielzeit 2013/2014 in Höhe von 563.000 € sowie einem zusätzlichen Konsolidierungsbeitrag in Höhe von 137.000 €. Dazu sind Ertragssteigerungen sowie Aufwandsreduzierungen bis zur geforderten Höhe stufenweise umzusetzen. Die Verwaltung wird beauftragt, ein entsprechendes Konzept zu erarbeiten.								
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge	0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen	0	0	0	0	0						
Saldo	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung niedriger als politischer Beschluß											
Sachstandsbericht Siehe hierzu die Berichtsvorlage V/0165/2013.										Abschlussbericht? Ja	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr.	Bezeichnung Sparbeitrag für die Villa ten Hompel									
Dezernat IV	Amt Villa ten Hompel										Produktgruppe 04 08	
Gremium Kulturausschuss			Beschreibung Beschreibung: Der Sparbeitrag für die Villa ten Hompel wird auf eine Gesamtsumme von 15.000 € festgelegt. Die konkrete Umsetzung soll von der Villa vorgeschlagen werden.									
Ergebnis- verbesserung		Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
		2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
		€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge		0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen		0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen		-15.000	-15.000	-15.000	-15.000	-15.000						
Saldo		15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß												
Sachstandsbericht											Abschlussbericht? Ja	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 200	Bezeichnung Reduzierung der Sachaufwendungen um 10 %									
Dezernat V	Amt V/Stift.										Produktgruppe 01 14	
Gremium Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften			Beschreibung Beschreibung: Reduzierung der Sachaufwendungen um 10 %. Bürgerwirkung: - Personalwirkung (Stellen): - Flächenwirkung: -									
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand					
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017	
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	
	Erträge	0	0	0	0	0						
	Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen	-5.700	-5.700	-5.700	-5.700	-5.700							
Saldo	5.700	5.700	5.700	5.700	5.700	5.700	5.700	5.700	5.700	5.700	5.700	
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß												
Sachstandsbericht Die Mittel sind im Haushalt abgesetzt.										Abschlussbericht? Ja		

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 210	Bezeichnung Reduzierung der Stellen des Amtes 50 im Infobüro Pflege (Pflege- und Wohnraumanpassungsberatung)	
Dezernat V	Amt Sozialamt			Produktgruppe 05 03
Gremium Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung		Beschreibung Beschreibung im Hinblick auf Pflegeberatung: a) Öffnungszeiten auf montags und donnerstags beschränken, Einschränkung der telefonischen Erreichbarkeit. b) Kapazitätenabfragen entfallen. c) Reduzierung der Netzwerkarbeit (Teilnahme an Arbeitsgruppen etc.), von Vorträgen, der Teilnahme an Veranstaltungen und Messen. d) Synergieeffekt: Die MitarbeiterInnen können räumlich im Sozialamt bei der Fachstelle angesiedelt werden – dadurch schnellere Vertretungsmöglichkeit gegeben; dadurch auch Einsparung der Miete im Gesundheitshaus. Bürgerwirkung: a) Eingeschränkte Erreichbarkeit, längere Wartezeiten, b) Pflegeberatungen weniger umfassend als bisher, keine konkreten Angaben zu den Kapazitäten; Eigeninitiative der Angehörigen gefordert. Personalwirkung (Stellen): Die Stellenzahl wird um 0,5 reduziert. Flächenwirkung: Es würden Mietkosten von 4.878,60 € jährlich entfallen.		

Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge	0	0	0	0	0		0	0	0	0	0
Personalaufwendungen	0	-34.510	-34.510	-34.510	-34.510		-25.880	-34.510	-34.510	-34.510	-34.510
Sachaufwendungen	0	-4.880	-4.880	-4.880	-4.880		-2.290	-3.050	-3.050	-3.050	-3.050
Saldo	0	39.390	39.390	39.390	39.390	39.390	28.170	37.560	37.560	37.560	37.560
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung niedriger als politischer Beschluß											
Sachstandsbericht Die vorgeschlagene Personaleinsparung im Umfang von 0,5 VZÄ wird zum 18.03.2013 durch Umsetzung einer MA (0,5 VZÄ) auf eine freie Stelle im Sozialen Fachdienst Senioren und Pflege realisiert. Dadurch kommt es v. a. zu einer Einschränkung der Öffnungszeiten, zu einer deutlichen Reduzierung der Kapazitätenkoordination (um die Angebot der Tagespflege und ambulanten Angebote) sowie zu einer Reduzierung der Netzwerkarbeit. Bei der Umsetzung des Konsolidierungsanteils "Mietkosten" ist zu berücksichtigen, dass der Konsolidierungsbeschluss zwar eine Reduzierung der vorgeschlagenen Personalkonsolidierung beinhaltet, jedoch nicht berücksichtigt, dass die entsprechende Mietersparnis sich in der Konsequenz ebenfalls reduziert. Gleichwohl ist im Zusammenhang mit dem Stellenwechsel der o. a. MA ein Büroraum freigezogen worden und es kommt damit ab 01.03.2013 zu einer Mietersparnis i. H. v. rd. 3.050 €/Monat.										Abschlussbericht? ja	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 211	Bezeichnung Reduzierung der Stellen des Amtes 50 im Infobüro Pflege (Pflege- und Wohnraumanpassungsberatung) Zusatz: Die räumliche Verlegung ins Sozialamt soll erfolgen.								
Dezernat V	Amt Sozialamt										Produktgruppe 05 03
Gremium Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung			Beschreibung Beschreibung im Hinblick auf Wohnberatung: a) Wegfall der Öffnungszeiten, ausschließlich Terminvergabe b) Wegfall der Beratung von Institutionen c) Reduzierung der Netzwerkarbeit (Teilnahme an Arbeitsgruppen etc.), von Vorträgen, der Teilnahme an Veranstaltungen und Messen, d) Synergieeffekt:der vorhandene Mitarbeiter kann räumlich im Sozialamt bei der Fachstelle angesiedelt werden; dadurch auch Einsparung der Miete im Gesundheitshaus Bürgerwirkung: a) Eingeschränkte Erreichbarkeit, längere Wartezeiten b) Kontaktaufnahme zu Firmen, Absprachen mit Vermieter etc. muss eigenständig durch Beratenden durchgeführt werden Personalwirkung (Stellen): Die Stellenzahl wird um 0,25 reduziert. Flächenwirkung: Es würden Mietkosten von 1.626,20 € jährlich entfallen.								
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge	0	-8.250	-8.250	-8.250	-8.250						
Personalaufwendungen	0	-12.630	-12.630	-12.630	-12.630						
Sachaufwendungen	0	-1.626	-1.626	-1.626	-1.626						
Saldo	0	6.010	6.010	6.010	6.010	6.010	0	0	0	0	0
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt											
Sachstandsbericht Die vorgeschlagene Personalreduzierung im Umfang von 0,25 VZÄ wird zum 01.01.2014 erfolgen. Hinsichtlich der ursprünglich vorgeschlagenen Mietkostensparnis s. die Ausführungen zu Maßnahme 210.										Abschlussbericht? nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 213	Bezeichnung Keine weitere Teilnahme am Benchmarking (interkommunale Vergleiche)									
Dezernat V	Amt Sozialamt										Produktgruppe 05 03	
Gremium Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung			Beschreibung Beschreibung: Keine weitere Teilnahme am interkommunalen Vergleich der mittleren Großstädte in NRW für die Bereiche Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie Hilfe zur Pflege nach dem SGB XII. Bürgerwirkung: - Personalwirkung (Stellen): - Flächenwirkung: -									
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand					
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017	
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	
	Erträge	0	0	0	0	0						
	Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen	-3.000	-3.000	-3.000	-3.000	-3.000							
Saldo	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß												
Sachstandsbericht Der bisherige Auftragnehmer (Consulting für Steuerung und soziale Entwicklung GmbH, Hamburg) wurde mit Schreiben vom 19.12.2012 in Kenntnis gesetzt, dass die Stadt Münster am Benchmarking ab 2013 nicht mehr teilnimmt.										Abschlussbericht? ja		

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 214	Bezeichnung Wegfall des Berichts über schwerbehinderte Menschen im Beruf								
Dezernat V	Amt Sozialamt										Produktgruppe 05 03
Gremium Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung			Beschreibung Beschreibung: Der jährliche Bericht über die Aktivitäten der Fachstelle Behinderte Menschen im Beruf würde nicht mehr erstellt. Bürgerwirkung: Für die Kommission zur Förderung der Inklusion von Menschen mit Behinderungen, den Ausschuss für Gleichstellung sowie den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung würden die jährlichen Berichtsvorlagen entfallen, mit denen die Fachstelle über die Verwendung der Mittel der Ausgleichsabgabe, die Beschäftigungssituation schwerbehinderter Menschen und die Entwicklung der Arbeitslosigkeit schwerbehinderter Menschen in Münster informiert. Zu diesem Themenfeld würden lediglich noch grundlegende, vornehmlich statistische Informationen im Rahmen der Geschäftsberichte des Sozialamtes zur Verfügung gestellt. Personalwirkung (Stellen): - Flächenwirkung: -								
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge	0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen	-1.500	-1.500	-1.500	-1.500	-1.500						
Saldo	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß											
Sachstandsbericht Das Jahresprogramms 2013 des ASGAf führt den Bericht nicht mehr auf; der Ausschuss hat dem Vorschlag im Zuge der Erörterung des Programms am 23.01.2013 nicht widersprochen.										Abschlussbericht? ja	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 219	Bezeichnung Kürzung der Zuschüsse an Chance e. V., Sozialbüro im cuba und GGUA									
Dezernat V	Amt Sozialamt										Produktgruppe 05 03	
Gremium Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung			Beschreibung Beschreibung: Reduzierung der Zuschüsse an Chance e. V., Sozialbüro im cuba sowie GGUA um 5 % ab 2015 (die geltenden Verträge enden am 31.12.2014). Bürgerwirkung: Die Reduzierung kann Kapazitätseinschränkungen (z. B. kürzere Öffnungszeiten, Einstellung einzelner Angebote) bewirken. Personalwirkung (Stellen): - Flächenwirkung: -									
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand					
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017	
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	
	Erträge	0	0	0	0	0						
	Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen	0	0	-18.060	-18.060	-18.060							
Saldo	0	0	18.060	18.060	18.060	18.060	0	0	18.060	18.060	18.060	
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß												
Sachstandsbericht Der Chance e. V. wurde mit Schreiben vom 20.12.2012, Cuba und GGUA mit Schreiben jeweils vom 27.12.2012 über die Ansatzkürzungen ab 2015 informiert.										Abschlussbericht? ja		

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 220	Bezeichnung Kürzung der Zuschüsse an die Wohlfahrtsverbände für die (vier) Beratungsdienste für arbeitssuchende Menschen mit Migrationsvorgeschichte Prüfauftrag: Es soll geprüft werden, ob und inwieweit dieses Angebot vom Jobcenter übernommen bzw. geleistet werden kann.								
Dezernat V	Amt Sozialamt										Produktgruppe 05 03
Gremium Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung			Beschreibung Beschreibung: Die Zuschüsse an die Wohlfahrtsverbände für die (vier) Beratungsdienste für arbeitssuchende Menschen mit Migrationsvorgeschichte werden um 25 % gekürzt. Die Beratungskapazitäten (60 Betreuungen pro Jahr und Beratungsstelle) kann das Jobcenter im Rahmen der Leistungen nach § 16a Nr. 3 SGB II in vollem Umfang nutzen; der Kapazitätenumfang entspricht zugleich den Zielvorgaben, die im Zeitraum Januar bis Juni 2012 teilweise deutlich unterschritten wurden. Außerhalb von, mittels Eingliederungsvereinbarungen mit dem Jobcenter, gesteuerter Inanspruchnahme werden die Dienste von Ratsuchenden auch direkt aufgesucht (vertragliche Bindung bis Ende 2014). Bürgerwirkung: Der Kürzungsumfang wird eine Einschränkung des Angebots bzw. zur Einstellung einer Beratungsstellen führen. Personalwirkung (Stellen): - Flächenwirkung: -								
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge	0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen	0	0	0	0	0						
Saldo	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt											
Sachstandsbericht Die Ergebnisse der Prüfung, ob und inwieweit das Angebot vom Jobcenter übernommen bzw. geleistet werden kann, wird die Verwaltung in einer Berichtsvorlage vorstellen, die den ASGA voraussichtlich zum 26.06.2013 erreichen wird.										Abschlussbericht? nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 221	Bezeichnung Aufgabe der Verlängerungsoption über 2013 hinaus für das Beratungsangebot der LAG Selbsthilfe NRW Prüfaufrag: Es soll geprüft werden, ob dieses Angebot von Dritten, z.B. dem LWL, übernommen bzw. geleistet werden kann.								
Dezernat V	Amt Sozialamt										Produktgruppe 05 03
Gremium Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung			Beschreibung Beschreibung: Die städtische Förderung des Beratungsangebots der LAG Selbsthilfe NRW ist bis Ende 2013 befristet (Beschluss des ASGAf vom 09.02.2010 zur Vorlage V/0921/2010). Bürgerwirkung: Für Menschen mit Behinderung entfällt ein Informations- und Beratungsangebot i. S. "Persönliches Budget" in freier Trägerschaft. Die Pflichten der öffentlichen Sozialleistungsträger gem. §§ 13 ff. SGB I bleiben unberührt. Personalwirkung (Stellen): - Flächenwirkung: -								
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge	0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen	0	0	0	0	0						
Saldo	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt											
Sachstandsbericht Der Träger wurde mit Schreiben vom 27.12.2012 über den Beschluss informiert. Die Ergebnisse der Prüfung, ob das Angebot von anderen Dritten, z. B. dem LWL, übernommen werden kann, wird die Verwaltung in einer Berichtsvorlage vorstellen, die den ASGAf voraussichtlich zum 26.06.2013 erreichen wird.										Abschlussbericht? nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 222	Bezeichnung Kürzung der Zuschüsse an die Cuba-Arbeitslosenberatung, Münster-Tafel, Arbeitslose brauchen Medien e. V.								
Dezernat V	Amt Sozialamt										Produktgruppe 05 03
Gremium Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung			Beschreibung Beschreibung: Als jährlicher Konsolidierungsbetrag ab 2013 ergibt sich 10.050,- von der MS-Tafel sowie 22.500,- vom CUBA. Personalwirkung (Stellen): - Flächenwirkung: -								
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge	0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen	-32.550	-32.550	-32.550	-32.550	-32.550						
Saldo	32.550	32.550	32.550	32.550	32.550	32.550	32.550	32.550	32.550	32.550	32.550
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß											
Sachstandsbericht Der Träger der Münster-Tafel wurde mit Schreiben vom 27.12.2012, das cuba mit Schreiben vom 09.01.2013 über die Ansatzkürzung informiert.										Abschlussbericht? ja	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 224	Bezeichnung Beendigung der Geschäftsführung für das Gesunde-Städte Netzwerk (GSN) zum 31.12.2015								
Dezernat V	Amt Amt für Gesundheit, Veterinär- und Lebensmittelangelegenheiten										Produktgruppe 07 01
Gremium Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung			Beschreibung Beschreibung: Das Gesundheitsamt führt gem. Ratsbeschluss Nr. 0037/2011 das Sekretariat für das GSN z.Zt. bis Ende 2015. Diese Aufgabe kann ab dem 01.01.2016 von einer anderen Mitgliedskommune des GSN wahrgenommen werden. Bürgerwirkung: Da es sich um eine bundesweite Geschäftsführung handelt, hat diese Maßnahme keine unmittelbare Bürgerwirkung in Münster. Personalwirkung (Stellen): Einsparung einer 0,5 Stelle A 14 Flächenwirkung: keine (Umwandlung Vollzeit- in Teilzeitstelle)								
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge	0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen	0	0	0	-43.260	-43.260						
Sachaufwendungen	0	0	0	0	0						
Saldo	0	0	0	43.260	43.260	43.260	0	0	0	43.260	43.260
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß											
Sachstandsbericht Gem. Beschluss des Hauptausschusses v. 16.02.11 (Vorlage V/0037/2011/1): Weiterführung der Geschäftsstelle des GSN bis zum Jahresende 2015; damit ist die Beendigung der Tätigkeit ab 2016 grds. ohne weiteren Beschluss möglich. Die Geschäftsstelle des GSN ist informiert. Die vorgesehene Stelleneinsparung (0,5 Stelle) wird zum Stellenplan 2016 vorgemerkt.										Abschlussbericht? ja	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 225	Bezeichnung Streichung des Stellenanteils und des Sachkostenzuschusses für das Gesundheitshaus im Etat des Gesundheitsamtes								
Dezernat V	Amt Amt für Gesundheit, Veterinär- und Lebensmittelanangelegenheiten										Produktgruppe 07 01
Gremium Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung			Beschreibung Beschreibung: Neben der Dauervermietung von Büroräumen finden im Gesundheitshaus zu den Themen Gesundheit, bürgerschaftliches Engagement und Selbsthilfe auch zahlreiche Einzelvermietungen von multifunktionalen Besprechungs- und Fachräumen an externe Nutzer/Nutzergruppen statt. Aus heutiger Sicht sollte das Thema Gesundheitsförderung aber nicht auf einen Standort beschränkt werden. Das Gesundheitsamt verfolgt inzwischen dezentrale bzw. quartiersbezogene Ansätze. Die für den Betrieb des Gesundheitshauses im Etat des Gesundheitsamtes vorgehaltenen Personal- und Sachmittel könnten angesichts dieser Strategieänderung eingespart werden. Da die Personalkosten aus Stiftungsmitteln refinanziert werden, ergibt sich im Haushalt des Gesundheitsamtes nur eine finanzielle Einsparung in Höhe der Sachaufwendungen. Bürgerwirkung: Das Gesundheitshaus bleibt für Dauermieter und Selbsthilfegruppen (in Eigenorganisation) erhalten. Die Anbieter von öffentlichen Einzelveranstaltungen (Kurse, Vorträge) müssen andere Räumlichkeiten für ihr jeweiliges Angebot suchen. Personalwirkung (Stellen): 0,6 Stelle x S 12 und 0,6 üpl. Stellenanteil x E 03 Flächenwirkung: 4 Büroräume im Gesundheitshaus können aufgegeben werden.								
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge	0	-53.200	-53.200	-53.200	-53.200						
Personalaufwendungen	0	-53.200	-53.200	-53.200	-53.200						
Sachaufwendungen	0	-35.340	-35.340	-35.340	-35.340						
Saldo	0	35.340	35.340	35.340	35.340	35.340	0	35.340	35.340	35.340	35.340
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß											
Sachstandsbericht Die Stiftungsverwaltung und die Mieter des Gesundheitshauses sind informiert; die Aufgabenverlagerung auf Dritte ist im erforderlichen Umfang realisiert. Die Stelleneinsparung ist zum Stellenplan 2014 vorgemerkt.										Abschlussbericht? ja	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 226	Bezeichnung Kürzung des Zuschusses an den Verein für Mototherapie und psychomotorische Entwicklungsförderung e.V. ab 2013								
Dezernat V	Amt Amt für Gesundheit, Veterinär- und Lebensmittelanangelegenheiten										Produktgruppe 07 01
Gremium Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung			Beschreibung Beschreibung: Seit 2006 wird in sechs Kindertageseinrichtungen, die einen konstant hohen Anteil von Kindern mit besonderem Unterstützungsbedarf in Bezug auf körperliche/geistige Auffälligkeiten haben, motopädische Förderung der Kinder sowie Elternberatung u. Schulung der Erzieherinnen durch den städtisch finanzierten Einsatz des Vereins durchgeführt. Grundlage dafür war eine Leistungsvereinbarung des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien. Das Ziel dieser Maßnahme war es u. a., den Anteil der Kinder mit schulärztlichen Einschränkungen bei der Einschulung zu verringern und die Eigenkompetenz der Erzieherinnen zu erhöhen, diesen Kindern pädagogisch gerecht zu werden. Die Erzieherinnen in den sechs bislang geförderten Kitas sind inzwischen so gut geschult, dass sie in Zukunft die Kinder in ihren Einrichtungen eigenständig fördern können. Eine Fortführung der Maßnahme ist daher aus fachlicher Sicht nicht unbedingt erforderlich und die Bezuschussung könnte ab dem Jahr 2013 eingestellt werden. Bürgerwirkung: Aufgrund des erreichten Maßnahmezieles bzgl. der Kompetenz des Erziehungspersonals wird keine größere Auswirkung erwartet. Personalwirkung (Stellen): - Flächenwirkung: -								
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge	0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen	-22.500	-22.500	-22.500	-22.500	-22.500						
Saldo	22.500	22.500	22.500	22.500	22.500	22.500	22.500	22.500	22.500	22.500	22.500
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß											
Sachstandsbericht Der Verein ist in Beantwortung seiner Anregung nach § 24 GO NW entsprechend informiert worden.										Abschlussbericht? ja	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 229	Bezeichnung Kürzung des Zuschusses an die Deutsche Multiple Sklerose Gesellschaft Ortsvereinigung für Münster und Umgebung e.V. in drei Stufen								
Dezernat V	Amt Amt für Gesundheit, Veterinär- und Lebensmittelangelegenheiten										Produktgruppe 07 01
Gremium Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung			Beschreibung Beschreibung: Die DMSG leistet Beratung, Betreuung u. längerfristige Begleitung für an MS erkrankte Menschen u. ihre Angehörigen. Die aktuelle Leistungsvereinbarung stammt aus 2010 und läuft 2012 aus. Der städtische Zuschuss (Pauschalfinanzierung) macht ca. 20% der Einnahmen des Vereins aus. Das Jahresergebnis wies in den letzten Jahren regelmäßig einen Überschuss von ca. 10.000 € aus. Bürgerwirkung: geringe Auswirkung, da zugleich allgemeine Leistung der Krankenversicherung und der Rehaträger Personalwirkung (Stellen): - Flächenwirkung: -								
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge	0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen	0	-9.820	-9.820	-9.820	-10.000						
Saldo	0	9.820	9.820	9.820	10.000	10.000	0	9.820	9.820	9.820	10.000
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß											
Sachstandsbericht Der Verein ist in Beantwortung seiner Anregung nach § 24 GO NW entsprechend informiert worden.										Abschlussbericht? ja	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 230	Bezeichnung Wegfall des Zuschusses an das Tumornetzwerk im Münsterland-TiM e.V. in drei Stufen Zusatz: Es soll geprüft werden, ob und inwieweit dieses Angebot von den Krankenkassen übernommen bzw. geleistet werden kann.									
Dezernat V	Amt Amt für Gesundheit, Veterinär- und Lebensmittelangelegenheiten										Produktgruppe 07 01	
Gremium Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung			Beschreibung Beschreibung: Das Tumornetzwerk leistet psychosoziale Beratung u. längerfristige Begleitung für an Krebs erkrankte Menschen und stellt allgemeine Information für die Bevölkerung zur Verfügung. Die Leistungsvereinbarung ist von 2012, die Kündigungsfrist beträgt 3 Monate. Der städtische Zuschuss (Pauschalfinanzierung) macht ca. 6% der Einnahmen des Vereins aus. Die vom Verein in den letzten Jahren eingereichten Jahresergebnisse wiesen regelmäßig (bis auf 2010) einen Überschuss auf, der über dem städtischen Zuschussbetrag lag, so dass eine Fortführung der Tätigkeit auch ohne finanzielle Unterstützung durch die Stadt möglich sein müsste. Bürgerwirkung: begrenzte Auswirkung; vermutlich tlw. Verlagerung zu den Leistungen der Krankenversicherung und der Rehaträger Personalwirkung (Stellen): - Flächenwirkung: -									
Ergebnis-verbesserung		Beschluss					Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand					
		2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
		€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge		0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen		0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen		0	0	0	0	0						
Saldo		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Umsetzungsstand Maßnahme teilweise umgesetzt												
Sachstandsbericht Die Verwaltung ist mit dem Tumornetzwerk hierzu im Gespräch. Ein endgültiges Ergebnis liegt noch nicht vor.											Abschlussbericht? nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 231	Bezeichnung Verein "Fachklinik Hornheide e.V." Zusatz: Es soll nur noch der Mindestbeitrag gezahlt werden.									
Dezernat V	Amt Amt für Gesundheit, Veterinär- und Lebensmittelangelegenheiten										Produktgruppe 07 01	
Gremium Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung			Beschreibung Beschreibung: Es handelt sich um einen freiwilligen Vereinsbeitrag, die Mitgliedschaft besteht seit den 1930iger Jahren; im Jahr 2001 erfolgte die freiwillige Erhöhung durch die Stadt Münster von 1.000 DM auf 10.000 DM. Bürgerwirkung: keine Personalwirkung (Stellen): - Flächenwirkung: -									
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand					
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017	
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	
	Erträge	0	0	0	0	0						
	Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen	- 610	- 610	- 610	- 610	- 610							
Saldo	610	610	610	610	610	610	610	610	610	610	610	
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß												
Sachstandsbericht Die Sachkosteneinsparung im Haushalt ist planmäßig erfolgt. Der Verein ist in Beantwortung seiner Anregung nach § 24 GO NW entsprechend informiert worden.										Abschlussbericht? ja		

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 232	Bezeichnung Wegfall der orthopädischen Sprechstunde an der Regenbogenschule									
Dezernat V	Amt Amt für Gesundheit, Veterinär- und Lebensmittelangelegenheiten										Produktgruppe 07 01	
Gremium Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung			Beschreibung Beschreibung: Die fachärztliche Sprechstunde einer Honorarkraft in der Förderschule entfällt. Bürgerwirkung: keine, da allgemeine Leistung der Krankenversicherung Personalwirkung (Stellen): - Flächenwirkung: -									
Ergebnis- verbesserung		Beschluss					Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand					
		2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
		€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge		0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen		0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen		0	-1.870	-1.870	-1.870	-1.870						
Saldo		0	1.870	1.870	1.870	1.870	1.870	0	1.870	1.870	1.870	1.870
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß												
Sachstandsbericht Die Schule und die Honorarkraft sind in Gesprächen entsprechend informiert worden. Für die Weiterführung der ärztlichen Sprechstunde ohne finanzielle Beteiligung der Stadt steht eine andere Lösung in Aussicht.											Abschlussbericht? ja	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 233	Bezeichnung Wegfall des Zuschusses an den Förderkreis für Sozialpsychiatrie e.V. Münster in drei Stufen									
Dezernat V	Amt Amt für Gesundheit, Veterinär- und Lebensmittelangelegenheiten										Produktgruppe 07 01	
Gremium Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung			Beschreibung Beschreibung: Es handelt sich hierbei um einen Zuschuss für die allgemeine Vereinsarbeit und für ein kleines Angebot. Aufgrund der engen Verknüpfung mit dem Psychosozialen Zentrum wird vorgeschlagen, die separate Finanzierung des Förderkreises einzustellen. Bürgerwirkung: geringfügig, differenzierte Angebotsstruktur in Münster vorhanden Personalwirkung (Stellen): - Flächenwirkung: -									
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand					
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017	
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	
	Erträge	0	0	0	0	0						
	Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen	0	-1.500	-1.760	-1.760	-3.520							
Saldo	0	1.500	1.760	1.760	3.520	3.520	0	1.500	1.760	1.760	3.520	
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß												
Sachstandsbericht Der Verein ist entsprechend informiert worden.										Abschlussbericht? ja		

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 238	Bezeichnung Das Förderprogramm „Altbausanierung und Qualitätssicherung beim Neubau“ wird reduziert. Die jährliche Konsolidierungssumme soll 100.000 € betragen.								
Dezernat V	Amt Amt für Wohnungswesen										Produktgruppe 10 03
Gremium Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung			Beschreibung Beschreibung: Das Förderprogramm, das eine wesentliche Maßnahme des vom Rat am 28.04.2010 beschlossenen Klimaschutzkonzeptes 2020 (Maßnahmenkatalog 'Stadt als Motor') darstellt, wird reduziert. Bürgerwirkung: Personalwirkung (Stellen): 0,3 Flächenwirkung: -								
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge	0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen	0	-16.170	-16.170	-16.170	-16.170						
Sachaufwendungen	-100.000	-100.000	-100.000	-100.000	-100.000						
Saldo	100.000	116.170	116.170	116.170	116.170	116.170	100.000	116.170	116.170	116.170	116.170
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß											
Sachstandsbericht Das Förderbudget für die Altbausanierung wurde für 2013, wie beschlossen, um 100.000 € reduziert. Einsparungen bei den Personalaufwendungen sind erst für 2014 beschlossen worden.										Abschlussbericht? nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 239	Bezeichnung Personaleinsparung bei der technischen Prüfung im Rahmen der Wohnraumförderung									
Dezernat V	Amt Amt für Wohnungswesen										Produktgruppe 10 03	
Gremium Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung			Beschreibung Beschreibung: Aufgrund der Verringerung der Antragszahlen bei der Eigenheimförderung wird auf die erneute Besetzung der Stelle, die zunächst mit einer Mitarbeiterin mit befristetem Beschäftigungsverhältnis besetzt war, verzichtet. Bürgerwirkung: - Personalwirkung (Stellen): 0,5 Flächenwirkung: 1 Büro									
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand					
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017	
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	
	Erträge	0	0	0	0	0						
	Personalaufwendungen	0	-31.230	-31.230	-31.230	-31.230		-31.230				
Sachaufwendungen	0	0	0	0	0							
Saldo	0	31.230	31.230	31.230	31.230	31.230	31.230	31.230	31.230	31.230	31.230	
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß												
Sachstandsbericht Die im Jahr 2012 freigewordene Stelle ist nicht neu besetzt worden, so dass die Maßnahme bereits für 2013 zu entsprechenden Einsparungen führt und damit bereits abgeschlossen ist.										Abschlussbericht? ja		

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 240	Bezeichnung Reduzierung des Pflegestandards in ausgewählten Grünflächen Zusatz: Die Verwaltung wird beauftragt, vor der Beschlussfassung über den Vorschlag dem AUB ausführliche Vorschläge über die genauen Möglichkeiten zur Umsetzung vorzulegen.									
Dezernat V	Amt Amt für Grünflächen und Umweltschutz										Produktgruppe 13 01	
Gremium Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen			Beschreibung Beschreibung: Der Pflegestandard in ausgewählten Grünflächen wird auf ein Mindestmaß (z.B. Mähfrequenz max. 1 x jährlich, Sicherstellen der Verkehrssicherheit) abgesenkt, die Ersparnis beträgt 0,48 € pro m². Das bedeutet, dass Wuchshöhen von Gras bzw. Wildkräutern auf bisherigen Rasenflächen bis zu 50 cm betragen können. Die Flächen werden nach stadtstrategischen Gesichtspunkten in Anlehnung an die stadtübergreifenden Ziele priorisiert. Es handelt sich hierbei um ca. 34 ha umzuwandelnde Flächen (Gesamtbestand 355 ha). Das Konzept hierzu wird im Jahr 2013 erstellt und die notwendigen Beschlüsse eingeholt. Die Umsetzung erfolgt schrittweise ab 2014. Bürgerwirkung: Die Anlagen verlieren an Substanz und erhalten ein völlig anderes Bild. Rasenflächen und Grünflächenausstattung können z.B. als Spiel- und Liegewiesen nicht mehr benutzt werden. Das Wegenetz wird erheblich verkleinert und Einrichtungen wie Bänke und Papierkörbe abgebaut. Flächen verbuschen und wirken teilweise verwahrlost. Die Aufenthaltsqualität verändert sich massiv. Personalwirkung (Stellen): - Flächenwirkung: -									
Ergebnis- verbesserung		Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
		2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
		€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge		0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen		0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen		0	-20.400	-40.800	-61.200	-81.600						
Saldo		0	20.400	40.800	61.200	81.600	81.600	0	0	0	0	0
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt												
Sachstandsbericht Das Konzept zur Umsetzung des Sparvorschlags ab 2014 wird zurzeit durch das Amt 67 erarbeitet und den politischen Gremien rechtzeitig zu den Haushaltsplanberatungen vorgelegt.											Abschlussbericht? nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 241	Bezeichnung Keine Ersatzpflanzungen, Rückbau von pflegeaufwendigem Grün in öffentlichen Grünanlagen Zusatz: Die Personalmittel sollen gestrichen werden. Die Aufgabe und die Sachmittel sollen erhalten werden.									
Dezernat V	Amt Amt für Grünflächen und Umweltschutz										Produktgruppe 13 01	
Gremium Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen			Beschreibung Beschreibung: Abgestorbene oder gefällte Bäume werden in den Grünanlagen (von Maßnahmen abgesehen) regelmäßig nicht ersetzt. Bei den wenigen noch existierenden Blumenpflanzungen wird auf einjährige Blumen verzichtet (z.B. Servatiplatz, Engelenschanze, Aegidiimulde). Nicht hiervon betroffen sind Flächen, deren Unterhaltung von Amt 67 bei Sponsoren eingeworben wird (z.B. Kreisverkehre). Weitere gehölzbestandene Flächen mit hohem Pflegeaufwand (z.B. Überhangschnitt) werden gerodet und in Grasflächen umgewandelt. Bürgerwirkung: Rodungen und nicht vorgenommene Ersatzpflanzungen werden das Erscheinungsbild der Grünflächen verändern, negative Reaktionen aus der Bürgerschaft nicht zu vermeiden sein. Damit würde der letzte öffentliche Blumenschmuck der Stadt Münster beseitigt, der u.a im Rahmen der Teilnahme an der "Entante Florale" entstanden ist. Im Rahmen von Bürgerumfragen wurde von den Bürger/Innen der Wunsch nach öffentlichem Blumenschmuck geäußert. Hier sind Eigenengagements durch Sponsoring oder Patenschaften eine Möglichkeit, die Folgewirkungen zumindestens zu lindern. Personalwirkung (Stellen): 1,0 Flächenwirkung: -									
Ergebnis- verbesserung		Beschluss					Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand					
		2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
		€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge		0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen		0	-47.780	-47.780	-47.780	-47.780						
Sachaufwendungen		0	0	0	0	0						
Saldo		0	47.780	47.780	47.780	47.780	47.780	0	0	0	0	0
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt												
Sachstandsbericht Das Konzept zur Umsetzung des Sparvorschlags ab 2014 wird zurzeit durch das Amt 67 erarbeitet und den politischen Gremien rechtzeitig zu den Haushaltsplanberatungen vorgelegt.											Abschlussbericht? nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 242	Bezeichnung Aufgabe und Rückbau weiterer Spiel- und Bolzplätze Zusatz: Die Personalmittel sollen gestrichen werden. Die Liste der Spielplätze soll noch einmal geprüft werden, wobei möglichst keine Spielplätze aufgegeben werden. Die Sparsumme wird ab 2015ff. auf 40.000 € reduziert.								
Dezernat V	Amt Amt für Grünflächen und Umweltschutz										Produktgruppe 13 01
Gremium Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen			Beschreibung Beschreibung: Die bisherige Gesamtanzahl an Kinderspiel- und Bolzplätzen kann nicht mehr so unterhalten werden, dass sie einen hohen Spiel- bzw. Nutzwert aufweisen. Deshalb soll die Gesamtanzahl an Spiel- und Bolzplätze (zurzeit 312) soweit reduziert werden, dass die restliche Anzahl in einem ordentlichen Zustand bleibt. Im Rahmen der Umsetzung des Konsolidierungskonzepts 2010 wurden insgesamt 24 Kinderspielplätze geschlossen. Um die neuen Einsparziele zu erreichen, müssen weitere etwa 10 Spielplätze und 5 Bolzplätze geschlossen und rückgebaut werden. In 2013 sollen die Vorschläge für die Aufgabe der weiteren Spiel- und Bolzplätze erarbeitet werden und die notwendigen Beschlüsse gefasst werden, 2014 soll mit der Umsetzung begonnen werden. Bürgerwirkung: Kinder und Eltern müssen auf gewohnte, wohnungsnahe Spielangebote und Treffs verzichten. Der Versorgungsgrad an Spielflächen sinkt. Personalwirkung (Stellen): 1,0 ab 2015 Flächenwirkung: -								
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge	0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen	0	0	-35.840	-40.000	-40.000						
Sachaufwendungen	0	0	0	0	0						
Saldo	0	0	35.840	40.000	40.000	40.000	0	0	0	0	0
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt											
Sachstandsbericht Der Bestand an Spiel- und Bolzplätzen wird zurzeit hinsichtlich des Einsparpotentials unter Berücksichtigung der politischen Vorgaben untersucht. Die Ergebnisse werden den politischen Gremien rechtzeitig vor dem Umsetzungszeitpunkt 2015 vorgelegt.										Abschlussbericht? nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 243	Bezeichnung Reduzierung des Pflegestandards im Straßenbegleitgrün Zusatz: Die Reduzierung soll auf 4 Schnitte pro Jahr reduziert werden.								
Dezernat V	Amt Amt für Grünflächen und Umweltschutz										Produktgruppe 13 01
Gremium Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen			Beschreibung Beschreibung: Der Hauptaufwand für die Pflege des Straßenbegleitgrün entsteht an den großen Ausfallstraßen. Deshalb können dort die höchsten Einsparungen erzielt werden. Folgende Maßnahmen sollen ergriffen werden: die Pflege der Straßenbäume wird reduziert, Rasenstreifen im Straßenbegleitgrün werden außer in Verkehrsübersichtsbereichen nur noch in geringer Frequenz gemulcht (Reduzierung von 12 auf 4 Schnitte bei Einfallstraßen wie z.B. Weseler Straße), Wildkraut in Pflanzungen wird nicht mehr bekämpft, nur noch in Randbereichen abgemäht, Gehölze werden nur noch seitlich geschnitten, Wildwuchs wird toleriert. Das Konzept hierzu wird im Jahr 2013 erstellt und die notwendigen Beschlüsse eingeholt. Die Umsetzung erfolgt schrittweise ab 2014. Bürgerwirkung: Das Straßenbild verändert sich erheblich. Personalwirkung (Stellen): - Flächenwirkung: -								
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge	0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen	0	-15.000	-30.000	-45.000	-60.000						
Saldo	0	15.000	30.000	45.000	60.000	60.000	0	15.000	30.000	45.000	60.000
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß											
Sachstandsbericht Die Maßnahme wird ab 2014 in geplanter Höhe umgesetzt.										Abschlussbericht? ja	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 245	Bezeichnung Pflege- und Ausstattungsstandard werden gesenkt									
Dezernat V	Amt Amt für Grünflächen und Umweltschutz										Produktgruppe 13 01	
Gremium Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen			Beschreibung Beschreibung: Der Pflegestandard an Außenanlagen der Verwaltungs- und Betriebsgebäuden wird erheblich reduziert. (z.B. Rasenmulchen statt mähen, in Gehölzflächen wird kein Wildkraut mehr beseitigt). Die Anzahl der Bänke und Abfallkörbe wird reduziert. Bürgerwirkung: Der äußere Eindruck von gering gepflegten Außenanlagen an diesen Gebäuden verändert deren Gesamteindruck. Personalwirkung (Stellen): keine Flächenwirkung: keine									
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand					
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017	
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	
	Erträge	0	0	0	0	0						
	Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen	0	-20.000	-20.000	-20.000	-20.000							
Saldo	0	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	0	20.000	20.000	20.000	20.000	
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß												
Sachstandsbericht Die Maßnahme wird ab 2014 in voller Höhe umgesetzt.										Abschlussbericht? ja		

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 247	Bezeichnung Überführung des Aufwands des Grünflächenanteils auf den Friedhöfen in die Grabnutzungsgebühren Zusatz: Die Einsparsumme soll zu jeweils 50 % durch Gebührenerhöhung und 50% durch Reduzierung der Pflege erfolgen.								
Dezernat V	Amt Amt für Grünflächen und Umweltschutz										Produktgruppe 13 01
Gremium Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen			Beschreibung Beschreibung: Der Aufwand für die Unterhaltung der öffentlich genutzten Flächen auf Friedhöfen wird zukünftig in die Friedhofgebühr eingerechnet. Bisher wurde dieser Aufwand durch den städtischen Haushalt getragen. Eine rechtliche Verpflichtung zur Ausweisung eines öffentlich genutzten Flächenanteils auf den Friedhöfen besteht nicht. Um das Vorgehen rechtssicher zu gestalten, soll im Jahr 2013 ein entsprechendes Konzept unter Zuhilfenahme eines Sachverständigen im Gebührenrecht erarbeitet und dem Rat zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Bürgerwirkung: Die Grabnutzungsgebühren auf den städtischen Friedhöfen steigen in zwei Stufen zunächst um mindestens 5,5%, dann um mindestens 11%. Personalwirkung (Stellen): - Flächenwirkung: -								
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge	126.420	126.420	252.840	252.840	252.840						
Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen	0	0	0	0	0						
Saldo	0	126.420	126.420	252.840	252.840	252.840	0	0	0	0	0
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt											
Sachstandsbericht Das Amt 67 prüft zurzeit unter Mitwirkung eines externen Beraters die rechtliche Umsetzbarkeit der Einsparvorschläge und deren Auswirkungen auf die Friedhofs- und -gebührensatzung. Anschließend werden die Vorschläge zur Änderung der Satzung in die politische Beratung eingebracht mit dem Ziel, die geänderte Satzung zum 01.01.2014 in Kraft treten zu lassen.										Abschlussbericht? nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 248	Bezeichnung Reduzierung der Projektförderung von Naturschutzmaßnahmen Zusatz: Die Projektförderung wird lediglich um 10 % gesenkt.									
Dezernat V	Amt Amt für Grünflächen und Umweltschutz										Produktgruppe 13 03	
Gremium Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen			Beschreibung Die Förderung von Naturschutzprojekten soll um 10.000 €/Jahr gekürzt werden (bisher ca. 23.000 €/Jahr). Seit 1996 fördert die Stadt Münster Projekte der Naturschutzverbände zur Entwicklung und zum Erhalt gefährdeter Arten (Obstwiesenschutz, Laubfroschprojekt, Sandtrockenrasen, Ringelnatter, Eisvogel, artenreiche Feldflur). Die Entscheidung über die Projektförderung erfolgt jährlich projektbezogen im Rahmen der Haushaltsberatungen durch den AUB. Einsparungsanforderungen sind auch in Teilbeträgen des HH- Ansatzes umsetzbar, da pro Jahr mehrere Projekte gefördert wurden. Bürgerwirkung: Mit der Projektförderung wird das ehrenamtliche Engagement der Naturschutzverbände unterstützt. Die Projekte sind z.T. öffentlichkeitsrelevant und erbringen Grundlagen und Handlungsbedingungen zum Biotop und Artenschutz. Personalwirkung (Stellen): - Flächenwirkung: -									
Ergebnis- verbesserung		Beschluss					Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand					
		2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
		€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge		0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen		0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen		-2.300	-2.300	-2.300	-2.300	-2.300						
Saldo		2.300	2.300	2.300	2.300	2.300	2.300	2.300	2.300	2.300	2.300	2.300
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß												
Sachstandsbericht Die Fördermittel wurden gemäß politischem Beschluss ab dem Jahr 2013 gekürzt.											Abschlussbericht? ja	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 249	Bezeichnung Reduzierung der Förderung von Naturschutzprojekten Zusatz: Die Projektförderung wird lediglich um 10 % gesenkt.								
Dezernat V	Amt Amt für Grünflächen und Umweltschutz										Produktgruppe 13 03
Gremium Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen			Beschreibung Die Förderung von Naturschutzmaßnahmen soll schrittweise reduziert werden (bisher ca. 93.000 €/Jahr). Diese erfolgt bereits seit ca. 30 Jahren und ist ein etabliertes Instrument zur Umsetzung von Arten- und Naturschutzaktivitäten, wie Kopfbauumschnitt, Wallhecken und Heckenpflege, Amphibienschutzaktivitäten usw.. Empfänger sind Naturschutzvereine und -verbände, Landwirte und sonstige Personen. Insbesondere der Amphibienschutz wird regelmäßig von langjährig Aktiven wahrgenommen. Ebenso wird die Unterstützung der Heckenpflege bei der Landwirtschaft regelmäßig wahrgenommen. Bürgerwirkung:s.o Die Förderung geht sehr weit in die Breite und unterstützt Verbände, Vereine, Landwirte und andere Personen bei der Durchführung von Maßnahmen. Personalwirkung (Stellen): - Flächenwirkung: -								
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge	0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen	-8.340	-8.340	-8.340	-8.340	-8.340						
Saldo	8.340	8.340	8.340	8.340	8.340	8.340	8.340	8.340	8.340	8.340	8.340
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß											
Sachstandsbericht Die Fördermittel wurden gemäß politischem Beschluss ab dem Jahr 2013 gekürzt.										Abschlussbericht? ja	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 250	Bezeichnung Aufgabe des Monitorings des Gewässerzustands Zusatz: Die Einsparsumme soll auf 7.365 € reduziert werden.								
Dezernat V	Amt Amt für Grünflächen und Umweltschutz										Produktgruppe 13 03
Gremium Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen			Beschreibung Das Monitoring der Wasserqualität am Aasee und am Hiltruper See soll nicht mehr durchgeführt werden. Stattdessen erfolgt nur noch Durchführung von stichprobenartigen Überwachungsmaßnahmen im Rahmen der ordnungsbehördlichen Tätigkeit mit Einbindung des Grundstückseigentümers (Hiltruper See) bzw. des Unterhaltungspflichtigen (Aasee) bei Bedarf. Bürgerwirkung: keine direkte Personalwirkung (Stellen): keine wesentlichen, da lediglich Verzicht auf Fremdvergaben Flächenwirkung: keine								
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge	0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen	-7.370	-7.370	-7.370	-7.370	-7.370						
Saldo	7.370	7.370	7.370	7.370	7.370	7.370	7.370	7.370	7.370	7.370	7.370
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß											
Sachstandsbericht Die Maßnahme wird ab 2013 in voller Höhe umgesetzt, die Aufträge für das Gewässermonitoring wurden entsprechend reduziert.										Abschlussbericht? ja	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 251	Bezeichnung Reduzieren der Waldbewirtschaftung									
Dezernat V	Amt Amt für Grünflächen und Umweltschutz										Produktgruppe 13 05	
Gremium Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen			Beschreibung Beschreibung: Der Aufwand für Durchforstungen und Wiederaufforstungen im Sinne eines ökologischen Umbaus von Monokulturen zu naturnahen Mischwäldern wird reduziert, ebenso der Aufwand für das Unterhalten und Instandsetzen von Waldwegen. Bürgerwirkungen: weniger Biodiversität und nachhaltige Bewirtschaftung der städtischen Forsten. Die Freizeit- und Erholungsfunktionen in den Wäldern (z. B. Dyckburg, Kieseckampsbusch, Coerder Wald und Rohrbusch) werden durch eingeschränkte Nutzbarkeit verringert. Personalwirkung (Stellen): - Flächenwirkung: -									
Ergebnis- verbesserung		Beschluss					Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand					
		2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
		€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge		0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen		0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen		-17.000	-17.000	-17.000	-17.000	-17.000						
Saldo		17.000	17.000	17.000	17.000	17.000	17.000	17.000	17.000	17.000	17.000	17.000
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß												
Sachstandsbericht Die Maßnahme wird ab 2013 in voller Höhe umgesetzt, die Bewirtschaftung der Forsten wird entsprechend reduziert.											Abschlussbericht? ja	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 252	Bezeichnung Klimaschutzpartnerschaften aufgeben									
Dezernat V	Amt Amt für Grünflächen und Umweltschutz										Produktgruppe 14 01	
Gremium Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen			Beschreibung Beschreibung: Klimaschutzpartnerschaften sollen nicht mehr unterstützt werden (Unterstützung an münstersche Organisationen, Vereine, etc. für Projekte zum Einsatz Erneuerbarer Energien in Entwicklungsländern [Namibia, Ghana, Malawi, etc.], Zuschuss an Dritte (lokale Organisationen). Bürgerwirkung: Gering, da die Mittel in die Entwicklungsländer gehen Personalwirkung (Stellen): nein Flächenwirkung: keine									
Ergebnis- verbesserung		Beschluss					Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand					
		2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
		€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge		0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen		0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen		-5.890	-5.890	-5.890	-5.890	-5.890						
Saldo		5.890	5.890	5.890	5.890	5.890	5.890	5.890	5.890	5.890	5.890	5.890
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß												
Sachstandsbericht Die Fördermittel wurden gemäß politischem Beschluss ab dem Jahr 2013 gekürzt.											Abschlussbericht? ja	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 253	Bezeichnung Unterstützung der Energieberatung der Verbraucherzentrale Zusatz: Die Kürzung soll auf 5.750 € für die Jahre 2015 ff. reduziert werden.								
Dezernat V	Amt Amt für Grünflächen und Umweltschutz										Produktgruppe 14 01
Gremium Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen			Beschreibung Beschreibung: Diese Maßnahme ist wie auch die Maßnahme Nr. 238 und die Maßnahmen 254 bis 261 Teil des vom Rat beschlossenen Klimaschutzkonzepts 2020. Bei Nichtumsetzung der Maßnahmen können die beschlossenen CO ² Ziele voraussichtlich nicht mehr erreicht werden. Eine Anpassung des entsprechenden Ratsbeschlusses wird notwendig. Bürgerwirkung: ja, da weniger Beratung angeboten würde Personalwirkung (Stellen): nein Flächenwirkung: keine								
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge	0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen	-5.750	-5.750	-5.750	-5.750	-5.750						
Saldo	0	0	5.750	5.750	5.750	5.750	0	0	0	0	0
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt											
Sachstandsbericht Der bestehende Vertrag mit der Verbraucherzentrale NRW läuft zum 31.12.2014 aus. Bei den Verhandlungen über die Fortführung des Vertrags werden die Einsparvorgaben berücksichtigt.										Abschlussbericht? nein	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 254	Bezeichnung Förderung von Energieeffizienzmaßnahmen im Sektor GHD Zusatz: Die Einsparsumme soll um 50 % auf 25.000 € gesenkt werden.								
Dezernat V	Amt Amt für Grünflächen und Umweltschutz										Produktgruppe 14 01
Gremium Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen			Beschreibung Beschreibung: Die Entwicklung eines Förderprogramms mit kleinen finanziellen Zuschüssen für Unternehmen wird aufgegeben. Das Programm soll dabei als Anreizsystem funktionieren und der Breitenförderung kleinerer Maßnahmen dienen. Diese Maßnahme ist, wie auch die Maßnahme Nr. 238 und die Maßnahmen 253 und 255 bis 261, Teil des vom Rat beschlossenen Klimaschutzkonzepts 2020. Bei Nichtumsetzung der Maßnahmen können die beschlossenen CO ² Ziele voraussichtlich nicht mehr erreicht werden. Eine Anpassung des entsprechenden Ratsbeschlusses wird notwendig (Klimaschutzkonzept 2020 gemäß V/0592/2010 + E1 vom 08.12.2010 = Maßnahme G7: Förderung - Energieeffizienzmaßnahmen im Sektor GHD). Bürgerwirkung: gering, da Unternehmen betroffen sind. Personalwirkung (Stellen): nein Flächenwirkung: keine								
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge	0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen	-25.000	-25.000	-25.000	-25.000	-25.000						
Saldo	25.000	25.000	25.000	25.000	25.000	25.000	25.000	25.000	25.000	25.000	25.000
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß											
Sachstandsbericht Die Fördermittel wurden gemäß politischem Beschluss ab dem Jahr 2013 gekürzt.										Abschlussbericht? ja	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 255	Bezeichnung Gestaltungs- und Integrationsförderung für Solarthermie und Fotovoltaik Zusatz: Die Projektförderung wird um 10% (3.000 € ab 2016) gesenkt.								
Dezernat V	Amt Amt für Grünflächen und Umweltschutz										Produktgruppe 14 01
Gremium Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen			Beschreibung Beschreibung: Diese Maßnahme ist Teil des vom Rat beschlossenen Klimaschutzkonzepts 2020. Bei Nichtumsetzung der Maßnahme können die beschlossenen CO ² Ziele voraussichtlich nicht mehr erreicht werden (siehe auch weitere Maßnahmen). Eine Anpassung des entsprechenden Ratsbeschlusses wird notwendig. Klimaschutzkonzept 2020 gemäß V/0592/2010 + E1 vom 08.12.2010 = Maßnahme E6 ab 2016: Gestaltungs- und Integrationsförderung für Solarthermie und Fotovoltaik. Gute gestaltete Solaranlagen sollten über ein Förderprogramm mit einem Investitionszuschuss unterstützt werden, um technische Lösungen für architektonisch gut integrierte Anlagen voranzubringen - es handelt sich um einen Zuschuss an Dritte (Bürger) Bürgerwirkung: gering, auf Grund der Höhe der verfügbaren Fördermittel könnten voraussichtlich nur wenige Modellprojekte gefördert werden Personalwirkung (Stellen): nein Flächenwirkung: keine								
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge	0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen	0	0	0	-3.000	-3.000						
Saldo	0	0	0	3.000	3.000	3.000	0	0	0	3.000	3.000
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß											
Sachstandsbericht Die Fördermittel werden gemäß politischem Beschluss ab dem Jahr 2016 gekürzt.										Abschlussbericht? ja	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 256	Bezeichnung Unterstützung des Ausbaus der Fernwärme in der Fläche nicht durchführen Zusatz: Die Stadtwerke Münster werden beauftragt, diese Aufgabe zu übernehmen.									
Dezernat V	Amt Amt für Grünflächen und Umweltschutz										Produktgruppe 14 01	
Gremium Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen			Beschreibung Beschreibung: Diese Maßnahme ist wie auch die Maßnahme Nr. 238 und die Maßnahmen 253 bis 255 und 257 bis 261 Teil des vom Rat beschlossenen Klimaschutzkonzepts 2020. Bei Nichtumsetzung der Maßnahmen können die beschlossenen CO ² Ziele voraussichtlich nicht mehr erreicht werden. Eine Anpassung des entsprechenden Ratsbeschlusses wird notwendig. Klimaschutzkonzept 2020 gemäß V/0592/2010 + E1 vom 08.12.2010 = Maßnahme E1: Ausbau der Fernwärme in der Fläche Bürgerwirkung: gering, da die Hauptaktivitäten von den Stadtwerken Münster ausgehen Personalwirkung (Stellen): nein Flächenwirkung: keine									
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand					
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017	
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	
	Erträge	0	0	0	0	0						
	Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen	-10.000	-10.000	-10.000	-10.000	-10.000							
Saldo	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß												
Sachstandsbericht Die Projektmittel wurden gemäß politischem Beschluss ab dem Jahr 2013 gekürzt.										Abschlussbericht? ja		

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 257	Bezeichnung Gebäudesanierungsprogramme nicht durchführen								
Dezernat V	Amt Amt für Grünflächen und Umweltschutz										Produktgruppe 14 01
Gremium Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen			Beschreibung Beschreibung: Das öffentlichkeitswirksame Aufzeigen von Sanierungen sowohl in klimaschutzrelevanter als auch in wirtschaftlicher Hinsicht könnte ein wichtiger Impuls für die Initiierung weiterer Maßnahmen in der Stadt sein. Diese Maßnahme soll gestrichen werden. Sie ist wie auch die Maßnahme Nr. 238 und die Maßnahmen 253 bis 256 und 258 bis 261 Teil des vom Rat beschlossenen Klimaschutzkonzepts 2020. Bei Nichtumsetzung der Maßnahmen können die beschlossenen CO ² Ziele voraussichtlich nicht mehr erreicht werden. Eine Anpassung des entsprechenden Ratsbeschlusses wird notwendig. Klimaschutzkonzept 2020 gemäß V/0592/2010 + E1 vom 08.12.2010 = Maßnahme B3 bis 2014: Konjunkturprogramm Klimaschutz – Gebäude-Sanierungsprogramm Bürgerwirkung: ja Personalwirkung (Stellen): nein Flächenwirkung: keine								
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand				
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge	0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen	-30.000	-30.000	0	0	0						
Saldo	30.000	30.000	0	0	0	0	30.000	30.000	0	0	0
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß											
Sachstandsbericht Die Projektmittel wurden gemäß politischem Beschluss ab dem Jahr 2013 gekürzt.										Abschlussbericht? ja	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 258	Bezeichnung Die Unterstützung des Veggietags einstellen Zusatz: 2013 erfolgt keine Kürzung. Es soll im Verlauf des Jahres 2013 ein Bericht über die Wirkung vorgelegt werden, anschließend läuft die weitere Finanzierung aus.										
Dezernat V	Amt Amt für Grünflächen und Umweltschutz										Produktgruppe 14 01		
Gremium Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen			Beschreibung Beschreibung: Diese Maßnahme ist Teil des vom Rat beschlossenen Klimaschutzkonzepts 2020. Die Stadt unterstützt die Aktivitäten der Verbände finanziell mit 5.000 € zur Erstellung von z.B. Werbematerialien. Diese Unterstützung soll eingestellt werden. Bürgerwirkung: gering Personalwirkung (Stellen): - Flächenwirkung: -										
Ergebnis- verbesserung		Beschluss					Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand						
		2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017	
		€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	
		Erträge	0	0	0	0	0						
		Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen	0	-5.000	-5.000	-5.000	-5.000								
Saldo		0	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	0	0	0	0	0	
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt													
Sachstandsbericht Das Amt 67 wird im Jahr 2013 über die bisherigen Maßnahmen und Folgen der Kürzung ab 2014 berichten und einen Vorschlag für das weitere Vorgehen unterbreiten.											Abschlussbericht? nein		

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 259	Bezeichnung Beirat für Klimaschutz aufgeben Zusatz: 2013 erfolgt keine Kürzung. Ab 2014 erfolgt ein Sperrvermerk. Auf Grundlage eines Berichtes soll über eine weitere Finanzierung entschieden werden.										
Dezernat V	Amt Amt für Grünflächen und Umweltschutz										Produktgruppe 14 01		
Gremium Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen			Beschreibung Beschreibung: Der Rat der Stadt Münster hat am 28.04.2010 die Einrichtung eines unabhängigen Klimabeirates beschlossen (V/0791/2009/1.Erg), der aus Persönlichkeiten des Umwelt- und Klimaschutzes zusammengesetzt sein sollte und die Stadt ehrenamtlich bei der Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes beraten soll. Da der Beirat unabhängig sein soll, ist eine externe Betreuung und Unterstützung des Beirates für Klimaschutz eingerichtet worden. Der Einsparungsvorschlag wird letztendlich die Aufgabe des Beirates für Klimaschutz bedeuten. Diese Maßnahme ist wie auch die Maßnahme Nr. 238 und die Maßnahmen 253 bis 258 und 260 und 261 Teil des vom Rat beschlossenen Klimaschutzkonzepts 2020. Bei Nichtumsetzung der Maßnahmen können die beschlossenen CO ² Ziele voraussichtlich nicht mehr erreicht werden. Eine Anpassung des entsprechenden Ratsbeschlusses wird notwendig. Klimaschutzkonzept 2020 gemäß V/0592/2010 + E1 vom 08.12.2010 = Beirat für Klimaschutz (Zusatzmaßnahme) sowie V/0519/2010 +V/0358/2011 Bürgerwirkung: keine Personalwirkung (Stellen): nein Flächenwirkung: keine										
Ergebnis- verbesserung		Beschluss					Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand						
		2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017	
		€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	
		Erträge	0	0	0	0	0						
		Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
		Sachaufwendungen	0	0	0	0	0						
Saldo		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt													
Sachstandsbericht Das Amt 67 wird im Jahr 2013 über die bisherigen Aktivitäten im Rahmen einer Vorlage berichten. Danach wird über eine weitere Finanzierung politisch entschieden.										Abschlussbericht? nein			

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 260	Bezeichnung Erarbeitung eines Konzepts -Stromverbrauchsminderung in städtischen Gebäuden nicht durchführen									
Dezernat V	Amt Amt für Grünflächen und Umweltschutz										Produktgruppe 14 01	
Gremium Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen			Beschreibung Beschreibung: Erarbeitung von Stromsparkonzepten in städtischen Gebäuden zu unterschiedlichen Anwendungen. Diese Maßnahme ist wie auch die Maßnahme Nr. 238 und die Maßnahmen 253 bis 259 und 261 Teil des vom Rat beschlossenen Klimaschutzkonzepts 2020. Bei Nichtumsetzung der Maßnahmen können die beschlossenen CO ² Ziele voraussichtlich nicht mehr erreicht werden. Eine Anpassung des entsprechenden Ratsbeschlusses wird notwendig. Klimaschutzkonzept 2020 gemäß V/0592/2010 + E1 vom 08.12.2010 = Maßnahme B13: Bürgerwirkung: keine Personalwirkung (Stellen): keine Flächenwirkung: keine									
Ergebnis- verbesserung		Beschluss					Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand					
		2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
		€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge		0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen		0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen		-15.000	-15.000	-15.000	-15.000	-15.000						
Saldo		15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß												
Sachstandsbericht Die Maßnahme wird ab 2013 in voller Höhe umgesetzt.											Abschlussbericht? ja	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 261	Bezeichnung Keine Wieder-Einführung des Energiespar-Intracings (Kürzung in 2013 - 2015)									
Dezernat V	Amt Amt für Grünflächen und Umweltschutz										Produktgruppe 14 01	
Gremium Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen			Beschreibung Beschreibung: Die Wieder-Einführung des Energiespar-Intracings (Ansatz 155.000 € in den Jahren 2013 bis 2015) wird nicht umgesetzt. Intracting ist ein Finanzierungsmodell, das es erlaubt, Energiesparinvestitionen stadintern durch das Energiemanagement vorzufinanzieren und damit flexibel agieren zu können. Diese Maßnahme ist wie auch die Maßnahme Nr. 238 und die Maßnahmen 253 bis 261 Teil des vom Rat beschlossenen Klimaschutzkonzepts 2020. Bei Nichtumsetzung der Maßnahmen können die beschlossenen CO ² Ziele voraussichtlich nicht mehr erreicht werden. Eine Anpassung des entsprechenden Ratsbeschlusses wird notwendig. Klimaschutzkonzept 2020 gemäß V/0592/2010 + E1 vom 08.12.2010 = Maßnahme B11: Bürgerwirkung: keine Personalwirkung (Stellen): keine Flächenwirkung: keine									
Ergebnis- verbesserung		Beschluss					Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand					
		2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017
		€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Erträge		0	0	0	0	0						
Personalaufwendungen		0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen		-60.000	-60.000	-35.000	0	0						
Saldo		60.000	60.000	35.000	0	0	0	60.000	60.000	35.000	0	0
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß												
Sachstandsbericht Die Projektmittel werden in den Jahren 2013 - 2015 entsprechend gekürzt.											Abschlussbericht? ja	

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 262	Bezeichnung Reduzierung des Betriebskostenzuschusses an den Trägerverein Emshof Zusatz: Der Betriebskostenzuschuss wird lediglich um 10% (4.920 €) gesenkt.									
Dezernat V	Amt Amt für Grünflächen und Umweltschutz										Produktgruppe 14 01	
Gremium Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen			Beschreibung Beschreibung: Reduzierung des Betriebskostenzuschusses an den Trägerverein Emshof auf den Stand 2009. Der Rat hatte nach einer Anregung gemäß § 24 GO NRW Nr. 10/2010 den Zuschuss von 2010 bis 2013 erhöht. Bürgerwirkung: Pädagogische Leistungsfähigkeit des Vereins wird beeinträchtigt. Ob eine Bestandsgefährdung mittelfristig zu besorgen ist, muss mit dem Träger abgestimmt werden. Personalwirkung (Stellen): keine Flächenwirkung: keine									
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand					
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017	
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	
	Erträge	0	0	0	0	0						
	Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen	0	-4.920	-4.920	-4.920	-4.920							
Saldo	0	4.920	4.920	4.920	4.920	4.920	0	4.920	4.920	4.920	4.920	
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß												
Sachstandsbericht Die Fördermittel werden gemäß politischem Beschluss ab dem Jahr 2014 gekürzt.										Abschlussbericht? ja		

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 263	Bezeichnung Reduzierung der Zuschüsse für Umweltprojekte Zusatz: Die Projektförderung wird lediglich um 10 % gesenkt.									
Dezernat V	Amt Amt für Grünflächen und Umweltschutz										Produktgruppe 14 01	
Gremium Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen			Beschreibung Beschreibung: Reduzierung der Zuschüsse für verschiedene Antragsteller/Innen für Umweltprojekte. Es bestehen keine vertraglichen Verpflichtungen. Bürgerwirkung: Reduzierung von Umweltaktionen durch Private, Vereine und Verbände Personalwirkung (Stellen): keine Flächenwirkung: keine									
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand					
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017	
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	
	Erträge	0	0	0	0	0						
	Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen	0	-1.130	-1.130	-1.130	-1.130							
Saldo	0	1.130	1.130	1.130	1.130	1.130	0	1.130	1.130	1.130	1.130	
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß												
Sachstandsbericht Die Fördermittel werden gemäß politischem Beschluss ab dem Jahr 2014 gekürzt.										Abschlussbericht? ja		

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 264	Bezeichnung Aufgabe des Zuschusses für den landwirtschaftlichen Verein Münster e.V.									
Dezernat V	Amt Amt für Grünflächen und Umweltschutz										Produktgruppe 14 01	
Gremium Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen			Beschreibung Beschreibung: Die Zuschüsse für das Projekt "Landwirtschaft macht Schule" des landwirtschaftlichen Vereins Münster e.V. sollen ab 2014 aufgegeben werden, weil die gesamtstädtische Wirkung als relativ gering eingeschätzt wird und Teilprojekte auch aus den Maßnahmen zum bürgerschaftlichen Engagement auf Antrag finanziert werden können. Bürgerwirkung: gering Personalwirkung (Stellen): keine Flächenwirkung: keine									
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand					
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017	
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	
	Erträge	0	0	0	0	0						
	Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen	0	-7.250	-7.250	-7.250	-7.250							
Saldo	0	7.250	7.250	7.250	7.250	7.250	0	7.250	7.250	7.250	7.250	
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß												
Sachstandsbericht Die Förderung wird gemäß politischem Beschluss ab 2014 eingestellt.										Abschlussbericht? ja		

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 265	Bezeichnung Reduzierung des Zuschusses an das Umweltforum Münster Zusatz: Die Projektförderung wird lediglich um 10 % gesenkt.									
Dezernat V	Amt Amt für Grünflächen und Umweltschutz										Produktgruppe 14 01	
Gremium Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen			Beschreibung Beschreibung: Reduzierung der Zuschüsse für Betriebs- und Personalkosten sowie Umweltaktionen. Bürgerwirkung: Das Angebot des Umweltforums für die Bürger der Stadt Münster muss eingeschränkt werden und der Umfang der Koordinierungstätigkeiten für die Mitgliedsvereine im Umweltforum muss reduziert werden. Personalwirkung (Stellen): keine Flächenwirkung: keine									
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand					
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017	
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	
	Erträge	0	0	0	0	0						
	Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen	0	-6.880	-6.880	-6.880	-6.880							
Saldo	0	6.880	6.880	6.880	6.880	6.880	0	6.880	6.880	6.880	6.880	
Umsetzungsstand Maßnahme umgesetzt, finanzielle Wirkung wie politischer Beschluß												
Sachstandsbericht Die Fördermittel werden gemäß politischem Beschluss ab dem Jahr 2014 gekürzt.										Abschlussbericht? ja		

Rubrik Einzelmaßnahmen		Nr. 266	Bezeichnung Prüfauftrag: Der Umweltpreis soll nur noch alle 2 Jahre verliehen werden, und es soll eine weitere Kooperation mit der Bürgerstiftung geprüft werden.									
Dezernat V	Amt Amt für Grünflächen und Umweltschutz										Produktgruppe 14 01	
Gremium Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen			Beschreibung Beschreibung: Die Verleihung des Umweltpreises findet nur noch alle zwei Jahre statt. Bürgerwirkung: Honorierung von Umweltaktivitäten durch die Stadt Münster gegebenenfalls in größeren zeitlichen Abständen, alternative Angebote sind überregional vorhanden, Bewerbungsinteresse allerdings stark rückläufig Personalwirkung (Stellen): keine Flächenwirkung: keine									
Ergebnis- verbesserung	Beschluss						Umsetzung: Abweichungen und Saldo nach Umsetzungsstand					
	2013	2014	2015	2016	2017	2018 ff.	2013	2014	2015	2016	2017	
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	
	Erträge	0	0	0	0	0						
	Personalaufwendungen	0	0	0	0	0						
Sachaufwendungen	0	0	0	0	0							
Saldo	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt												
Sachstandsbericht Hinweis: In der Haushaltssitzung des AUB am 20.11.2012 wurde darauf hingewiesen, dass der Umweltpreis zurzeit schon nur alle drei Jahre verliehen wird. Aus haushalterischen Gründen wird der Ansatz hierfür jedoch auf drei Jahre verteilt. Das Amt 67 wird die Kooperation mit der Bürgerstiftung prüfen und hierzu eine Vorlage erstellen.										Abschlussbericht? nein		

Rubrik Prüfaufträge		Nr. 1	Bezeichnung Prüfauftrag: Einführung eines Belegungsmanagements für städtische Immobilien	
Dezernat II	Amt Amt für Immobilienmanagement			Produktgruppe
Gremium Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften		Beschreibung Beschreibung: Mit Hilfe eines Belegungsmanagements soll zukünftig für sämtliche städtischen (Veranstaltungs-)Räumlichkeiten (Verwaltungsgebäude, Schulen, Sportimmobilien etc.) eine einfache und reibungslose Raumvergabe verwaltungsintern und an Dritte möglich werden. Gleichzeitig kann die tatsächliche Belegung der Gebäude / Räume ausgewertet werden. Dies ist beispielsweise für kurzfristige Unterbringungsnotwendigkeiten bzw. für langfristige Planungen von neuen Gebäuden oder Räumlichkeiten sinnvoll und erforderlich. Bürgerwirkung: Vereine / Organisationen, die kurzfristig Veranstaltungsräume benötigen, kann mit Hilfe des Belegungsmanagements ggf. schneller geholfen werden. Personalwirkung (Stellen): - Flächenwirkung: Kurzfristig keine. Gegebenenfalls kann zukünftiger Mehrbedarf in vorhandenen Räumlichkeiten gedeckt werden.		
Umsetzungsstand Prüfauftrag noch nicht umgesetzt				
Sachstandsbericht Ziele: Transparenz über den vorhandenen Raumbestand, bessere Ausnutzung der vorhandenen Räumlichkeiten und Bestimmung der Auslastung. Voraussetzungen: einheitliche DV-Lösung, vollständige Aufnahme und Erfassung der verschiedenen Raumressourcen (z.B. Besprechungsräume, Vortragsräume, Bühnen, Sportflächen, Räume für Bildung und Weiterbildung). Der hierfür erforderliche ämterübergreifende Prozess ist anzustoßen, vorab erfolgt noch ein Erfahrungsaustausch mit der WWU über die dort eingesetzte zentrale Datenbank zur Belegungssteuerung.				Abschlussbericht? nein

Rubrik Prüfaufträge		Nr. 2	Bezeichnung Prüfauftrag: Prüfung der städtischen Mitgliedschaften	
Dezernat II	Amt Amt für Finanzen und Beteiligungen			Produktgruppe
Gremium Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften		Beschreibung Beschreibung: Alle Mitgliedschaften, die jährlich 5.000 Euro oder mehr an Belastungen für den städtischen Haushalt verursachen, sollen intensiv auf ihre weitere Notwendigkeit hin überprüft werden. Die Stadt Münster ist Mitglied in zahlreichen Gremien, Vereinen, Vereinigungen und Organisationen. Die Mitgliedschaften werden im jährlichen Beteiligungsbericht vollständig aufgeführt. Zuletzt hat die Verwaltung mit der Vorlage Nr. V/0182/2011 über den Stand der Mitgliedschaften die politischen Gremien informiert. Bürgerwirkung: keine Personalwirkung: (Stellen): keine Flächenwirkung: keine		
Umsetzungsstand Prüfauftrag teilweise umgesetzt				
Sachstandsbericht Es wurden 17 städtische Mitgliedschaften ermittelt, bei denen der jährliche Beitrag über 5.000 Euro liegt. Mit den verantwortlichen Ämtern/Einrichtungen wird zurzeit geklärt, inwieweit eine Kündigung möglich und sinnvoll ist bzw. ob eine Reduzierung der Mitgliedsbeiträge erreicht werden kann.				Abschlussbericht? nein

Rubrik Prüfaufträge		Nr. 3	Bezeichnung Prüfauftrag: Anpassung der Standards bei der Straßenbeleuchtung	
Dezernat III	Amt Tiefbauamt			Produktgruppe
Gremium Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen		Beschreibung Beschreibung: Die Stadtverwaltung wird mit den Stadtwerken Münster GmbH als Betreiber der Straßenbeleuchtung nach Lösungen suchen, wie die bisherigen Standards bei der Straßenbeleuchtung verändert werden können. Zielrichtung soll es sein, 10 % der bisherigen städtischen Aufwendungen für die Straßenbeleuchtung einzusparen. Dabei handelt es sich um eine finanzielle Größenordnung von rund 500.000 Euro. Bürgerwirkung: Es ist sicher unvermeidlich, dass Einsparungen in dieser Höhe auch Komforteinbußen für die Bürger zur Folge haben (z.B. nächtliche Abschaltung der Beleuchtung in Wohngebieten). Personalwirkung (Stellen): keine Flächenwirkung: keine		
Umsetzungsstand Prüfauftrag umgesetzt				
Sachstandsbericht Prüfauftrag entspricht Einzelmaßnahme 101, daher hier keine weitere Dokumentation erforderlich				Abschlussbericht? ja

Rubrik Prüfaufträge		Nr. 4	Bezeichnung Prüfauftrag: Übertragung des Parkleitsystems	
Dezernat III	Amt Tiefbauamt			Produktgruppe
Gremium Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen		Beschreibung Beschreibung: Mit einem derzeitigen Haushaltsansatz von 37.000 € wird das Parkleitsystem betrieblich und baulich unterhalten. Die Stadtverwaltung wird gemeinsam mit der Westfälischen Bauindustrie GmbH (WBI) prüfen, ob und unter welchen Konditionen eine Übertragung des Parkleitsystems auf die WBI möglich ist. Zielrichtung dabei ist es, zu haushaltsentlastenden Wirkungen zu kommen. Bürgerwirkung: keine, das Parkleitsystem soll weiter betrieben werden Personalwirkung (Stellen): keine Flächenwirkung: keine		
Umsetzungsstand Prüfauftrag nicht umsetzbar				
Sachstandsbericht Das Parkleitsystem wird derzeit baulich und betrieblich durch das Tiefbauamt unterhalten. Die Arbeiten vor Ort werden im Rahmen eines Jahresauftrages in der Größenordnung von rund 37.000 € durch eine Privatfirma durchgeführt. Der Personalbedarf im Tiefbauamt für diese Aufgabe liegt bei 0,2 Stellen. Das Parkleitsystem hat zu sehr großen Teilen ein Alter von 20 Jahren. In den nächsten 2 bis 3 Jahren wäre eine Reinvestition erforderlich. Es ist beabsichtigt, Ende 2013 den AUB über verschiedenen Lösungsvarianten mit den entsprechenden Kosten zu informieren und ggf. einen Grundsatzbeschluss einzuholen. Unter den Gesprächsteilnehmern bestand Einvernehmen, dass insbesondere aus folgenden Gründen derzeit ein Übergang des Betriebes auf die WBI keinen wirtschaftlichen Vorteil bringt: • Auch die WBI würde die Arbeiten vor Ort an einen Dritten vergeben. Günstigere Angebotspreise sind nicht zu erwarten. • Der Personalaufwand bei der WBI wäre nicht geringer als im Tiefbauamt. • Voraussetzung des Betriebes durch die WBI wären Anbindungs- und Umstellungskosten in der Größenordnung von grob geschätzt mindestens 10.000 €. Tiefbauamt und WBI schlagen daher vor, die Frage der Betriebsführung derzeit zurückzustellen und erneut im Zusammenhang mit der Reinvestitionsentscheidung zu thematisieren.				Abschlussbericht? ja

Rubrik Prüfaufträge		Nr. 5	Bezeichnung Prüfauftrag: Möglichkeiten einer Beitragsreduzierung des Vereins Münsterland e.V.	
Dezernat III	Amt Münster Marketing			Produktgruppe
Gremium Werksausschuss Münster Marketing		Beschreibung Beschreibung: Die Stadt Münster ist (gemeinsam mit den Münsterlandkreisen) Mitglied im Verein Münsterland e.V. Der städtische Beitrag ist an die Einwohnerzahl gekoppelt und beträgt jährlich über 200.000 Euro. Die Stadtverwaltung wird gemeinsam mit den Münsterlandkreisen nach Möglichkeiten einer Beitragsreduzierung suchen. Dabei sei darauf hingewiesen, dass seitens der Münsterlandkreise kürzlich bereits eine Beitragsanhebung zur Diskussion stand. Bürgerwirkung: Unmittelbar keine; der regionale Konsens muss hergestellt werden. Personalwirkung (Stellen): keine Flächenwirkung: keine		
Umsetzungsstand Prüfauftrag noch nicht umgesetzt				
Sachstandsbericht Verwaltungsspitze, Wirtschaftsförderung Münster und Münster Marketing führen mit Münsterland e.V. Gespräche über die Umsetzung des Prüfauftrags.				Abschlussbericht? nein

Rubrik Prüfaufträge		Nr. 6	Bezeichnung Prüfauftrag: Einstellung der Taxi-Beförderung bei weiterer Bereitstellung der pflichtigen Schülerfahrtkosten
Dezernat IV	Amt Amt für Schule und Weiterbildung		Produktgruppe
Gremium Ausschuss für Schule und Weiterbildung		Beschreibung Beschreibung: Derzeit werden die Förderschüler/innen in der 1. und 2. Klasse bei Vorliegen der Voraussetzungen per Taxi zur Schule transportiert. Verpflichtet ist die Stadt Münster nach dem Schulgesetz nur zur Fahrkostenübernahme (in der Regel in Höhe der ÖPNV-Kosten/"goCard"; in Einzelfällen der Kilometerpauschale). Die Verwaltung wird eine Rückführung auf den gesetzlichen Standard prüfen. Bürgerwirkung: Die Förderschulkinder der 1. und 2. Klasse müssen dann mit dem ÖPNV bzw. durch die Eltern transportiert zur Schule kommen. Dies entspricht der gesetzlichen Regelung. Personalwirkung (Stellen): Hierdurch entfallen ca. 0,3 Stellenanteile E 10. Flächenwirkung: keine	
Umsetzungsstand Prüfauftrag noch nicht umgesetzt			
Sachstandsbericht Die Förderschulen und das Gesundheitsamt sind um eine Einschätzung zu einer etwaigen Einstellung des Taxitransportes für die Erst- und Zweitklässler mit Förderbedarf gebeten worden. Hierzu bestehen von allen Beteiligten erhebliche Bedenken, ob die Kinder in der Lage sind, den ÖPNV mit ausreichender Sicherheit zu bewältigen. Weitere Überlegungen und Prüfungen sind noch erforderlich.			Abschlussbericht?

Rubrik Prüfaufträge		Nr. 7	Bezeichnung Prüfauftrag: Privatisierung der Kantine des Theaters Münster	
Dezernat IV	Amt Theater Münster			Produktgruppe
Gremium Kulturausschuss			Beschreibung Beschreibung: Ausgliederung/Privatisierung der städtischen Kantine im Gebäude des Theaters Münster (derzeit 2 Stellen). Der finanzielle Effekt insgesamt inkl. möglicher positiver finanzieller Auswirkungen dieser Maßnahme ist derzeit nicht kalkulierbar. Zu klärende Fragen: rechtliche Möglichkeiten einer Ausgliederung, Personal- und Sachkosten, Unterhaltung der Kantinenräume usw. Bürgerwirkung: keine Personalwirkung (Stellen): derzeit nicht kalkulierbar Flächenwirkung: keine	
Umsetzungsstand Prüfauftrag noch nicht umgesetzt				
Sachstandsbericht laufende Gespräche innerhalb der Verwaltung, nächster Termin 24.04.2013				Abschlussbericht? nein

Rubrik Prüfaufträge		Nr. 8	Bezeichnung Prüfauftrag: Einführung von Parkgebühren auf städtischen Stellplatzflächen
Dezernat IV	Amt Amt für Schule und Weiterbildung		Produktgruppe
Gremium Ausschuss für Schule und Weiterbildung		Beschreibung Beschreibung: Auf städtischen Stellplatzflächen, z.B. an den städtischen Schulen, stehen in unterschiedlicher Anzahl Stellplätze zur Verfügung. Teilweise können diese städtischen Stellplätze bislang unentgeltlich genutzt werden. Die Stadt Köln führt derzeit probeweise in einem Stadtbezirk einen Modellversuch zur Parkraumbewirtschaftung an Schulen durch. Damit soll festgestellt werden, ob und unter welchen Bedingungen und mit welchem technischen und/oder baulichen Aufwand dies (wirtschaftlich) umsetzbar ist. Bürgerwirkung: Abhängig vom Prüfungsergebnis könnten Stellplätze zukünftig nicht mehr unentgeltlich zur Verfügung stehen. Personalwirkung (Stellen): keine Flächenwirkung: Abhängig vom Prüfungsergebnis.	
Umsetzungsstand Prüfauftrag teilweise umgesetzt			
Sachstandsbericht			Abschlussbericht? nein

Rubrik Prüfaufträge		Nr. 9	Bezeichnung Prüfauftrag: Optimierungspotenzial im Bereich Bäder, Einlagemodell 2	
Dezernat II	Amt Amt für Finanzen und Beteiligungen			Produktgruppe
Gremium Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften		Beschreibung Beschreibung: Das Verrechnungspotential im steuerlichen Querverbund könnte durch die Schaffung einer zusätzlichen technisch-wirtschaftlichen Verflechtung zu den übrigen Bädern - Bereich des Betriebes gewerblicher Art (BgA) Bäder ohne Blockheizkraftwerk (BHKW) - steigen. Hierzu sollen Gespräche zwischen Technikern und Steuerexperten geführt werden. In Abhängigkeit von den Ergebnissen dieser Gespräche, ergeben sich weitere Untersuchungsschritte (siehe auch Ausführungen in Anlage 1b, Textziffer 3). Bürgerwirkung: keine Personalwirkung (Stellen): keine Flächenwirkung: keine		
Umsetzungsstand Prüfauftrag noch nicht umgesetzt				
Sachstandsbericht Es werden weitere Verrechnungspotentiale durch die Schaffung einer zusätzlichen technisch-wirtschaftlichen Verflechtung untersucht. Hierzu liegt inzwischen ein Technikgutachten vor. Weitere steuerliche Fragen sind zu klären und Gespräche mit der Finanzverwaltung sind zu führen. Der Prüfauftrag befindet sich noch in der Bearbeitung. Zwischenergebnisse sind Mitte des Jahres zu erwarten.				Abschlussbericht? nein

Rubrik Prüfaufträge		Nr. 10	Bezeichnung Prüfauftrag: Wirtschaftlichkeitsprüfung einer Auslagerung von Versorgungs-, Beihilfe- und Familienkasseangelegenheiten
Dezernat I	Amt Personal- und Organisationsamt		Produktgruppe
Gremium Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung		Beschreibung Beschreibung: Vergleich der Personal- und Sachkosten der städt. Bearbeitung von Versorgungsangelegenheiten, Beihilfeangelegenheiten und Familienkasseangelegenheiten mit externen Angeboten - auch unter Berücksichtigung von Qualitätsaspekten. Das Ergebnis der Prüfung ist offen. Abhängig vom Prüfungsergebniss können sich finanzielle Verbesserungen ergeben. Bürgerwirkung: Die Kunden - aktive Beamte und Versorgungsempfänger - haben keinen Ansprechpartner mehr in der Verwaltung. Personalwirkung (Stellen): Zzt. bestehen Personalaufwendungen für rund 6,5 Stellen. Flächenwirkung: Zzt. 6 Büro-Arbeitsplätze.	
Umsetzungsstand Prüfauftrag noch nicht umgesetzt			
Sachstandsbericht Die Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für die genannten Aufgabenbereiche wird zurzeit durchgeführt. Ergebnisse liegen noch nicht vor.			Abschlussbericht? nein

Rubrik Prüfaufträge		Nr. 11	Bezeichnung Prüfauftrag: Optimierung von Schnittstellen beim Tiefbauamt, Amt für Grünflächen und Umweltschutz und den Abfallwirtschaftsbetrieben Münster	
Dezernat I	Amt Personal- und Organisationsamt			Produktgruppe
Gremium Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung		Beschreibung Beschreibung: Die Schnittstellen beim Tiefbauamt, beim Amt für Grünflächen und Umweltschutz und bei den Abfallwirtschaftsbetrieben Münster sollen auf Optimierungsmöglichkeiten überprüft werden. Dabei sind die Bereiche Grünflächenunterhaltung, Pflegen und Reinigung besonders in den Blick zu nehmen. Bürgerwirkung: keine Personalwirkung (Stellen): Abhängig vom Prüfungsergebnis. Flächenwirkung: keine		
Umsetzungsstand Prüfauftrag noch nicht umgesetzt				
Sachstandsbericht Die Projektgruppe, bestehend aus Vertretern der Ämter 66, 67, AWM sowie 10, hat verschiedene Objekte (z.B. Grünanlagen, Papierkörbe, Spielplätze, Friedhöfe) identifiziert, bei denen eine optimierte Aufgabenwahrnehmung für die Bereiche Reinigung und Abfallabfuhr möglich erscheint. Die Fachämter/Einrichtungen gleichen jetzt die vorliegenden Leistungsdaten (Flächen, Arbeiten und Standards) ab und entwickeln Vorschläge für eine optimierte Aufgabenwahrnehmung.				Abschlussbericht? nein

Rubrik Prüfaufträge		Nr. 12	Bezeichnung Prüfauftrag: Zusammenlegung von Schulen	
Dezernat IV	Amt Amt für Schule und Weiterbildung			Produktgruppe
Gremium Ausschuss für Schule und Weiterbildung		Beschreibung Beschreibung: An mehreren Standorten liegen Grundschulen entweder direkt nebeneinander oder in unmittelbarer Nachbarschaft. Die Auslastung der einzelnen Schulen und Räume ist aktuell hoch. Auch wenn komplette Schulgebäude durch die organisatorische Zusammenlegung von Grundschulen nicht aufgegeben werden können, wird die Schulverwaltung prüfen, ob und welche Synergien durch die Zusammenlegung entstehen. Dabei gilt jedoch weiterhin das Prinzip "kurze Beine, kurze Wege" als Maßstab.		
Umsetzungsstand Prüfauftrag noch nicht umgesetzt				
Sachstandsbericht				Abschlussbericht? nein

Rubrik Weitere Maßnahmen		Nr. 1	Bezeichnung Zusammenfassung des Stadtmuseums mit dem Stadtarchiv	
Dezernat I	Amt Personal- und Organisationsamt			Produktgruppe
Gremium Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung		Beschreibung Beschreibung: siehe Begründungstext zu Beschlussziffer 2.2 Bürgerwirkung: keine Personalwirkung: mindestens in Höhe einer A 15-Stelle ab 2019, weitere Einsparungen werden im Zuge der Umsetzung geprüft Flächenwirkung: mindetens ein Büro		
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt				
Sachstandsbericht Zurzeit laufen die Vorbereitungen in Abstimmung mit den genannten Ämtern. Als erster Schritt ist eine enge fachliche Zusammenarbeit vorgesehen.				Abschlussbericht? nein

Rubrik Weitere Maßnahmen		Nr. 2	Bezeichnung Zusammenfassung des Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes mit dem Gesundheitsamt	
Dezernat I	Amt Personal- und Organisationsamt			Produktgruppe
Gremium Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung		Beschreibung Beschreibung: siehe Begründungstext zu Beschlussziffer 2.2 Bürgerwirkung: keine Personalwirkung: mindestens in Höhe einer halben A 15-Stelle ab 2018, weitere Einsparungen werden im Zuge der Umsetzung geprüft Flächenwirkung: mindetens ein Büro		
Umsetzungsstand Maßnahme teilweise umgesetzt				
Sachstandsbericht Beide Ämter sind zum 01.01.2013 zum "Amt für Gesundheit, Lebensmittel- und Veterinärangelegenheiten" zusammengefasst worden. Bis zum 01.07.2013 werden die wesentlichsten Querschnittsfunktionen vereinheitlicht und zusammengeführt. Außerdem wird geprüft, ob es weitere als die in der Anlage 1 d enthaltenen Synergie- und Einsparansätze gibt.				Abschlussbericht? nein

Rubrik Weitere Maßnahmen		Nr. 3	Bezeichnung Verlagerung der Villa ten Hompel zum Amt für Schule und Weiterbildung	
Dezernat I	Amt Personal- und Organisationsamt			Produktgruppe
Gremium Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung		Beschreibung Beschreibung: siehe Begründungstext zu Beschlussziffer 2.2 Bürgerwirkung: keine Personalwirkung: wird im Zuge der Umsetzung geprüft Flächenwirkung: wird im Zuge der Umsetzung geprüft		
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt				
Sachstandsbericht Zurzeit wird zunächst die Zusammenfassung der Ämter 45 und 47 vorbereitet. Spätestens im 2. Halbjahr 2013 soll die Fusion der Villa ten Hompel angegangen werden.				Abschlussbericht? nein

Rubrik Weitere Maßnahmen		Nr. 4	Bezeichnung Reduzierung der Sekretariatskräfte durch Aufgabenreduzierung und -verdichtung	
Dezernat OB	Amt Personal- und Organisationsamt			Produktgruppe 01 03
Gremium Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung		Beschreibung Beschreibung: Es teilen sich zwei Beigeordnete/Dezernenten insgesamt 1, 5 Stellen Sekretariat Voraussetzung: gemeinsame räumliche Unterbringung; Beispiel: Beigeordnetenbüro/Dezernentenbüro - gemeinsames Sekretariat - Beigeordnetenbüro/Dezernentenbüro. Umsetzung daher - aus Kostengründen - erst nach Optimierung der Raumzuweisung für die Verwaltungsführung - im Zuge der Sanierung Stadthaus I - möglich. Bürgerwirkung: Reduzierung der Erreichbarkeit der Verwaltungsführung. Personalwirkung (Stellen): bis zu 2,0 Stellen. Flächenwirkung: Bei optimaler räumlicher Organisation Wegfall von bis zu 4 Büroräumen (je 16 qm).		
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt				
Sachstandsbericht Die Maßnahme erfordert - wie in der Maßnahmenbeschreibung auch angemerkt - dass räumlich für die Umsetzung die Voraussetzungen geschaffen werden. Dies ist erst mit der Sanierung und Modernisierung des Stadthauses 1 möglich, da erhebliche bauliche Veränderungen notwendig sind. Zur mittelfristigen Büroflächenplanung ist eine Vorlage an den Rat bis zum Sommer 2013 geplant.				Abschlussbericht? nein

Rubrik Weitere Maßnahmen		Nr. 5	Bezeichnung Einsparung einer Sekretariatskraft - KW-Vermerk (Referenten/in des Oberbürgermeisters) durch Aufgabenreduzierung und -verdichtung
Dezernat OB	Amt Personal- und Organisationsamt		Produktgruppe 01 03
Gremium Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung		Beschreibung Beschreibung: Stelle wird mit KW-Vermerk versehen. Mittelfristig soll die Stelle in Abhängigkeit von den personellen Möglichkeiten und der Aufgabenentwicklung eingespart werden. Bürgerwirkung: Die Erreichbarkeit wird eingeschränkt, der Standard der Vorbereitung der OB-Termine wird ggf. reduziert, da beispielsweise weniger Zeit für Rechercheaufgaben verbleibt. Personalwirkung: (Stellen):1,0 E08 Flächenwirkung: Einsparung eines Büroraumes (16 qm).	
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt			
Sachstandsbericht Eine direkte Einsparung ist sowohl aus personellen als auch aufgabenbezogenen Gründen derzeit - wie auch in der Maßnahmenbeschreibung angegeben - nicht möglich. Wie im Vorschlag angegeben soll mittelfristig, wenn die Stelleninhaberin in den Ruhestand wechselt, angesichts der dann gegebenen Arbeitssituation, die Stelleneinsparung geprüft und entschieden werden.			Abschlussbericht? nein

Rubrik Weitere Maßnahmen		Nr. 6	Bezeichnung Reduzierung der Gebäudemiete	
Dezernat II		Amt Amt für Immobilienmanagement		Produktgruppe 01 15
Gremium Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften		Beschreibung Beschreibung: Die aktuelle Büromarktstudie der WFM weist für den Bereich Scheibenstraße eine durchschnittliche Miete von 8,10 € aus. Das Amt 23 sollte eine Nachverhandlung mit dem Vermieter führen. Auf Basis des durchschnittlichen Mietpreises könnte die Einsparung in Höhe von 43.950 € erzielt werden. Bürgerwirkung: keine Personalwirkung (Stellen): keine Flächenwirkung: keine		
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt				
Sachstandsbericht Die Büromarktstudie 2012 der Wirtschaftsförderung Münster weist für Bestandsbauten mit Standardausstattung in Cityrandlage eine Durchschnittsmiete von 8,00 €/m² nettokalt aus. Zu der Nettokaltmiete ist die Umsatzsteuer hinzuzurechnen. Es ergibt sich eine Bruttokaltmiete von 9,52 €/m² für Büroimmobilien mit Standardausstattung. Für modernisierte und repräsentative Altbauflächen beträge die Durchschnittsmiete brutto 11,90 €/m². Dennoch ist die Verwaltung in Verhandlung getreten, mit dem Ziel, die Mietzahlung zukünftig zu senken.				Abschlussbericht? nein

Rubrik Weitere Maßnahmen		Nr. 7	Bezeichnung Standardreduzierung bei der Kreditorenbuchhaltung	
Dezernat II		Amt Amt für Finanzen und Beteiligungen		Produktgruppe 01 09
Gremium Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften		Beschreibung Beschreibung: Es erfolgt ein reduzierter Personaleinsatz in der Kreditorenbuchhaltung; dadurch erfolgt ggf. ein späterer Ausgleich von Rechnungen, da Zeitstandards nicht mehr gehalten werden können - dies kann zu Skontoverlusten führen, sowie zu Qualitätseinbußen in der Buchhaltung (Vernachlässigung der Stammdatenpflege, redundante Daten) Bürgerwirkung: ggf. Verzögerungen beim Ausgleich externer Rechnungen Personalwirkung (Stellen): 0,5 Stellenanteil mD Flächenwirkung: keine		
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt				
Sachstandsbericht Die angestrebte reduzierte Personaleinsatz soll im Wege der normalen Fluktuation erreicht werden. Bis dahin sollen organisatorische Vorkehrungen getroffen werden, um wirtschaftliche und qualitative Risiken zu minimieren.				Abschlussbericht? nein

Rubrik Weitere Maßnahmen		Nr. 8	Bezeichnung Standardreduzierung bei der bauordnungsrechtlichen Beratung
Dezernat III	Amt Bauordnungsamt		Produktgruppe 10 01
Gremium Ausschuss für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft		Beschreibung Beschreibung: In der Summe der Maßnahmen 110, 111, 112, 113 vollständiger Wegfall der 1.SB-Stelle im Sachgebiet Außenbereich Bürgerwirkung: Aufgrund des Wandels in der Landwirtschaft bestehen vielfältige Bauwünsche der Landwirte sowie sonstiger Eigentümer, die auf eine Umnutzung bzw. einen Umbau bisher landwirtschaftlich genutzter Betriebs- und Wohngebäude gerichtet sind. Aufgrund der komplizierten Rechtsvorschriften lassen sich viele Bauherren vor Antragstellung beraten. Die Anzahl und Umfang der Beratungen wird durch den Wegfall der Stelle verringert. Personalwirkung (Stellen): 0,1 Stelle A 12 Flächenwirkung: In der Summe der Maßnahmen 110, 111, 112, 113 ggf. 0,5 Büroraum	
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt			
Sachstandsbericht Der durch eine Umorganisation mögliche Verzicht auf die Stelle ist im Rahmen der HH-Konsolidierung 2011 im Jahre 2010 angeboten worden (damalige Maßnahme Nr. 151). Aus der Tabelle des Personal- und Organisationsamtes vom 06.10.2011 (Anlage 1 - Personalaufwendungen in der Säule 2, Fußnote 6) geht hervor, dass die Maßnahme aus personellen Gründen nicht umgesetzt werden kann und an einer Lösung gearbeitet wird.			Abschlussbericht? nein

Rubrik Weitere Maßnahmen		Nr. 9	Bezeichnung Standardreduzierung bei der Bearbeitung von Bauanträgen
Dezernat III	Amt Bauordnungsamt		Produktgruppe 10 01
Gremium Ausschuss für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft		Beschreibung Beschreibung: In der Summe der Maßnahmen 110, 111, 112, 113 vollständiger Wegfall der 1.SB-Stelle im Sachgebiet Außenbereich Bürgerwirkung: Vor dem Hintergrund des Wandels in der Landwirtschaft und angesichts der steigenden Antragszahlen (2006: 1.923, 2011: 2.613 Bauanträge) ist die Anzahl der Bauanträge im Außenbereich auf ca. 200 pro Jahr gestiegen. Die Bearbeitung dieser Anträge ist durch die strengen Vorgaben des Planungsrechtes (Prüfen des § 35 BauGB) sowie die regelmäßig erforderliche Beteiligung anderer Dienststellen zeitlich aufwendiger als die Prüfung anderer Bauvorhaben. Durch den Wegfall der Stelle verlängern sich die Bearbeitungszeiten bei diesen Bauanträgen. Das Serviceversprechen "move" (Erteilen der Baugenehmigung innerhalb von 6 Wochen) wird regelmäßig nicht mehr eingehalten. Personalwirkung (Stellen): 0,5 Stelle A 12 Flächenwirkung: keine	
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt			
Sachstandsbericht Der durch eine Umorganisation mögliche Verzicht auf die Stelle ist im Rahmen der HH-Konsolidierung 2011 im Jahre 2010 angeboten worden (damalige Maßnahme Nr. 151). Aus der Tabelle des Personal- und Organisationsamtes vom 06.10.2011 (Anlage 1 - Personalaufwendungen in der Säule 2, Fußnote 6) geht hervor, dass die Maßnahme aus personellen Gründen nicht umgesetzt werden kann und an einer Lösung gearbeitet wird.			Abschlussbericht? nein

Rubrik Weitere Maßnahmen		Nr. 10	Bezeichnung Standardreduzierung bei der Bearbeitung von Bauvoranfragen	
Dezernat III	Amt Bauordnungsamt			Produktgruppe 10 01
Gremium Ausschuss für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft		Beschreibung Beschreibung: In der Summe der Maßnahmen 110, 111, 112, 113 vollständiger Wegfall der 1.SB-Stelle im Sachgebiet Außenbereich Bürgerwirkung: Vor dem Hintergrund des Wandels in der Landwirtschaft steigt auch die Anzahl der Bauvoranfragen im Außenbereich. Die Bearbeitung dieser Anträge ist durch die strengen Vorgaben des Planungsrechtes (Prüfen des § 35 BauGB) sowie die regelmäßig erforderliche Beteiligung anderer Dienststellen sehr zeitaufwendig. Durch den Wegfall der Stelle verlängern sich die Bearbeitungszeiten bei diesen Bauvoranfragen. Personalwirkung (Stellen): 0,2 Stellen A 12 Flächenwirkung: In der Summe der Maßnahmen 110, 111, 112, 113 ggf. 0,5 Büroraum		
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt				
Sachstandsbericht Der durch eine Umorganisation mögliche Verzicht auf die Stelle ist im Rahmen der HH-Konsolidierung 2011 im Jahre 2010 angeboten worden (damalige Maßnahme Nr. 151). Aus der Tabelle des Personal- und Organisationsamtes vom 06.10.2011 (Anlage 1 - Personalaufwendungen in der Säule 2, Fußnote 6) geht hervor, dass die Maßnahme aus personellen Gründen nicht umgesetzt werden kann und an einer Lösung gearbeitet wird.				Abschlussbericht? nein

Rubrik Weitere Maßnahmen		Nr. 11	Bezeichnung Standardreduzierung bei der Bearbeitung von bauordnungsrechtlichen Verfahren	
Dezernat III		Amt Bauordnungsamt		Produktgruppe 10 01
Gremium Ausschuss für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft		Beschreibung Beschreibung: In der Summe der Maßnahmen 110, 111, 112, 113 vollständiger Wegfall der 1.SB-Stelle im Sachgebiet Außenbereich Bürgerwirkung: Im Sachgebiet Außenbereich werden neben Bauvoranfragen und Bauanträgen ordnungsrechtliche Verfahren zur Herstellung des rechtmäßigen Zustandes (Nutzungsverbote, Abbrüche etc.) bei ungenehmigten Bauvorhaben bearbeitet. Die Bearbeitungszeit dieser Verfahren wird sich durch den Wegfall der Stelle verlängern. Personalwirkung (Stellen): 0,2 Stellen A 12 Flächenwirkung: In der Summe der Maßnahmen 110, 111, 112, 113 ggf. 0,5 Büroraum		
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt				
Sachstandsbericht Der durch eine Umorganisation mögliche Verzicht auf die Stelle ist im Rahmen der HH-Konsolidierung 2011 im Jahre 2010 angeboten worden (damalige Maßnahme Nr. 151). Aus der Tabelle des Personal- und Organisationsamtes vom 06.10.2011 (Anlage 1 - Personalaufwendungen in der Säule 2, Fußnote 6) geht hervor, dass die Maßnahme aus personellen Gründen nicht umgesetzt werden kann und an einer Lösung gearbeitet wird.				Abschlussbericht? nein

Rubrik Weitere Maßnahmen		Nr. 12	Bezeichnung Keine Durchführung von Ausstellungen und Veranstaltungen Dritter	
Dezernat IV	Amt Stadtbücherei			Produktgruppe 04 04
Gremium Kulturausschuss			Beschreibung Beschreibung: Für die Durchführung von Ausstellungen; Informationsständen und Veranstaltungen Dritter werden ab 01.07.2014 keine Räume und Flächen mehr bereitgestellt. Die Raumvergabe und Betreuung dieser Termine durch die Stadtbücherei entfällt. Bürgerwirkung: Betroffen sind bürgerschaftliche Gruppen u. Vereine, Selbsthilfegruppen, Institutionen, freie Theater etc., die dann keinen Ort mehr haben, um sich öffentlich zu präsentieren. Hauptveranstalter ist der Literaturverein. Die Veranstaltungen Dritter wurden 2011 von ca. 3.300 Personen besucht. Die Zahl der Besucher von Informationsständen u. Ausstellungen kann nicht benannt werden. Personalwirkung (Stellen): Wegfall 0,25 x E09 sowie Abendhausmeisterdienste (Abrufkraft) Flächenwirkung: Keine	
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt				
Sachstandsbericht Vor einer möglichen Umsetzung dieser Maßnahme wird die Verwaltung die Vor- und Nachteile sowie die finanzielle Wirkung der Umsetzung in einer gesonderten Vorlage darstellen und um ein politisches Votum bitten.				Abschlussbericht? nein

Rubrik Weitere Maßnahmen		Nr. 13	Bezeichnung Schließung der Zweigstelle am Hansaplatz	
Dezernat IV	Amt Stadtbücherei			Produktgruppe 04 04
Gremium Kulturausschuss			Beschreibung Beschreibung: Schließung der Zweigstelle am Hansaplatz Bürgerwirkung: Von der Schließung sind 1945 Bürger betroffen, die 2011 regelmäßig die Bücherei besucht haben. 12,5 % davon nutzen ausschließlich die Zweigstelle, die übrigen suchen auch andere Einrichtungen der Stadtbücherei auf. 2011 wurden in der Bücherei 45.893 Ausleihen getätigt, davon entfielen 56,2 % auf Kinderbücher u. -medien. Kontakte (Führungen, Veranstaltungsbesuche, Ausleihen von Thementaschen u. Bilderbuchboxen) bestehen zu 5 KiTas und 3 Grundschulen. 2011 wurden 41081 Besuche gezählt. Die Fachkraft wird von 16 Freiwilligen in ihrer Arbeit unterstützt. Es engagiert sich ein Förderverein. Personalwirkung (Stellen): Wegfall von 0,76 x E09 Flächenwirkung: 117 qm	
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt				
Sachstandsbericht Vor einer möglichen Umsetzung dieser Maßnahme wird die Verwaltung die Vor- und Nachteile sowie die finanzielle Wirkung der Umsetzung in einer gesonderten Vorlage darstellen und um ein politisches Votum bitten.				Abschlussbericht? nein

Rubrik Weitere Maßnahmen		Nr. 14	Bezeichnung Schließung der Zweigstelle im Aaseemarkt
Dezernat IV	Amt Stadtbücherei		Produktgruppe 04 04
Gremium Kulturausschuss		Beschreibung Beschreibung: Schließung der Zweigstelle im Aaseemarkt zum 01.01.2018. Hinzuweisen ist dabei auf Folgendes: Aus Sparkassenrückflussmitteln wurden dem Förderverein für die Stadtteilbücherei im Aaseemarkt für dieses Jahr Mittel in Höhe von 29.500 € für das Projekt "Offene Bücherei Aaseestadt" zur Verfügung gestellt. Damit sollen folgende Maßnahmen realisiert werden: 1. Erweiterte Öffnungszeiten von 15 auf 28 Stunden. Die Ausleihe soll in dieser Zeit über Selbstverbuchungsstationen abgewickelt werden. 2. Für Schulen, Kitas und andere Gruppen aus dem Stadtteil wird mit einem Zahlenschloss die Möglichkeit eröffnet auch außerhalb der Öffnungszeiten die Bücherei aufzusuchen und dann an den Selbstverbuchungsstationen auszuleihen. Für die Beschaffung der Selbstverbuchungsstationen / Rückgabebriefkasten / Sicherungsgates wurden der Stadtbücherei Landesmittel in Höhe von 22.000 € bereit gestellt. Bürgerwirkung: Von der Schließung sind 1448 Bürger betroffen, die 2011 regelmäßig die Bücherei besucht haben. 27,6 % davon nutzen ausschließlich die Zweigstelle, die übrigen suchen auch andere Einrichtungen der Stadtbücherei auf. 2011 wurden in der Bücherei 51.702 Ausleihen getätigt, davon entfielen 62,2 % auf Kinderbücher u. -medien. Kontakte (Führungen, Veranstaltungsbesuche, Ausleihen von Thementaschen u. Bilderbuchboxen) bestehen zu 8 KiTas und 2 Grundschulen. 2011 wurden 31.376 Besuche gezählt. Die Fachkraft wird von 16 Freiwilligen in ihrer Arbeit unterstützt. Es engagiert sich ein Förderverein mit regelmäßigen Veranstaltungen und Betreuung der Freiwilligen. Personalwirkung (Stellen): Wegfall von 0,76 x E09 Flächenwirkung: 172,52 qm	
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt			
Sachstandsbericht Vor einer möglichen Umsetzung dieser Maßnahme wird die Verwaltung die Vor- und Nachteile sowie die finanzielle Wirkung der Umsetzung in einer gesonderten Vorlage darstellen und um ein politisches Votum bitten.			Abschlussbericht? nein

Rubrik Weitere Maßnahmen		Nr. 15	Bezeichnung Kündigung des Kooperationsvertrages mit der Bücherei St.Michael Gievenbeck	
Dezernat IV	Amt Stadtbücherei			Produktgruppe 04 04
Gremium Kulturausschuss			Beschreibung Beschreibung: Beendigung der Kooperation mit der kirchlichen Bücherei St. Michael Gievenbeck durch Kündigung des bestehenden Vertrages. Bürgerwirkung: Die kirchliche Bücherei St. Michael in Gievenbeck kann auch ohne städtische Zuschüsse und Unterstützung durch städtisches Personal weiterbetrieben werden, wie dies auch in anderen kirchlichen Büchereien der Fall ist. Es kann sein, dass die Ausleihen von 42.409 im Jahr 2011 wieder auf das Niveau von 2001 sinken. Vor Beginn der Kooperation im Jahr 2002, wurden ohne fachliche Begleitung durch Personal der Stadtbücherei 22.714 Ausleihen erzielt. Personalwirkung (Stellen): Wegfall von 0,3 x E09 Flächenwirkung: keine	
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt				
Sachstandsbericht Vor einer möglichen Umsetzung dieser Maßnahme wird die Verwaltung die Vor- und Nachteile sowie die finanzielle Wirkung der Umsetzung in einer gesonderten Vorlage darstellen und um ein politisches Votum bitten.				Abschlussbericht? nein

Rubrik Weitere Maßnahmen		Nr. 16	Bezeichnung Einsparung einer 1,0 Stelle "Arzthelferin / Assistenz" im Kinder- und Jugendärztlichen Dienst	
Dezernat V	Amt Amt für Gesundheit, Veterinär- und Lebensmittelangelegenheiten			Produktgruppe 07 01
Gremium Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung		Beschreibung Beschreibung: Einschränkung der Assistenz in der schul- und zahnärztlichen Versorgung. Bürgerwirkung: Standardsenkung, längere Warte- und Gutachtenzeiten Personalwirkung (Stellen): 1,0 Stelle x E 3 (Ist: E 5) Flächenwirkung: 1 Büroraum		
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt				
Sachstandsbericht Die Einsparung einer 1,0 Stelle "Arzthelferin / Assistenz" bedeutet für dieses Stellenkontingent eine Ressourcenkürzung um über 20% ; die Umsetzung bedarf daher umfangreicher organisatorischer, technischer und fachlicher Vorbereitungen und ist - auch fluktuationsbedingt - von Beginn an mittelfristig (frühestens ab 2017ff) angelegt gewesen.				Abschlussbericht? nein

Rubrik Weitere Maßnahmen		Nr. 17	Bezeichnung Einsparung einer 0,5 Stelle "Arzthelferin/ Assistenz" im Medizinischen Dienst	
Dezernat V	Amt Amt für Gesundheit, Veterinär- und Lebensmittelanlagen			Produktgruppe 07 01
Gremium Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung		Beschreibung Beschreibung: Einschränkung der Assistenz im Medizinischen Dienst. Bürgerwirkung: Standardsenkung, längere Warte- und Gutachtenzeiten Personalwirkung (Stellen): 0,5 Stelle x E 3 (Ist E 5) Flächenwirkung: 1 Büroraum		
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt				
Sachstandsbericht Die Einsparung einer 0,5 Stelle "Arzthelferin / Assistenz" bei einem eher zunehmenden Aufgabenvolumen in diesem Bereich bedarf umfangreicher organisatorischer, technischer und fachlicher Vorbereitungen und ist - auch fluktuationsbedingt - von Beginn an mittelfristig (frühestens ab 2017ff) angelegt gewesen.				Abschlussbericht? nein

Rubrik Weitere Maßnahmen		Nr. 18	Bezeichnung Aufgabe und Rückbau von Wegeflächen in öffentlichen Grünflächen
Dezernat V	Amt Amt für Grünflächen und Umweltschutz		Produktgruppe 13 01
Gremium Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen		Beschreibung Beschreibung: Das Wegenetz in Parks und Grünanlagen wird in Teilbereichen durch Aufgabe und Rückbau von Wegabschnitten reduziert. Wege erfordern regelmäßige Pflege gleichzeitig entstehen auch Ansprüche an die Verkehrssicherheit. Rindenmulchwege müssen in kurzen Abständen nachgedeckt werden. Viele Wege, speziell Rindenmulchwege, sollen aufgegeben werden (z.B. Haus Kump am Aasee). In den öffentlichen Grünanlagen (wie z.B. im Waldpark Hilstrup, Wienburgpark, Duesbergbusch, Sternbusch) müssen ca. 17 Km Wege (Gesamtbestand ca. 142 Km) aufgegeben werden. Das Konzept hierzu wird im Jahr 2013 erstellt und die notwendigen Beschlüsse eingeholt. Die Einsparung an Sachmitteln sind relativ gering, im wesentlichen könnten Personalkosten gespart werden. Bürgerwirkung: Die Bewegungs- und Erlebnisräume werden eingeschränkt. Beliebte Laufstrecken (Joggingwege) stehen nicht mehr zur Verfügung. Die Nutzung auf den verbleibenden Wegen verdichtet sich. Personalwirkung (Stellen): 1,0 ab 2018 Flächenwirkung: -	
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt			
Sachstandsbericht Die Umsetzung dieser Maßnahme würde erst ab dem Jahr 2018 erfolgen. Wenn sich im Jahr 2017 im Rahmen der Aufstellung des Haushalts für das Jahr 2018 herausstellt, da diese Maßnahme erforderlich ist, wird im Jahr 2017 hierzu das entsprechende Konzept erstellt und die notwendigen Beschlüsse eingeholt.			Abschlussbericht? nein

Rubrik Weitere Maßnahmen		Nr. 19	Bezeichnung Verzicht auf Zierbrunnen	
Dezernat V	Amt Amt für Grünflächen und Umweltschutz			Produktgruppe 13 01
Gremium Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen			Beschreibung Beschreibung: Ca. 10 Zierbrunnen (z. B. Begegnungszentrum Berg Fidel, Neubrückerstraße, Martinibrunnen, Brunnen vor der Michaelkirche in Gievenbeck) von insgesamt 30 werden außer Betrieb genommen. Der Aufwand für den Betrieb und die Pflege der Brunnen ist hoch. Sie sind regelmäßig zu reinigen und zu warten. Durch missbräuchliche Nutzung, Vandalismus und Frost sind regelmäßig aufwändige Reparaturen erforderlich. Ein Beispiel für außer Betrieb gesetzte Brunnen ist die Anlage vor dem Stadthaus 2. Das Konzept hierzu wird im Jahr 2013 erstellt und die notwendigen Beschlüsse eingeholt. Die Einsparung an Sachmitteln sind relativ gering, im wesentlichen könnten Personalkosten gespart werden. Bürgerwirkung: Brunnen in öffentlichen Grünanlagen erhöhen gerade in den Sommermonaten die Aufenthaltsqualität in den Anlagen. Dieses Qualitätsmerkmal entfällt zukünftig an den noch zu benennenden Stellen. Personalwirkung (Stellen): 0,5 ab 2018 Flächenwirkung: -	
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt				
Sachstandsbericht Die Umsetzung dieser Maßnahme würde erst ab dem Jahr 2018 erfolgen. Wenn sich im Jahr 2017 im Rahmen der Aufstellung des Haushalts für das Jahr 2018 herausstellt, da diese Maßnahme erforderlich ist, wird im Jahr 2017 hierzu das entsprechende Konzept erstellt und die notwendigen Beschlüsse eingeholt.				Abschlussbericht? nein

Rubrik Weitere Maßnahmen		Nr. 20	Bezeichnung Aufgabe von Rad- und Wanderwegen in der freien Landschaft sowie Reduzierung des Pflege- und Ausstattungsstandards	
Dezernat V	Amt Amt für Grünflächen und Umweltschutz			Produktgruppe 13 01
Gremium Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen			Beschreibung Beschreibung: Es müssen ca. 30 Km vom Gesamtbestand von 125 Km Wegen aufgegeben werden. Die Pflege der Wegrandbereiche wird reduziert (nur noch ein Schnitt im Jahr), die Anzahl der Sitzgelegenheiten und Abfallkörbe an den Wegen wird erheblich reduziert. Gestattungsverträge müssen ggf. gekündigt werden. Das Konzept hierzu wird im Jahr 2013 erstellt und die notwendigen Beschlüsse eingeholt. Die Umsetzung erfolgt schrittweise, wird aber wegen der Vertragslaufzeiten und anderer Bindungen voraussichtlich erst ab 2018 die volle Einsparwirkung erbringen können. Bürgerwirkung: Die Aufgabe von 25% der Wege führt zu Einschränkungen der Erholungsmöglichkeiten. Personalwirkung (Stellen): 1,0 ab 2018 Flächenwirkung: -	
Umsetzungsstand Maßnahme noch nicht umgesetzt				
Sachstandsbericht Die Umsetzung dieser Maßnahme würde erst ab dem Jahr 2018 erfolgen. Wenn sich im Jahr 2017 im Rahmen der Aufstellung des Haushalts für das Jahr 2018 herausstellt, da diese Maßnahme erforderlich ist, wird im Jahr 2017 hierzu das entsprechende Konzept erstellt und die notwendigen Beschlüsse eingeholt.				Abschlussbericht? nein